

# Landkreis Nachrichten



## BADEN-WÜRTTEMBERG

BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



### Schwerpunkt:

Digitalisierung  
im Bildungsbereich

### Themen:

Suchtberatung wirkt  
Rad- und Fußverkehrsförderung

### Nachrichten:

Kurzzeitpflege durch  
bedarfsorientiertes  
Landespflegegeld stärken

Landkreise auf  
Klimaschutzkurs

### Personalien:

Klaus Pavel erhält das  
Bundesverdienstkreuz

Präsident Landrat  
Joachim Walter  
feiert 60. Geburtstag



Geschäftsstelle, Panoramastraße 37, Stuttgart

## **HERAUSGEBER:**

Landkreistag Baden-Württemberg  
Panoramastraße 37, 70174 Stuttgart  
Telefon 0711 / 22 46 20  
Telefax 0711 / 22 46 2-23  
www.landkreistag-bw.de  
posteingang@landkreistag-bw.de

## **REDAKTION:**

Hauptgeschäftsführer  
Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Michael Schlichenmaier und  
Beate Zabukovec

## **STÄNDIGE MITARBEIT:**

Pressestellen der Landratsämter  
in Baden-Württemberg

## **EMPFÄNGER:**

Die Mitglieder der Kreistage,  
des Landtags und des Bundestags,  
Landes- und Kommunalbehörden,  
Verbände und kommunalpolitisch  
interessierte Persönlichkeiten.  
Artikel, die mit dem Namen des Verfassers  
gekennzeichnet sind, geben nicht  
unbedingt die Meinung der Redaktion  
wieder. Nachdruck, auch auszugsweise,  
nur mit Zustimmung der Redaktion.

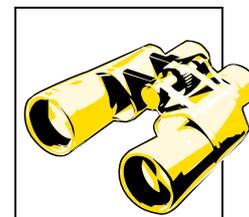
## **BILDNACHWEIS:**

Titelseite: Grafische Werke Stuttgart,  
Landratsämter und verschiedene Schulen  
in Baden-Württemberg, ateneKOM  
Rückseite: Landratsamt Esslingen

## **SATZ UND DRUCK:**

Offizin Scheufele Druck und Medien  
Tränkestraße 17, 70597 Stuttgart

Gedruckt auf umweltfreundlich,  
chlorfrei hergestelltem Papier.



# INHALT

## THEMEN

- Editorial  
**Von Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Alexis v. Komorowski** Seite 126
- Von der Kreidezeit ins digitale Zeitalter – Digitalisierung im Bildungsbereich  
**Von Dr. Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart** Seite 128
- Digitale Bildung: Gebündeltes Wissen gemeinsam nutzen  
**Von Michael Zieher, Karlsruhe/Stuttgart** Seite 133
- Bildung und Digitalisierung – Regionales Bildungsbüro des Alb-Donau-Kreises als Netzwerker und Motivator  
**Von Heike Leppert, Alb-Donau-Kreis** Seite 136
- IT@School im Landkreis Böblingen  
**Von Björn Hinck, Landkreis Böblingen** Seite 140
- Eine kaufmännische Schule auf dem Weg zur digitalisierten Schule: das Digitale Büro  
**Von Dr. Katharina Melke-Lingnau, Landkreis Esslingen** Seite 141
- Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Heidenheim: drei unterschiedliche Konzepte und deren Erfolg  
**Von Stefan Bader, Claudia Dürr, Michael Helmer, Frank Neubert, Anika Schindler, Landkreis Heidenheim** Seite 144
- Die Digitalisierung im Bildungsbereich bildet das standardisierte Rückgrat im Landkreis Karlsruhe  
**Von Frank Wolters, Landkreis Karlsruhe** Seite 147
- Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Ludwigsburg  
**Von Judith Woerner, Landkreis Ludwigsburg** Seite 149
- Digitalisierung im Bildungsbereich  
**Von Dr. Heiko Schnell, Main-Tauber-Kreis** Seite 151
- Der Ostalbkreis und seine Schulen - viele Digitalisierungsbausteine  
**Von Marion Freytag, Ostalbkreis** Seite 153
- Schulen des Landkreises Rastatt im digitalen Wandel oder was macht eine moderne, digitale Schule aus?  
**Von Dunja Haas, Landkreis Rastatt** Seite 157
- Schul-IT@RNK: Zentralisierung und Standardisierung als Schlüssel für die digitale Bildung von morgen – 16 Schulen auf gemeinsamem Weg in die digitale Zukunft  
**Von Leonie Conteh, Rhein-Neckar-Kreis** Seite 160

- Digitale Sprachkurskoordination im Rhein-Neckar-Kreis  
**Von Elena Albrecht und Julia Matthews, Rhein-Neckar-Kreis** Seite 161
- Gigabit-Internet an rund 70 Schulen im Landkreis verfügbar –  
Landkreis Vorreiter in Sachen Glasfaserausbau  
**Von Brigitte Stein, Landkreis Rottweil** Seite 164
- Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Schwäbisch Hall  
**Von Maren Laudien, Landkreis Schwäbisch Hall** Seite 166
- Landkreis Sigmaringen zentralisiert IT-Services der Schulen  
**Von Claudia Baur, Landkreis Sigmaringen** Seite 169
- Digitalisierung im Bildungsbereich im Schwarzwald-Baar-Kreis  
**Von Heike Frank, Schwarzwald-Baar-Kreis** Seite 169
- Zollernalbkreis: Der Digitalisierung auf der Spur  
**Von Christoph Abt, Pia Beer, Berenike Schuck und Prof. Lutz Sommer** Seite 173

## WEITERE THEMEN

- Inspektor/in in der Landwirtschaftsverwaltung im Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung –  
für den Landkreis vielseitig ausgebildet  
**Von Mareike Schubert, Hanna Bär und Christine Dürmuth** Seite 178
- AGFK-BW: Landkreise bringen Rad- und Fußverkehrsförderung in die Fläche  
**Von Markus Belz, Stuttgart** Seite 179
- Suchtberatung wirkt – auch in finanzieller Hinsicht  
**Von Stefan Löwenhaupt mit Unterstützung von Lisa-Marie Böpple, Nürnberg** Seite 182
- Der Rems-Murr-Kreis is(s)t klimafreundlich  
**Von Jessica Benz, Rems-Murr-Kreis** Seite 187
- Familienbildung mit PEBB im Landkreis Ravensburg  
**Von Diana E. Raedler und Jessica Kohlbauer, Landratsamt Ravensburg** Seite 188
- Der Migrationsbeirat des Zollernalbkreises  
**Von Gert Ungureanu und Ute Sauter, Zollernalbkreis** Seite 191

## NACHRICHTEN

### Pressemeldungen des Landkreistags

- Landkreistagspräsident Walter:  
„Kurzzeitpflege durch bedarfsorientiertes Landespflegegeld stärken“ Seite 195
- 15 Jahre Straßenunterhaltung bei den Landkreisen Seite 195
- Joachim Walter als Vizepräsident des Deutschen Landkreistags wiedergewählt Seite 196
- „Landkreistag fordert genaue Corona-Leitfäden für Schulen“ Seite 196
- Vor 10 Jahren wurden bei den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs  
Pflegestützpunkte eingerichtet vom 21. August 2020 Seite 196

- Landkreise auf Klimaschutzkurs Seite 197
- Durchbruch bei Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag Seite 197
- „Kabinett beschließt massive Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und zusätzlichen Rettungsschirm für Krankenhäuser im Land“ Seite 198
- Umweltminister Franz Untersteller: „Die Kommunen sind Vorbild und Motor beim Klimaschutz. Wir helfen ihnen, diese Aufgaben wahrzunehmen.“ vom 8. Juli 2020 Seite 199

## **PERSONALIEN**

Seite 200

## **SPEKTRUM**

Seite 201



## EDITORIAL

# Nur eins ist teurer als digitale Bildung – keine digitale Bildung!

*Liebe Lehrerinnen und Lehrer!*

Schon lange vor der Corona-Krise war die Diskussion über die Digitalisierung im Bildungsbereich in vollem Gange gewesen. Und man hatte beileibe nicht nur debattiert. Es war auch schon vieles aufgeleistet worden, um im schulischen Alltag den Herausforderungen der Digitalisierung zunehmend gerechter zu werden und auch ihre Potenziale immer besser zu nutzen. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die didaktische Verankerung im Unterricht als auch für die IT-technische Ausstattung. Zuletzt war im März 2019 sogar das Grundgesetz geändert worden, um den mit immerhin fünf Milliarden Euro dotierten DigitalPakt Schule auf den Weg zu bringen.

Aber natürlich hat keiner mit der Covid-19-Pandemie rechnen können und damit, dass es zu einem wochenlangen generellen „Homeschooling“ kommen würde. Auch die teils hybriden Lernformen, etwa die Kombination aus Lernen in Präsenz und Lernen im Homeoffice, die es nun nach dem Lockdown gibt und uns noch eine ganze Weile als „neue Normalität“ begleiten werden, waren so nicht absehbar. Insofern ist es zwar sicherlich richtig und geboten, die Unzulänglichkeiten schonungslos zu analysieren, die sich in den Monaten des Online-Unterrichts offenbart haben. Dies gilt gleichermaßen für die pädagogisch-didaktischen Defizite als auch für die Mängel der IT-Infrastruktur. Auch müssen darauf aufsetzend



– überlegt und kraftvoll – die nachhaltig richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Allerdings sollte man sich zugleich vor übereilten Schulzuweisungen hüten. Denn gerade bei dem komplexen Megathema Digitalisierung des Bildungswesens gilt in besonderem Maße, dass wer mit dem ausgestreckten Finger auf andere zeigt, mit drei Fingern auf sich selbst weist. Anstatt in die Lamenti über die durch Corona ausgelöste digitale Bildungskrise einzustimmen, rate ich dazu, sich an ein momentan viel zitiertes Diktum zu halten. Es stammt von John F. Kennedy, der – ein bemerkenswertes Jubiläum in diesem US-amerikanischen Wahljahr – vor fast auf den Monat genau sechzig Jahren zum 35. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Kennedy soll bekanntlich darauf hingewiesen haben,

dass sich das Wort Krise im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammensetzt, wovon das eine Gefahr, das andere aber Gelegenheit bedeutet. In diesem Sinne empfiehlt es sich, die Gelegenheit reflektiert und engagiert zu nutzen, die die Corona-Krise für die Digitalisierung im Schulbereich bietet.

Der Ausgangspunkt ist dabei klar: Wir befinden uns seit geraumer Zeit schon in einem tiefgreifenden Transformationsprozess, der unsere Art zu kommunizieren, zu lernen und zu arbeiten stark verändert. Der digitale Wandel ist Teil unserer Lebenswirklichkeit. Hierauf muss Bildung, hierauf muss das Bildungssystem in allen seinen Facetten reagieren.

Medienkompetenz und stetige Fort- und Weiterbildung sind heute die Basis für eine erfolgreiche Bildungs- und Arbeitsbiografie. Neue Formen der Kommunikation und Vernetzung entstehen, ebenso effektive Wege der Vermittlung von Lehr- und Lerninhalten. Doch wie gut sind unsere Schulen auf diese Prozesse vorbereitet? Welche Verbreitung haben digitale Lerntechnologien bereits erfahren und werden diese mit pädagogischem Mehrwert erfolgreich eingesetzt? Trägt die Digitalisierung zu mehr Chancengerechtigkeit bei oder vergrößert sie unter Umständen sogar soziale Unterschiede in der Teilhabe?

Ungeachtet aller vorhandenen Defizite und Mängel, die nicht zu beschönigen, aber auch nicht unnötig zu dramatisie-

ren sind, zeigt diese Ausgabe der Landkreisnachrichten mit ihren Beiträgen, dass man vor Ort aktiv dabei ist, Antworten auf die aufgeworfenen Fragen nicht nur zu finden, sondern sie auch schon praktisch zu leben. Die Digitalisierung gehört zum Alltag der Schulen und der Schulträger – und das ist gut so.

Gleichzeitig darf die Digitalisierung keinesfalls als Allheilmittel gelten – auch und erst recht nicht in der Bildung. So müssen für einen erfolgreichen Einsatz digitaler Lehr- und Lernmittel im Unterricht die Rahmenbedingungen stimmen. Der vielzitierte Grundsatz „Technik folgt der Pädagogik“ bringt dies auf den Punkt. Erst im Zusammenspiel von passgenauen pädagogischen Konzepten und einer daran orientierten guten Ausstattung der Schulen entsteht eine Lehr- und Lernwirklichkeit, die den Herausforderungen der Digitalisierung im Bildungsbereich gerecht wird.

Nun gibt es keinen Grundsatz ohne Ausnahme – in Pandemiezeiten ohnehin nicht. Insofern ist es gut und richtig, dass Schulträger ihre Anträge zum DigitalPakt Schule nun zunächst ohne Medienentwicklungsplan stellen dürfen und diesen erst mit der Abrechnung der Maßnahmen vorlegen müssen. Hierfür hatte sich das baden-württembergische Kultusministerium auf Bundesebene erfolgreich eingesetzt. Denn wir müssen in der aktuellen Krisenzeit mit der Beschaffung tatsächlich schneller werden.

An der Grundorientierung ändert dies aber nichts. Pädagogik und Didaktik müssen die Marschrichtung anzeigen, die für den IT-technischen Ausbaupfad maßgeblich ist. Die Digitalisierung im Bildungsbereich ist kein Selbstzweck, sondern soll zur Qualität des Bildungssystems beitragen. Die Qualität des Bildungssystems ist in Baden-Württemberg mit seinen ausdifferenzierten Bildungsgängen traditionell hoch. Dieses Qualitätsniveau durch passgenaue Digitalisierungsmaßnahmen zu wahren und weiter auszubauen, muss das gemeinsame Ziel von Politik und Verwaltung,

Wirtschaft und Gesellschaft hier im Land sein. Denn die Qualität des Bildungssystems korreliert gerade in einem Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg unmittelbar mit wirtschaftlicher Prosperität und sozialem Wohlergehen. Im Hinblick auf die Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik kommt dabei den Kommunen bekanntermaßen eine maßgebliche Rolle zu. Die Landkreise sind sich dabei ihrer Verantwortung als Schulträger gerade der Beruflichen Schulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren voll und bewusst und stellen sich den zunehmenden Herausforderungen mit großem Engagement. So wurden in den vergangenen Jahren erhebliche kommunale Gelder in digitale Lehr- und Lernmittel sowie die erforderliche Infrastruktur an Kreisschulen investiert. Auch dies zeigen die zahlreichen Beispiele aus der Schulpraxis in den nachfolgenden Beiträgen.

Die Bundesmittel aus dem DigitalPakt Schule haben hier nochmals einen wichtigen Impuls gesetzt. Gleiches gilt für die weiteren, aktuell aufgesetzten beziehungsweise angekündigten Sofortprogramme des Bundes wie auch für das Unterstützungspaket des Landes. Diese Finanzmaßnahmen sind ausdrücklich zu begrüßen. Und sollten sie noch einer Rechtfertigung bedürfen, so ließe sich in Anlehnung an John F. Kennedy formulieren: „Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als digitale Bildung, keine digitale Bildung.“

Allerdings darf bei alledem nicht übersehen werden, dass es sich bei den Programmmitteln von Bund und Land um Einmalzahlungen handelt. Ausreichende Planungssicherheit für die Kommunen ergibt sich daraus nicht. Die nachhaltige Finanzierung einer Daueraufgabe sieht anders aus. Umso wichtiger ist es, dass das Kultusministerium nunmehr in Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden über die „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ eingetreten ist. Denn insgesamt haben die Anforderun-

gen an die Schulträger in den letzten Jahren stetig zugenommen – nicht nur, aber gerade auch beim Thema Digitalisierung. Die vieldiskutierten Schnittstellen zwischen dem pädagogischen Bereich, der in der Verantwortung des Landes steht, und der originären Schulverwaltung, die im Verantwortungsbereich des Schulträgers liegt, sind zunehmend fließend. Dies zeigt sich insbesondere bei den ganz konkreten Digitalisierungsmaßnahmen an Schulen – von der Einführung digitaler Lehr- und Lernmittel über schulische IT-Netze bis hin zu Cloudlösungen.

Bei den Gesprächen zur „Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert“ sollte es daher insbesondere auch darum gehen, wie im Hinblick auf die Digitalisierung im Bildungsbereich die jeweiligen Aufgabebereiche von Land und kommunalen Schulträgern rechtlich konkret definiert, die pädagogisch-didaktisch hergeleiteten Digitalisierungsstandards verbindlich festgelegt und die daraus resultierenden finanziellen Verantwortlichkeiten neu und zukunftsfest geregelt werden. Land und Kommunen stehen bei alledem in einer Verantwortungsgemeinschaft, um die digitale Bildung in Baden-Württemberg erfolgreich voranzutreiben. Die Geschwindigkeit der Veränderungen in unserer digitalen Welt verlangt dabei eine flexible Herangehensweise und große Offenheit für kontinuierliche Anpassungen. Sie verlangt aber auch eine feste gemeinsame Wertegrundlage. Und diese lautet, dass Maßstab der Digitalisierung gerade auch im Bildungsbereich allein der Mensch ist. Oder um augenzwinkernd mit John F. Kennedy zu schließen: „Der Mensch ist immer noch der außergewöhnlichste Computer von allen.“

Zur  
Alexis v. Komorowski

Prof. Dr. Alexis v. Komorowski,  
Hauptgeschäftsführer,  
Landkreistag Baden-Württemberg



## THEMEN

# Von der Kreidezeit ins digitale Zeitalter – Digitalisierung im Bildungsbereich

Von Dr. Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Stuttgart

### I. Exkursion in die Kreidezeit

Zu Beginn eine Exkursion ins Museum Hauff am Fuße der Schwäbischen Alb: Hier in Holzmaden sind bedeutende Funde aus der Kreidezeit zu bewundern, die vor rund 145 Millionen Jahren mit dem Ende des Juras begann und vor etwa 66 Millionen Jahren endete. Bekannt ist ihre reichhaltige Fauna, insbesondere die Dinosaurier, die am Ende der Kreidezeit ausstarben. Wie Paläontologen vermuten, lag dies entweder an einem Meteoriteneinschlag, einem gesteigerten Vulkanismus oder am rapiden Absinken des Meeresspiegels. Doch was hat dies mit uns heute zu tun?

An unseren Schulen ist das am weitesten verbreitete Medium immer noch die Tafel, die mit Kreide beschrieben wird und seit dem 16. Jahrhundert in unterschiedlichen Varianten im Einsatz ist. Unsere heutigen Dinosaurier sind also – um die Metapher weiter zu bemühen – Schulen mit Kreidetafeln als Leitmedium für den Unterricht.

Was früher gut war, muss heute nicht unbedingt schlecht sein, sagt die eine Bürgermeisterin, der andere Landrat, die eine Schulleiterin oder der andere Lehrer. Aber auch hier lohnt der Blick zurück: In der Kreidezeit starben die Dinosaurier deshalb aus, weil die äußeren Bedingungen sich änderten. Mit dem Absinken des Meeresspiegels konnten sie ihre Lebensweise nicht mehr aufrechterhalten.



Dr. Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport

Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Sie konnten mit dem Wandel der Lebensbedingungen auf dem Planeten nicht umgehen.

Dies sollte uns zu denken geben, denn mit der Digitalisierung ist im 20. Jahrhundert eine Art Meteorit eingeschlagen, der den Lebensstil des Homo sapiens völlig verändert. Wer überleben will, muss sich also an die Digitalisierung anpassen, lernen, damit umzugehen und sie aktiv zu gestalten – und das insbesondere von Kindesbeinen an in den Bildungseinrichtungen der Länder.

Weitere „Meteoriteneinschläge“ in unserer Zeit sind Individualisierung und Globalisierung, die mit der Digitalisierung einhergehen, sich gegenseitig verstärken und Konsequenzen auf das Leben jedes einzelnen haben, die die „VUKA-

Formel“ – Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität – treffend auf den Punkt bringt (Abb.1, Seite 129). Mit Volatilität ist in diesem Kontext eine zunehmende Unbeständigkeit gemeint: Die Situation sowohl moderner Gesellschaften als auch der technischen Entwicklung ist hoch dynamisch. Wenn man bedenkt, dass das Internet gerade einmal 30 Jahre alt ist und es erst vor etwas mehr als zehn Jahren mobil für die Hosentasche verfügbar wurde, wird dies deutlich.

Damit einher geht eine grundlegende Unsicherheit: Als sicher geglaubte Prognosen – wie z.B. das immer weitere Vordringen der Demokratie als Staatsform nach dem Ende des kalten Krieges – werden hinfällig, eigene Zukunftsplanungen stehen infrage: War der Beruf des Ingenieurs noch vor ein paar Monaten nachgefragt wie wenige andere, ist er nun massiv von der Krise betroffen. Mit anderen Worten: Unbeständigkeit führt zu Unsicherheit, die wiederum verstärkt wird durch die zunehmende Komplexität moderner Gesellschaften als Folge der Globalisierung: Die Aktivitäten einzelner Menschen stehen in Verbindung zu anderen. Galten früher Konsumgewohnheiten wie die Frage, wo man seinen Urlaub verbringt, als eine Frage des persönlichen Geschmacks, so sind sie heute mit tieferliegenden Fragen wie der Gesundheit, Sicherheit und Fragen des Klimawandels verbunden.



Abb. 1: Die „VUKA-Formel“ und ihre Folgen für Bildung in der digitalisierten Welt  
Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Hinzu kommt eine neue Art von Mehrdeutigkeit: In der digitalisierten, globalisierten und individualisierten Welt gibt es nicht mehr eine verbindliche Wahrheit, sondern verschiedene „Wahrheiten“. Dies ist zum Teil der Schnelligkeit von Entwicklungen geschuldet: Informationen haben eine sehr kurze Halbwertszeit. Menschen müssen damit leben, dass es eine digitale oder virtuelle Welt und eine analoge, reale Welt gibt, in der sie unterschiedlich repräsentiert sind. Wie gelingt es uns nun, die junge Generation von heute für die vielschichtigen Herausforderungen des digitalen Zeitalters fit zu machen?

## II. Lernen in der Kreidezeit und im digitalen Zeitalter

Zuerst einmal ist zu klären, was schulisches Lernen in der „Kreidezeit“ auszeichnet. Vereinfacht gesagt, es herrscht eine Konzentration auf Inhalte vor, die Vermittlung erfolgt über die Leitmedien Kreidetafel und Buch, elektronische Medien werden sparsam eingesetzt: So zeigen Lehrkräfte beispielsweise Videos

zur Illustration von Inhalten, die mit Tafel und Buch zuvor erarbeitet worden sind, oder lassen auch mal in Projekten solche Medien selbst erstellen. Wer mit neuer Technik fremdelt, kann sich auf die Studie des neuseeländischen Bildungsforschers John Hattie berufen, nach der nicht Medieneinsatz oder Methodik in erster Linie über Lernerfolg entscheidet, sondern die Qualität der Lehrer-Schüler-Beziehung. Hier stellt sich die Frage: Sind diese Aspekte des Lernens heute noch zeitgemäß?

Schule in den Jahren 2020 und folgenden muss sich zum einen den oben beschriebenen Herausforderungen stellen und zum anderen junge Menschen auf das Leben und Arbeiten im digitalen Zeitalter vorbereiten. Damit dies gelingt, müssen sie sich die „Kompetenzen des 21. Jahrhunderts“ („21<sup>st</sup> century skills“) aneignen, womit auch die „4Ks“ Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken gemeint sind, und bestimmte Charaktereigenschaften wie Neugier, Mut, Resilienz oder Achtsamkeit ausbilden. Neben diesem Erziehungsauftrag muss Schule die heranwachsende Generation, die von Kindesbeinen an digitale

Technik vor allem als Kommunikations- und Unterhaltungsmedien nutzt, darin anleiten, wie diese Geräte auch als Mittel zum Erwerb von Bildung gebraucht werden können.

## III. Grundsätze digitaler Bildung in Baden-Württemberg

Um die Kompetenzen des 21. Jahrhunderts zu vermitteln, gibt es in Baden-Württemberg drei klar definierte Handlungsfelder: erstens die Bildungspläne, d.h. die curriculare Verankerung von Medienbildung als Leitperspektive (Abb.2, Seite 130), zum Zweiten die Lehrkräftequalifizierung im Rahmen der Digitalisierungsstrategie digital@bw und schließlich die Schaffung der technischen Voraussetzungen.

Auch wenn es für manchen den Anschein hat, dass digitaler Unterricht erst seit Corona an den Schulen des Landes praktiziert wird, so muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass das Land digitale Lehr-Lern-Settings schon seit 2015 in Tablet-Projekten an ausgewählten allgemein bildenden und beruflichen Schulen erproben lässt. Diese Projekte werden vor Ort getragen durch das Engagement technikaffiner Lehrerkollegien und unterstützt durch Schulträger mit Weitblick – unter anderem zahlreiche Stadt- und Landkreise als Träger beruflicher Schulen. An den allgemein bildenden Schulen erfolgt der Tablet-Einsatz in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 vorrangig in den Fächern Geschichte und Mathematik sowie in naturwissenschaftlichen Fächern und wird evaluiert vom Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung in Tübingen unter Prof. Ulrich Trautwein. Es wird untersucht, unter welchen Umständen messbare Effekte beim Einsatz von Tablets auf den Lernprozess unter den 2.000 Teilnehmenden festzustellen sind. Ergebnisse werden 2021 erwartet. An den Tablet-Projekten der beruflichen Schulen werden bis zum Jahr 2022 insgesamt über 5.000 junge Leute und über 1.200 Lehrkräfte beteiligt sein. Als

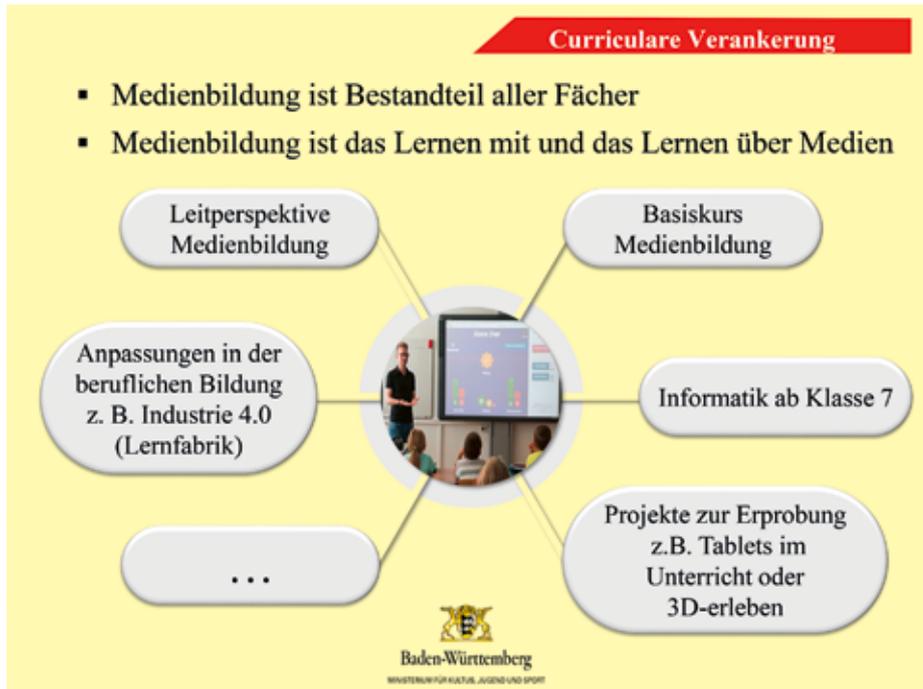


Abb. 2: Medienbildung ist in allen Bildungsplänen des Landes fest verankert.

Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Zwischenfazit der wissenschaftlichen Begleitung wird von der Universität Hamburg festgehalten, dass dem Tableteinsatz ein hohes Potential für eine zunehmend individualisierte Unterrichtsgestaltung beigemessen wird. So können mit Hilfe von Apps Übungsphasen z.B. im Mathe- oder Sprachunterricht indi-

vidualisiert und differenziert werden, wodurch Schülerinnen und Schüler direkte und schnelle Rückmeldungen über ihren Lernerfolg erhalten.

Zudem können Lehr-Lern-Settings unter anderem dadurch optimiert werden, dass die jungen Leute Ergebnisse aus Gruppenarbeitsphasen mit Hilfe von



Abb. 3: Unterricht mit Tablet und Beamer an der Gottlieb-Daimler-Schule in Sindelfingen

Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Tablets, Bluetooth und Beamer präsentieren und unter Einbindung von Fotos, 3D, Ton oder Videos für eine größere Anschaulichkeit sorgen. Der Mehrwert fürs Lernen durch den Einsatz solcher Medien liegt auf der Hand (Abb.3).

#### IV. Corona-Krise als Chance verstehen

Mit Blick auf den DigitalPakt Schule, der 2019 von Bund und Ländern verabschiedet wurde und für Baden-Württemberg 650 Mio. € vorsieht, bemängelten viele Kommentatoren im Zeichen von Corona, dass wir eine zeitgemäße technische Bildungsinfrastruktur und digital geschulte Lehrkräfte schon viel früher gebraucht hätten. Zu bedenken ist hierbei allerdings, dass man einerseits hinterher immer klüger ist und es andererseits vor der Pandemie viele Skeptiker der Digitalisierung gab. Nicht selten konnten sich diese sogar auf „Expertisen“ berufen, die ein einseitig negatives Bild von der Wirkung digitaler Technik auf Kinder und Jugendliche zeichneten. Ähnlich wie beim „SputnikSchock“ 1957 in den USA und der nachfolgenden Bildungs- und Forschungsoffensive, als deren Krönung die Mondlandung 1969 gilt, könnte der „Corona-Schock“ 2020 eine heilsame Wirkung auf unser Land haben. Jetzt ist nach meiner Wahrnehmung die Einsicht eher vorhanden, digitale Medien als zeitgemäße Hilfsmittel zu nutzen. Dort, wo sie einen pädagogisch-didaktischen Mehrwert haben.

Betont werden sollte in diesem Zusammenhang, dass die Sondersituation der Schulschließung mit einer Umstellung auf ein digital unterstütztes Fernlernen im März kein pädagogisches Zielszenario war, auf das selbst die am weitesten fortgeschrittenen Tablet-Schulen hingearbeitet hätten. Reines Fernlernen („E-Learning“) ist problembehaftet, denn es führt nach John Hattie erwiesenermaßen zu schlechteren Lerneffekten als guter herkömmlicher Unterricht. Außerdem ist zu bedenken, dass auch ein hybridi-



Abb. 4: Bis 2023 werden laut Plan die Module und Bausteine der Digitalen Bildungsplattform erstellt.  
Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

der Unterricht, der sich nur darauf beschränkt, dass ein Teil der Klasse synchron von zuhause aus den Unterricht als Livestream verfolgt, nicht zielführend ist. Pädagogisch-sinnvoller ist dagegen die Kombination von Präsenz- und Fernlernen, die man auch als „blended learning“ bezeichnet. Hierbei wechseln sich synchrone und asynchrone Phasen ab gemäß der Überlegung: Zu welchem Zeitpunkt führt welche Sozialform mit dem Einsatz welcher Technik zum größten Lernerfolg? (Abb. 4)

## V. Was leistet Baden-Württemberg in Krisenzeiten, um den Sprung ins digitale Zeitalter zu schaffen?

Die Einsicht, unsere Schulen verstärkt zu digitalisieren, hat unter dem Eindruck der Corona-Krise zu konkreten Maßnahmen geführt, bei denen unterschiedliche politische Akteure zusammenarbeiten. Bei den dafür nötigen Verhandlungen ist unser Land eine treibende Kraft, da mein Haus für die Koordination der CDU-geführten Kultusministerien im Rahmen

der Kultusministerkonferenz zuständig ist und den Co-Vorsitz in der Bundesländer-Facharbeitsgruppe „DigitalPakt Schule“ innehat. In Baden-Württemberg zahlt es sich aus, dass die Kultusverwaltung seit Jahrzehnten vertrauensvoll mit ihren kommunalen Partnern – unter anderen den Stadt- und Landkreisen – zusammenarbeitet und diese als Schulträger im Rahmen der Schullastenteilung weitestmöglich unterstützt. Diese Kooperation hilft auch bei der Bewältigung der Corona-Krise. Um die Schulen im Bereich Software zu unterstützen, hat beispielsweise das Kultusministerium zusammen mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) und dem Landeshochschulnetz BelWü im März „Erste Hilfe“ geleistet: Am Tage vor der Schulschließung wurde für alle Schulen im Land eine neue und sehr leistungsfähige Moodle-Umgebung aufgesetzt und ihnen ein kostenloser und rechtssicherer Zugang zu diesem Lernmanagementsystem ermöglicht. Moodle wurde im April durch das Videokonferenz-Tool BigBlueButton erweitert – mit ca. 1.000 zeitgleichen Videokonfe-

renzen und ca. 10.000 Teilnehmenden vor den Sommerferien eine Erfolgsgeschichte. Über den Verbund der Stadt- und Kreismedienzentren haben Lehrkräfte außerdem Zugang zu Jitsi, einem ähnlichen System für den Fernunterricht. Lehrkräfte an allen öffentlichen Schulen erhielten zudem die Möglichkeit, den datenschutzkonformen Instant Messenger Threema zur dienstlichen Kommunikation kostenlos zu nutzen. Dieser Baustein der landeseigenen digitalen Bildungsplattform, die sich im Prozess des Entstehens befindet, wurde aufgrund der Krise vorzeitig ausgerollt (Abb. 5, Seite 132). Flankiert werden diese Maßnahmen durch entsprechende Anstrengungen in der Lehrkräftefortbildung, bei der das zur Hälfte vom Land und den Kreisen getragene Landesmedienzentrum (LMZ) eine signifikante Rolle spielt.

Ein Blick in die Zukunft: Moodle wird in nächster Zeit noch durch zusätzliche Funktionen für einen verbesserten digitalen Materialaustausch der Lehrkräfte untereinander erweitert („EduSharing“) sowie um die Möglichkeit für Schülerinnen und Schüler, elektronische Portfolios zur Sammlung und Präsentation von Lernergebnissen („Mahara“) zu führen. Für solche landesinternen und länderübergreifenden Projekte stehen im DigitalPakt 65 Mio. € bereit.

Zum anderen konnten wir im Bereich Hardware das Sofortausstattungsprogramm des Bundes, die erste Erweiterung des Digitalpakts, über die digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler mit Bedarf angeschafft werden können, auf meine Initiative hin mit Hilfe von Landesmitteln auf 130 Mio. € verdoppeln. Die Gelder wurden über unsere Geschäftsstelle DigitalPakt im Kultusministerium und die kommunalen Landesverbände noch vor den Sommerferien schnell und unbürokratisch an die Schulträger weitergeleitet, so dass jetzt schon vielerorts die ersten Geräte verliehen werden können.

Darüber hinaus ist in die Themen IT-Administration an Schulen und mobile



Abb. 5: Schulische Zielszenarien nach dem Grundsatz „Die Technik folgt der Pädagogik“  
Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Endgeräte für Lehrkräfte ebenfalls Bewegung gekommen. Im Koalitionsbeschluss über das Corona-Konjunkturprogramm vom 3. Juni wurde neu geregelt, dass sich der Bund als zweite Erweiterung des DigitalPakts befristet wieder mit 500 Mio. € bei der Ausbildung und Finanzierung der IT-Administration beteiligt, wenn die Länder im Gegenzug die digitale Weiterbildung der Lehrkräfte verstärkt in den Blick nehmen. Eine detaillierte Abstimmung findet derzeit zwischen Bund und Ländern statt. Baden-Württemberg werden hierbei nochmals 65 Mio. € zugutekommen. Weitere einmalige Zuwendungen, die aus EU-Corona-Mitteln in mobile Endgeräte für Lehrkräfte fließen sollen, sind in diesem Zusammenhang geplant.

### VI. Alle(s) digitalo im digitalen Zeitalter?

Nach meiner Überzeugung ist die Digitalisierung an und von Schulen richtig und wichtig, da unsere nachwachsende Generation darin angeleitet werden muss, wie sie die neuen Medien produk-

tiv zum Wissens- und Kompetenzerwerb einsetzen kann, um sie für die Industrie 4.0 im Hochtechnologieland Baden-Württemberg fit zu machen. Damit die Digitalisierung nicht zum Selbstzweck

wird, verfolgen wir sie nachhaltig und mit Augenmaß gemäß unserem Grundsatz „die Technik folgt der Pädagogik“. Dabei gelten in der digitalen Welt die gleichen Verhaltensregeln wie in der analogen: Höflichkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und viele andere. Auch die Qualität der Beziehung zwischen Lehrkraft und Lernenden ist kein veraltetes Relikt aus der „Kreidezeit“, sondern Grundlage des Lernens. Dass die virtuelle Welt zudem kein „digitales Bullerbü“ ist, sieht man an der Notwendigkeit des Datenschutzes und der Datensicherheit sowie den Gefahren für Kinder und Jugendliche durch „hate speech“ oder Cybermobbing.

Die Vermittlung all dieser Fähigkeiten und Fertigkeiten, Haltungen und Einstellungen kann nur dann zeitgemäß erfolgen, wenn Lehrkräfte moderne Technik zur Verfügung haben und digital geschult sind (Abb. 6). Auch wenn Corona eine Sondersituation darstellt, ist allen, auch den Skeptikern, die Einsicht in die Notwendigkeit der Digitalisierung im Bildungsbereich vor Augen geführt worden. Die Krise beschleunigt damit eine



Abb. 6: Für Lehrkräfte ist Digitalisierung verbindlich in allen Formaten der Aus- und Fortbildung.  
Quelle: Kultusministerium Baden-Württemberg

Entwicklung, die wir – wie oben erwähnt – in Baden-Württemberg schon vor einigen Jahren angestoßen haben, und hätte damit für den Bildungsbereich auch eine positive Seite. Die Programme, die vom Bund auf den Weg gebracht werden, um die Krise zu bewältigen, werfen nicht nur für uns als Land, in dessen Hoheit die Schulbildung angesiedelt ist, tiefgreifende Neujustierungen auf, sondern

auch für unsere kommunalen Partner – wie beispielsweise die Frage, was Schulträgerschaft im 21. Jahrhundert bedeutet?

Abschließend möchte ich bekräftigen, dass wir – die Kultusverwaltung und die politisch Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen – gemeinsam mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Digitalisierung im Bildungsbereich zügig erfolgt

und in der Fläche ankommt. Als abschreckendes Beispiel, um nochmals auf die Metapher von oben zurückzukommen, soll uns das Schicksal der Dinosaurier in der Kreidezeit dienen: Wer sich einem notwendigen grundlegenden Transformationsprozess verschließt, dem droht der Niedergang. Uns dagegen muss es um einen digitalen Aufbruch gehen.

## Digitale Bildung: Gebündeltes Wissen gemeinsam nutzen

Das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg – Wegbegleiter in einer zunehmend digitalisierten Welt

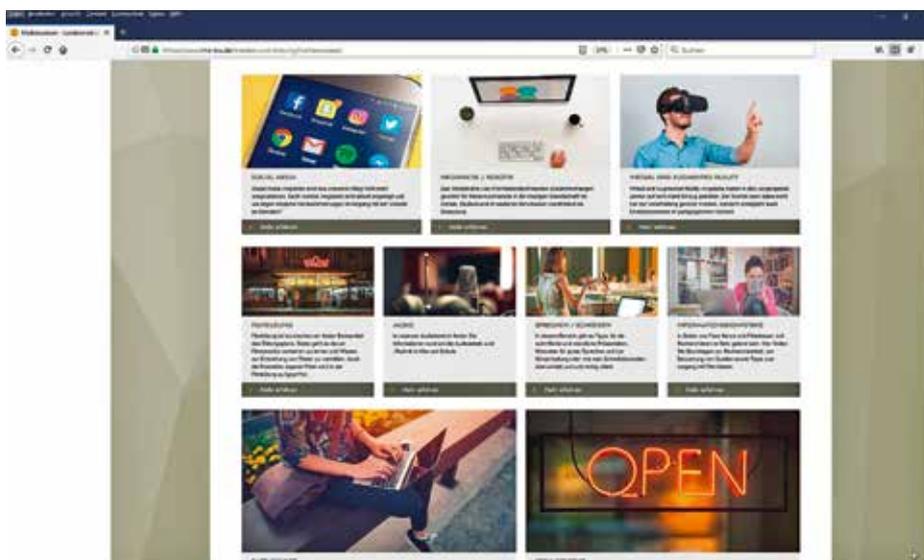
Von Michael Zieher, Karlsruhe/Stuttgart

Schulträger, Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler begegnen nicht erst seit der Coronakrise neuen Herausforderungen. Digitale Medienbildung ist unentbehrlich. Sie ermöglicht die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Bildungsprozess: Digitale Lehr- und Lerninhalte sind zeit- und ortsunabhängig für größere Adressatenkreise erreichbar. Trotz der unmittelbaren Distanz rückt die Welt zusammen. Akteure können Wissen und Kompetenzen gemeinsam nutzen. Die aktuelle Notlage beweist, wie wichtig diese Chance ist, auch wenn technische Anfangshürden und Risiken zu überwinden sind. Gemäß dem Medienzentrengesetz des Landes steht den Schulen das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) mit technischer Beratung, der Bildungsmedien-distribution sowie einer fundierten pädagogischen Begleitung als verlässlicher Partner zur Seite: In aktuell 51 Medienzentren in Baden-Württemberg stehen Ansprechpartner/-innen für Medienpädagogik, -distribution und -technik zur Verfügung.

### Zentrales Onlineportal und Sonderseite zum Lernen und Lehren von Zuhause

Die Homepage des LMZ [www.lmz-bw.de](http://www.lmz-bw.de) bietet ständig aktualisierte Informationen zu den Bereichen Medienbildung und Medienwissen. Dort stehen aktuelle Hinweise, Ankündigungen und Handreichungen zum Download sowie Aufzeichnungen von Online-Seminaren bereit. Auf seiner zentralen „Corona-Sonder-

seite“ ([lmz-bw.de/corona](http://lmz-bw.de/corona)) bündelt das LMZ hilfreiche Angebote. Mehr als hunderttausend Zugriffe verzeichnete die Seite innerhalb weniger Wochen. Und auch nach der Zeit der Schulschließungen bleiben die Inhalte aktuell – sowohl im Fern- wie auch im allmählich zurückkehrenden Präsenzunterricht. Mit digitalen Sprechstunden und Online-Seminaren, die auf der Corona-Sonderseite beworben werden, erreicht das LMZ Schulleiter/-innen und Lehrkräfte, um sie



Quelle: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, [www.lmz-bw.de](http://www.lmz-bw.de)



Quelle: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, www.lmz-bw.de

im Umgang mit Fernunterrichtsphasen und der Verzahnung mit Präsenzphasen weiterzubilden.

### Erprobte Medientechnik für Schulen

Die Verleihstellen der Medienzentren vor Ort gaben mit Beginn der corona-bedingten Einschränkungen verstärkt Leihgeräte wie Tablets oder Notebooks für Schüler/-innen aus. Im Sommer rollte ein 500-Millionen-Sofortausstattungsprogramm von Bund und Land an. Fragen und Antworten zu Umsetzung, Wartung und Betrieb finden Schulträger und Schulen seither auf der eigens eingerichteten Sonderseite Sofortausstattungsprogramm. Eine LMZ-Hotline/Beratungsstelle geht zudem auch auf individuelle Fragen zum Sofortausstattungsprogramm ein.

### Vorkonfigurierte Netzwerklösungen für den schulischen Bedarf

Mit Hilfe der pädagogischen Musterlösung für schulische Computernetze paedML lassen sich schulische Geräte, Passwörter, Zugänge, Internetnutzung, Bildschirme, Tastaturen und Softwareverteilung sicher und geschützt steuern. Lösungen gibt es auf Basis von Linux,

Windows oder Novell. Eine Support-Hotline aus geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am LMZ rundet das Angebot ab.

### Medienentwicklungsplanung (MEP)

Damit die Fördergelder aus dem DigitalPakt Schule rascher fließen können, wurde der Antragsverlauf vereinfacht. Das veränderte Vorgehen sieht vor, dass die Schulträger ihre Anträge zunächst ohne Medienentwicklungsplan stellen und diesen erst mit der Abrechnung der Maßnahme vorlegen müssen. Der

Medienentwicklungsplan ist und bleibt jedoch verbindlicher Bestandteil, um Fördermittel des DigitalPakt Schule zu erhalten. Für Schulen und Schulträger bedeutet das: Sie können schneller auf die Gelder des Antragsprozesses zugreifen, haben für die Ausformulierung ihrer Medienentwicklungsplanung jedoch ein größeres zeitliches Fenster zur Verfügung. Das LMZ unterstützt beide Seiten bei der Erstellung dieser Pläne und berät, wie sie den MEP auf den Bedarf der Schule abstimmen und zielgerichtet aufbauen können.

Die Beratung beinhaltet auch, welche pädagogischen Möglichkeiten bestehen, welche Technik die pädagogischen Anforderungen erfüllt und welche Vorbereitungen und Qualifizierungen das jeweilige Lehrerkollegium benötigt. Für die Anträge stehen sowohl die browserbasierte Applikation MEP BW als auch eine offline bearbeitbare Dokumentvorlage und persönliche Beratung zur Verfügung. Beispielkonzepte aller Schularten liegen vor.

### Bildungsplanbezogene Inhalte: SESAM-Mediathek

Das LMZ erleichtert Lehrkräften die Unterrichtsvorbereitung. In der SESAM-Mediathek können Lehrkräfte nach



Quelle: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, www.lmz-bw.de

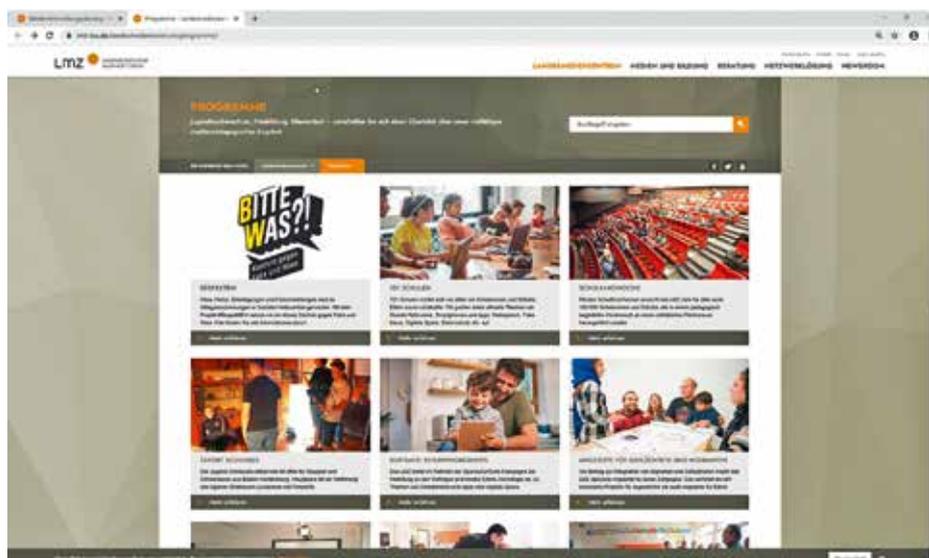


Quelle: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, www.lmz-bw.de

Themen, Fächern und Klassenstufen recherchieren und verlässliches, für Schulen lizenziertes Unterrichtsmaterial streamen und downloaden. Mit zusätzlich vom Kultusministerium bewilligten Mitteln aus dem DigitalPakt Schule konnten zudem die Medienbeschaffungen für Schulen erheblich erweitert werden. Für die verstärkte Unterstützung beim Präsenz- und Fernlernen wurden Medien wie Unterrichtsfilme, interaktive Übungen, digitale Aufgaben etc. erworben, die in übersichtlich recherchierbaren Lehr- und Lerneinheiten leicht in allen Schularten eingesetzt werden können.



Sämtliche Medien werden von Begutachtungskommissionen gesichtet. Bildungsplanbezogene Unterrichtskonzepte und -ideen stehen bereit. In der Web-Mediathek SESAM finden sich zudem Unterrichtscurricula bzw. von Lehrerinnen und Lehrern erstellte Unterrichtsentwürfe, darunter Anleitungen für konkrete Stundenabläufe oder Lerneinheiten. Im Herbst dieses Jahres geht die „Medienschatzkammer“ optisch



Quelle: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, www.lmz-bw.de

und funktional generalüberholt an den Start.

## Projekte und Programme für eine sichere, faire und souveräne Mediennutzung

Als Teil der Initiative „Kindermedienland“ setzt das Landesmedienzentrum Baden-Württemberg medienpädagogische Programme um, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zur Reflexionsfähigkeit beim Umgang mit Medien verhelfen. In Jugendmedienschutz-Projekten lernen sie, Falschmeldungen zu erkennen und werden auf die Gefahren von Hate-speech aufmerksam. Das Schüler-Medienmentoren-Programm hilft jungen Menschen, sich Medien zu eigen zu machen, Filme, Hörsendungen, Bilder und interaktive Medien zu produzieren und dieses Wissen an ihre Mitschülerinnen und Mitschüler weiterzugeben. Im Eltern-Medienmentoren-Programm wird u.a. auf Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Migranten eingegangen. Nachgefragt ist auch das Programm für Senioren. Neben kostenlosen Schüler-Workshops und Informationsveranstaltungen für Erwachsene können sich Interessierte mit Fragen zur Mediennutzung oder zum Schutz von Jugendlichen an die eigens dafür vorgesehene Beratungsstelle wenden.

Im neuen Verbundprojekt gesundaltern @bw bildet das LMZ außerdem ältere Menschen zu digitalen Gesundheitsbotschaftern aus. Sie geben ihr Wissen über E-Akten, MedicalApps und digitale Sprechstunden an andere weiter. Mehr dazu erfahren Sie auf unserer Website unter Landesmedienzentrum > Mentorenprogramme.

Ministerialrat Michael Zieher ist Direktor des Landesmedienzentrums Baden-Württemberg.



# Bildung und Digitalisierung – Regionales Bildungsbüro des Alb-Donau-Kreises als Netzwerker und Motivator

Von Heike Leppert, Alb-Donau-Kreis

Bildungsbereiche und vor allem Schulen zu digitalisieren ist ein komplexer Transformationsprozess mit vielen Bausteinen. Entsprechend anspruchsvoll ist es, alle Planungsschritte stets im Blick zu haben, alle notwendigen Prozesse sinnvoll zu gestalten und die richtigen Personen an den zentralen Schnittstellen einzubeziehen.

Genau an dieser Stelle unterstützt das Regionale Bildungsbüro des Landratsamts Alb-Donau-Kreis alle Bildungsakteure im Landkreis – und das schon weit vor dem Lockdown der Corona-Pandemie. Wie vielseitig und umfassend dieser Prozess ist, soll im Folgenden aufgezeigt werden. Der Alb-Donau-Kreis hat sich mit dem Regionalen Bildungsbüro dafür gut vorbereitet und organisatorisch aufgestellt. Jetzt ist er unterwegs – auf einem digitalen Langstreckenlauf.

## Der digitale Bildungswegweiser für den Landkreis

Dass Bildung nicht nur in den Schulen stattfindet, zeigt das Bildungs- und Beratungsportal des Alb-Donau-Kreises (<https://biba.alb-donau-kreis.de/>). Der digitale Wegweiser durch die Bildungslandschaft des Landkreises existiert seit zwei Jahren und wird zwischenzeitlich gut genutzt, was die Zugriffszahlen belegen. Neben dem Bildungs- und Beratungsatlas gibt es in diesem Portal das Schulnavi und Integreat, den digitalen Alltagsguide für Neuzugewanderte. Mit dem Bildungs- und Beratungsportal war 2018 ein erster großer Meilenstein auf dem Weg der Vernetzung und Transparenz erreicht. Die regelmäßige Pflege und Aktualisierung erfolgen ausschließ-

lich über das Regionale Bildungsbüro des Landkreises. Der digitale Bausteinkasten ist kein starres Instrument. So bekam das Bildungs- und Beratungsportal Zuwachs durch eine neue Säule – den Regionalen Ratgeber im Sozialraum Schule (RiSS). Handlungsleitfäden und unterstützende Hilfesysteme für unterschiedlichste schulische Problemlagen werden hier transparent aufgezeigt.

## Bildungsforum als Plattform der Vernetzung und des Austausches

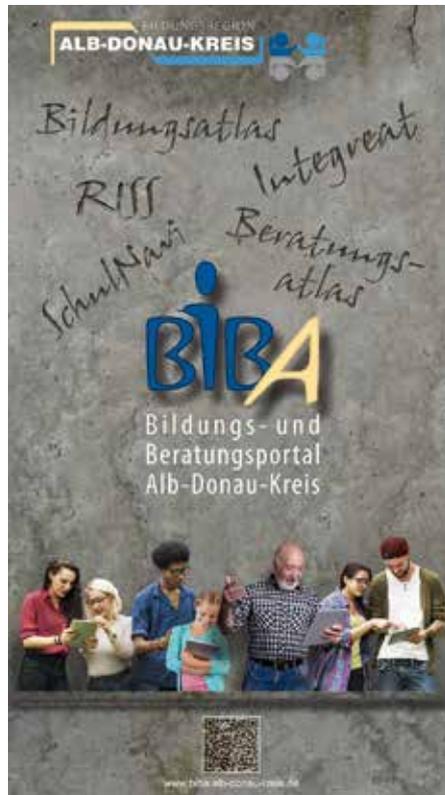
Was Entwickler heute alles schon können und wohin die Bildung im digitalen

Zeitalter in Zukunft steuern könnte, hatte Professor Thomas Damberger von der Leuphana Universität Lüneburg im November 2019 beim Bildungsforum der Bildungsregion Alb-Donau-Kreis im Haus des Landkreises erfrischend und nah am Alltag vorgetragen.

Das jährliche Bildungsforum dient der Information und dem fachlichen Austausch der Bildungsakteure im Landkreis. Unter den Gästen waren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus der Region, Kreisrätinnen und Kreisräte, Schulleitungen, der Leiter des Staatlichen Schulamts Biberach sowie Vertreterinnen und Vertreter der Agentur für Arbeit, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer Ulm. „Der digitalen Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe kommt eine tragende Rolle zu“, betonte Landrat Heiner Scheffold zum Auftakt der Veranstaltung. Die Digitalisierung bringt viele Vorteile, aber auch Nachteile mit sich, außerdem wirft sie einige Fragen auf. Dass die digitale Bildung entscheidend sei für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bildungs- aber auch Wirtschaftsstandorts, betonte auch Ronja Kemmer, Bundestagsabgeordnete der CDU. Wichtig sei es, die Grundlagen zu verstehen, zum Beispiel, wie Algorithmen funktionieren, erklärte sie.

## Netzwerk Digitalisierung und Bildung

Vernetzen, Informieren und größtmögliche Transparenz herstellen – diese Aufgabenschwerpunkte der Bildungsregion stehen auch im Mittelpunkt des neuen Netzwerkes „Digitalisierung und



„BIBA“ – das Bildungs- und Beratungsportal des  
Alb-Donau-Kreises

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis



Professor Thomas Damberger beim Bildungsforum 2019 im Haus des Landkreises, Ulm

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis

Bildung“. Bildungsakteure aus allen Bereichen trafen sich erstmals im Jahr 2019 zum Austausch in dieser Runde und Zusammensetzung. Ziel des Netzwerkes ist die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie im Bereich Digitalisierung und Bildung. Schon beim ersten Austauschtreffen wurde schnell klar: Will man eine gemeinsame Strategie entwickeln, muss man auch die gleiche Sprache sprechen. So werden zunächst Begrifflichkeiten gemeinsam definiert.

Das Regionale Bildungsbüro unterstützt hier durch die Organisation und Moderation der Netzwerktreffen.

## Digicamp in der Schule

Dass digitale Transformation alle Schularten betrifft, also auch sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, war im Schuljahr 2019/20 besonders in einer Klasse der Martinschule Laichingen (SBBZ Lernen) spürbar. Gemeinsam mit dem Kreismedienzentrum Ulm/Alb-Donau und dem Bildungsträger BBQ tauchten die Schülerinnen und Schüler in die digitale Welt ein. Ob beim Morsen, Scratching oder mit den Ozobots, kleinen interaktiven Robotern – die Neugierde war bei allen Mädchen und Jungen groß. Digitalisierung ist eben mehr als nur einen Computer, ein Tablet oder ein Smartphone zu besitzen. Digitale Kom-

petenzen sind heute mehr denn je der Schlüssel, um in der heutigen Welt zu bestehen.

## DigitalPakt Schule

Mit dem DigitalPakt Schule wird die Digitalisierung, besonders das Lernen mit digitalen Medien in Schulen, unterstützt und vorangetrieben. Schulen sollen Orte sein, wo alle Schülerinnen und Schüler Wissen, Kompetenzen und Bildung für die digitale Transformation erlangen können, denn die jetzige und zukünftige Lebens- und Arbeitswelt wird digitalisiert sein. Der Alb-Donau-Kreis selbst ist Träger von vier Beruflichen Schulen und zwei Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. In den Schulen

des Landkreises lernen ca. 5.300 Schülerinnen und Schüler.

Von den insgesamt 5 Milliarden Euro Fördermitteln des Bundes entfallen auf Baden-Württemberg über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 650 Millionen Euro. Der Alb-Donau-Kreis erhält dabei einen Bundes- und Landesanteil von insgesamt 2.668.000 Euro. Zusätzlich erbringt der Schulträger einen finanziellen Eigenanteil in Höhe von 20 Prozent der Kosten.

Die Umsetzung des Digitalpakts stellt aktuell auch die Schulen des Landkreises vor die Aufgabe, gemeinsam mit dem Schulträger Alb-Donau-Kreis aktiv den Wandel zu gestalten.

Es liegt auf der Hand, dass mit den Fördermitteln neue Herausforderungen wie z.B. eine nachhaltige Nutzung der Geräte und die damit verbundenen Folgekosten gemeistert werden müssen.

## Medienentwicklungsplanung

Die Prozesse der Digitalisierung im Digitalpakt sowie das Lernen mit Sinn, Verstand und digitalen Medien setzen einen Fokus auf die Erstellung eines Medienentwicklungsplanes. Dieser umfasst die ganzheitlichen Bedürfnisse der jeweiligen Schule und fördert zunehmend den Austausch und Gespräche im Lehrerkollegium sowie zwischen Schulleitungen und Schulträger.



Lernen mit Miniroboter Ozobot: Schülerinnen und Schüler der Martinschule Laichingen sind digital unterwegs.

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis

Um die Chancen und Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung von Schulen zielgerichtet zu steuern, fand im 1. Quartal 2019 ein gemeinsames Austauschtreffen der Schulleitungen mit Vertreterinnen und Vertretern des Landratsamtes statt. Als Schulträger war der Alb-Donau-Kreis schon immer in einem stetigen Austausch mit den Schulleitungen. Veränderungen wurden und werden gemeinsam geplant und umgesetzt.

## Informationsveranstaltung für alle Schulen des Landkreises

Nicht nur die kreiseigenen Schulen, sondern auch alle anderen über 100 Schulen samt Schulträger im Landkreis stehen vor der Herausforderung der Erstellung von Medienentwicklungsplänen. Über das Regionale Bildungsbüro und das Kreismedienzentrum waren Schulleitungen, Multimediaberater der Schulen im Landkreis sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schulträger zu einer Informationsveranstaltung im Januar 2020 in das Haus des Landkreises eingeladen. Über 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen ins Landratsamt.

Ingo Klettke und Esat Sentürk vom Kreismedienzentrum Ulm/Alb-Donau-Kreis sowie Fabian Karg vom Landesmedienzentrum Baden-Württemberg standen den Teilnehmenden Rede und Antwort zum Thema Medienentwicklungsplanung. Das Landesmedienzentrum und die Medienzentren in den Kommunen unterstützen und beraten die Schulträger und die Schulen bei der Medienentwicklungsplanung. Außerdem verwiesen Ingo Klettke und Esat Sentürk auf den inzwischen regelmäßig stattfindenden „Markt der Möglichkeiten“ im Kreismedienzentrum. Wenn Schulleitungen, Lehrkräfte oder Schulträger unsicher sind, welche Medien in der Schule konkret zum Einsatz kommen können, bekommen sie dort die passende Unterstützung.



Informationsveranstaltung im Haus des Landkreises für Schulen und Schulträger zu Medienentwicklungsplänen

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis

## Regionales Bildungsbüro als Knotenpunkt der Digitalisierung im Landkreis

Seit 2019 arbeiten das Regionale Bildungsbüro des Alb-Donau-Kreises und die Schulen des Landkreises an einem gemeinsamen Ziele- und Maßnahmenplan sowie einem Umsetzungs- und Finanzierungsplan. Außerdem wird ein tragfähiges Betriebs- und Supportkonzept entwickelt. Die Schulen haben zwischenzeitlich grundlegende Fragen bezüglich ihrer längerfristigen pädagogischen Ziele diskutiert und beantwortet. Dazu gehört auch die benötigte Netzwerkinfrastruktur, ausreichend Serverkapazität sowie die Konformität mit den bestehenden Datenschutzrichtlinien.

Für den schulischen Bereich gilt, dass das Lehren und Lernen in der digitalen Welt dem Primat des Pädagogischen – also dem Bildungs- und Erziehungsauftrag – folgen muss. Der digitale Wandel dient also dem Ziel, die aktuellen bildungspolitischen Leitlinien zu ergänzen.

Unter anderen nimmt deshalb die Nutzung von Tablets im Unterricht zur Bearbeitung von komplexeren Aufgabenstellungen und ausführlicheren

Recherchearbeiten einen hohen Stellenwert ein. Gerade beim Homeschooling wird das Potenzial der mobilen Endgeräte nochmals verstärkt und kann so inner- und außerschulischen Unterricht besser verknüpfen. So sollen in den Kreis-schulen bis Juli 2021 etwa 540 Tablets über das Sofortausstattungsprogramm sowie bis Ende 2024 weitere 1060 Tablets über Mittel des DigitalPakts beschafft werden – inklusive Schutzhüllen, Keyboards und entsprechender Mobile Device Management Lösung. Um den Verfahrensaufwand bei sich wiederholenden Beschaffungen zu verringern, wurden zwei Rahmenverträge für eine Dauer von vier Jahren nach dem geltenden Vergaberecht ausgeschrieben, welche zugleich den benötigten Support als auch Wartungsvereinbarungen beinhalten.

## Fokus berufliche Bildung

Insbesondere die berufliche Bildung ist in hohem Maß von der Digitalisierung und deren Rückwirkung auf Arbeits-, Produktions- und Geschäftsabläufe betroffen.

In der Gewerblichen Schule Ehingen werden daher digitale Arbeitsgeräte der technischen Bildung wie eine digital

programmierbare Fräsmaschine und ein intelligentes, taktiles Messgerät eingeplant. Unterrichtsziel ist vermehrt der Erwerb der Kompetenz zur Nutzung digitaler Arbeitsmittel und -techniken. Dafür müssen neben dem Verständnis für digitale Prozesse auch die mittelbaren Auswirkungen der weiter voranschreitenden Digitalisierung in den Blick genommen werden, beispielsweise in Bezug auf arbeitsorganisatorische und kommunikative Aspekte bei teilweise global vernetzten Produktions-, Liefer- und Dienstleistungsketten.

Die Medienentwicklungspläne der vier beruflichen Schulen befinden sich zwischenzeitlich im Prozess der Freigabe oder sind bereits vom Landesmedienzentrum freigegeben. Der erste Antrag zum Abruf der Fördermittel wurde noch vor der Sommerpause 2020 an die L-Bank gestellt. Parallel dazu strukturiert das Regionale Bildungsbüro den Umgang der Abrechnungs- und Mittelverwendungsmodalitäten sowie ein Nachweismanagement und plant ein Konzept zum einheitlichen Support der Schulen.

## Regionale Maßnahmen im Rahmen des DigitalPakts

Nach den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift zum DigitalPakt Schule sind 5 Prozent der Zuschüsse für Baden-Württemberg zur Finanzierung von landesweiten und regionalen Maßnahmen einzusetzen. Nach der ersten Bekanntgabe hat das Regionale Bildungsbüro dazu alle Schulträger im Alb-Donau-Kreis kontaktiert. Regionale Ideen werden derzeit gemeinsam mit dem Kreismedienzentrum, verschiedenen Kommunen des Landkreises sowie der Stadt Ulm entwickelt.

### Lernfabrik 4.0 an der Gewerblichen Schule

Ein selbstfahrender Roboter transportiert ein Metallstück zu einer CNC-Drehmaschine, setzt es dort in eine Produk-



Landeswirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut (z. v.l.) und Landrat Heiner Scheffold (l.) im Gespräch mit Experten bei der Inbetriebnahme des 3D-Druckers bei der Lernfabrik 4.0 an der Gewerblichen Schule in Ehingen im Februar 2020

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis



Lernfabrik 4.0 an der Gewerblichen Schule Ehingen

Quelle: Regionales Bildungsbüro Alb-Donau-Kreis

tionsstraße ein und die Maschine macht daraus vollautomatisch eine Schachfigur. Das ist nur ein Beispiel für einen digitalisierten und automatisierten Produktionsprozess. Die seit Frühjahr 2017 in Betrieb genommene Lernfabrik 4.0 der Gewerblichen Schule Ehingen vermittelt nicht nur Fachwissen zur Herstellung von Werkstücken, sondern lehrt auch die betrieblichen Anforderungen für die Zukunft. Sie wurde aus Kreismitteln und in Kooperation mit der IHK Ulm für insgesamt 505.000 Euro eingerichtet. Nun konnte die Lernfabrik 4.0 Anfang des Jahres 2020 um einen 3D-Drucker, die sogenannte additive Fertigung, erweitert werden. Produziert werden dabei Metallteile, die auf herkömmliche Weise weder montiert noch hergestellt werden

können. So gehört der 3D-Druck in vielen Branchen zur Technologie von morgen. Finanziert wurde der 250.000 Euro teure Drucker aus Kreismitteln, einem Landeszuschuss in Höhe von 107.000 Euro und weiteren 25.000 Euro durch die Firmen Liebherr und Tries aus Ehingen. Insgesamt wird deutlich, dass der Alb-Donau-Kreis nicht auf einem Kurzstreckenlauf unterwegs ist, sondern vielmehr einen Marathon in Angriff nimmt. Das Regionale Bildungsbüro ist dabei als Streckenhelfer, Wegbegleiter und Unterstützer stets aktiv und präsent unterwegs.

Heike Leppert ist Leiterin des Regionalen Bildungsbüros im Landratsamt Alb-Donau-Kreis.

# IT@School im Landkreis Böblingen

Von Björn Hinck, Landkreis Böblingen

Die fortschreitende Digitalisierung aller Bereiche unserer Gesellschaft wirkt sich in besonderem Maße auf den Bereich der Bildung aus. In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen an die Informations- und Kommunikationstechnik als technisches Rückgrat insbesondere der beruflichen Schulen und die Breite ihrer Anwendungen in den Schulen rasant weiterentwickelt. Die Anforderungen an eine effektive und stabile IT-Infrastruktur sind aktuell durch die Corona-bedingten Schulschließungen stark in den Fokus der Schulen und deren Träger gerückt. Der Landkreis Böblingen ist Schulträger von *sechs beruflichen Schulen, einer Fachschule für Landwirtschaft sowie sieben sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)*. Als solcher sorgt er auch für die Beschaffung und den Betrieb (Installation, Wartung, Fehlerbehebung) der medien- und informationstechnischen Ausstattung der Kreisschulen. Gerade für den Landkreis Böblingen als bedeutenden Wirtschaftsstandort ist eine *leistungsfähige digitale Infrastruktur an den Schulen* entscheidend. In seiner Verantwortung für die medien- und informationstechnische Ausstattung der kreiseigenen Schulen ist der Landkreis daher gefordert, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Mit dem Konzept „IT@School“ verfolgt der Landkreis das Ziel, eine *nachhaltige, systematische und effektive IT-Betreuung* in den kreiseigenen Schulen in den Bereichen Support, Beschaffung, Ausstattung und Betrieb zu gewährleisten. Dieses Konzept befindet sich derzeit in der Umsetzung.

Aus dem Gesamtkonzept IT@School lassen sich verschiedene konkrete Umsetzungsprojekte zur Realisierung der Konzeption ableiten.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der einzelnen Teilprojekte der Umsetzungs-konzeption IT@School:

Umsetzungsprojekt	Aktueller Stand
Optimierung der IT Support Koordination	Externe Vergabe wird vorbereitet
Einführung eines IT-Warenkorbs für zukünftige Beschaffungen (z.B. von Endgeräten und Zubehör)	Beginn des Teilprojekts im Sommer 2020 begonnen
Erarbeitung von Medienentwicklungsplänen als Voraussetzung für die Digital-Pakt-Förderung	<i>Abgeschlossen</i> : alle Medienentwicklungspläne wurden bereits durch das LMZ zertifiziert.
Verbesserung der IT-Ausstattung in Qualität und Quantität	Umsetzungen im Rahmen der Medienentwicklungspläne laufen an
Zentralisierung der Verwaltungsnetze der Schulen	Beginn des Teilprojekts im Frühjahr 2021
Einführung einer einheitlichen pädagogischen Softwarelösung in den SBBZ	School@dmn wurde in den Sommerferien an den zwei Standorten der Karl-Georg-Haldenwang Schule implementiert
Ausbau des LAN- und WLAN-Netzes innerhalb der Schulen	Ausleuchtung wurde in allen SBBZ (und Schulkindergärten) durchgeführt.
Zentralisierung der Internetanschlüsse	Übersicht über alle bestehenden Internetanschlüsse wird aktuell finalisiert

Beim *IT-Support* waren verschiedene Ausgestaltungen eines zukünftigen Supportmodells denkbar. Dabei ist eine Unterscheidung zwischen einer Vergabe an einen externen Dienstleister oder die Schaffung einer internen IT-Supportstelle möglich.

Im Juli hat der Verwaltungs- und Finanzausschuss die Kreisverwaltung ermächtigt, die externen Serviceleistungen der IT-Support-Koordination auszuschreiben.

Bei der *Beschaffung* wird die Einführung eines IT-Warenkorbs als zentrales Beschaffungsinstrument empfohlen. Dabei sollen neben dem Inhalt eines potentiellen Warenkorbs sowohl die Ausstattungsanforderung an Endgeräte (Schüler-Endgerät-Verhältnis) als auch Aspekte der räumlichen IT-Ausstattung der Unterrichtsräume definiert werden. Das Schüler-Endgerät-Verhältnis, das momentan bei 2,66 Schüler pro Endgerät liegt, soll weiter verbessert werden. Räumliche Ausstattungsaspekte sollen im Rahmen von Sanierungen, Neu- und Anbauten sukzessive umgesetzt werden.

2019 stellte der Bund zusätzliche Mittel in Form einer Infrastrukturförderung an Schulen – den *DigitalPakt Schule* – zur Verfügung. Auf den Landkreis Böblingen entfällt ein DigitalPakt-Budget in Höhe von 4.909.600 € für den Förderzeitraum 2019 bis 2024.

Explizite Voraussetzung für die Förderung im Rahmen des DigitalPakts Schule ist die Vorlage eines technisch-pädagogischen Konzepts jeder einzelnen Schule (in Baden-Württemberg ein sog. *Medienentwicklungsplan (MEP)*). Der dahinterliegende Grundsatz lautet „keine Ausstattung ohne Konzept“. Das Landratsamt Böblingen hatte sich dazu entschieden, den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Böblingen eine umfas-

sende Unterstützung bei der Erstellung von MEPs anzubieten. Dieses Teilprojekt hatte zeitlich die höchste Priorität und konnte dieses Jahr im Mai mit der Zertifizierung aller MEPs durch das Landesmedienzentrum erfolgreich abgeschlossen werden. Somit können die ersten Beschaffungen für eine verbesserte IT-Ausstattung an den Schulen bereits für das kommende Schuljahr erfolgen.

Alle Schulen betreiben aktuell jeweils einen eigenständigen Server für das schuleigene Verwaltungsnetz. Die Folge des Betriebens der jeweils eigenen Verwaltungsnetze in den einzelnen Schulen ist eine heterogene IT-Infrastruktur. Optimierungspotentiale können durch eine *Zentralisierung des Verwaltungsnetzes* umgesetzt werden. Dieses Teilprojekt soll im Frühjahr 2021 gestartet werden.

Die *Einführung einer einheitlichen pädagogischen Softwarelösung „school@dmin“* wurde allen kreiseigenen Schulen angeboten. Die Einführung an den SBBZ hat mit der Implementierung an der Karl-Georg-Haldenwang Schule in den Sommerferien ein wesentliches Ziel erreicht. Alle Schulen, die Bedarf an dieser

Software angemeldet haben, werden dann damit ausgestattet sein.

Durch den vermehrten Einsatz durch mobile Endgeräte und Laptops ist der Ausbau von WLAN an den Schulen mit einer zukünftigen Ausleuchtung von 100 % der Schulgebäude das Ziel für das Teilprojekt Ausbaus der *LAN- und WLAN-Vernetzung*. Da die Vernetzung Voraussetzung für digitale Anwendungen und hier der Nachholbedarf besonders bei den SBBZ sehr hoch ist, wird auch der Ausbau der Vernetzung an den Schulen als Teilprojekt vorrangig behandelt. Nach der bereits erfolgten detaillierten Aufnahme des Sachstandes konnten inzwischen entsprechende Maßnahmen zum Ausbau der Vernetzung eingeleitet werden.

Ein weiteres Teilprojekt hat das Ziel, die bisher noch nicht an Glasfaser angebotenen Schulen an eine Glasfaserleitung anzubinden und die derzeit heterogene Verwaltung der *Internetanschlüsse zu zentralisieren* und zu optimieren. Eine umfassende Bestandsaufnahme aller bestehenden Internetanschlüsse und Verträge erfolgt derzeit.

Hinsichtlich des *Lizenzmanagements* wird überprüft, ob zukünftig von einem Kauf- auf ein Leasingmodell umgestellt wird.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass im Zuge der schnellelebigen Veränderungen der IT-Landschaften stetig zahlreiche neue Projekte im Bereich „IT an Schulen“ entstehen. Hierunter fallen derzeit unter anderem noch folgende Projekte, die zukünftig schulübergreifend bearbeitet werden müssen:

- Langzeitarchivierung der Daten in den Schulen
- Sichere E-Mailverschlüsselung und
- Einführung einer einheitlichen Mobile-Device-Management-Lösung.

Mit der Umsetzung des Konzepts IT@School wird der Landkreis Böblingen als Innovations- und Technologiestandort weiterhin die Digitalisierung im Bildungsbereich forcieren.

Björn Hinck ist Dezernent für Steuerung und Service im Landratsamt Böblingen.

## Eine kaufmännische Schule auf dem Weg zur digitalisierten Schule: das Digitale Büro

Von Dr. Katharina Melke-Lingnau, Landkreis Esslingen

„Wir sollten keine Zeit mehr verlieren“, so hat Professorin Gesche Joost auf die Frage geantwortet, was sie den Schulleiterinnen und Schulleitern in Sachen Digitalisierung mit auf den Weg geben würde. Die Internetbotschafterin der Bundesregierung betonte, „dass es eben nicht darum geht, das perfekte Konzept zu entwickeln und damit dann in fünf Jahren anzufangen. Das können wir uns nicht leisten.“<sup>1</sup> Für eine berufliche Schule gilt dies umso mehr. Denn „insbesondere

die berufliche Bildung ist in hohem Maß von der Digitalisierung und deren Rückwirkung auf Arbeits-, Produktions- und Geschäftsabläufe betroffen“.<sup>2</sup>

Mit der Digitalisierung der Berufswelt gehen große Veränderungen einher. Als kaufmännische Schule stellen sich die Fragen: Wie wird die Zukunft kaufmännischer Berufe aussehen? Wie wird der berufliche Alltag der Schülerinnen und Schüler in ihrer späteren, digitalisierten Arbeitswelt gestaltet sein?

Plausibel erscheint, dass Teile der heute noch von Menschen erledigten Routine-tätigkeiten in allen und auch in kaufmännischen Prozessen zunehmend durch künstliche Intelligenzen übernommen werden. Was man noch nicht weiß ist, welche Tätigkeiten das sein werden und wie schnell diese Veränderungsprozesse voranschreiten.

Warum stellt sich eine Schule diese Fragen? Es gibt schließlich Lehrpläne, an die sich eine Lehrkraft zu halten hat und



Die John-F.-Kennedy-Schule in Esslingen

Quelle: Landratsamt Esslingen

so liegt es in der Verantwortung der Kultusministerien der Bundesländer, sich darüber Gedanken zu machen, welche Inhalte unterrichtet werden. Zum Schuljahr 2020/21 wurde zum Beispiel der Lehrplan für die Kaufleute im Groß- und Außenhandel überarbeitet, und es wurden dabei viele zukunftsorientierte Digitalisierungsthemen aufgenommen. Zusätzlich gibt es neue Berufe, wie zum Beispiel den Kaufmann für E-Commerce.

Doch Schule ist mehr als Unterricht. Die an einer Schule gelebte Haltung gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen wirkt sich auf den Unterricht aus. Neben den Lehrplänen sind die digitale Ausstattung einer Schule, die verwendeten Lernmanagementsysteme, die Offenheit und Neugier der Lehrkräfte für Möglichkeiten und Grenzen, Chancen und Risiken der Digitalisierung ein wesentlicher Baustein für das Gelingen von Digitalisie-

rung an einer Schule. Und dazu gehört es, dass sich die am Schulleben Beteiligten immer wieder die Frage stellen, wie sie Schule gestalten möchten.

Für die John-F.-Kennedy-Schule, eine kaufmännische Schule des Landkreises Esslingen, waren zwei Erlebnisse für den Beginn des Austausches über Digitalisierungsfragen an der Schule maßgebend: Den ersten Anstoß gab der Besuch an der polnischen Partnerschule – ebenfalls einer kaufmännischen Schule –, bei der ein professionell eingerichtetes Foto- und Filmstudio vorgeführt wurde, und die Erkenntnis, dass Bild und Ton zur kaufmännischen Arbeit gehören. Versteht man die gelingende Kommunikation zwischen Menschen als einen wesentlichen Baustein gegenwärtiger wie zukünftiger kaufmännischer Kompetenz, und schaut zugleich auf die Art und Weise, wie sich Jugendliche heute über Filme, Bilder und Ton miteinander ver-

netzen, vertraut man dann zusätzlich noch darauf, dass der Mensch der Maschine mit der Fähigkeit zur Empathie noch eine sehr lange Zeit voraus sein wird, dann erscheint doch wichtig, das Lernen des professionellen Umgangs mit Film und Ton zum Gegenstand kaufmännischen Unterrichts zu machen. Denkt man an das Einkaufen im Netz, an Reise- und Hotelbuchungen, an die Kommunikation mit der Autowerkstatt und vieles mehr, so wird deutlich, dass diese Medien im Berufsalltag eines Kaufmanns bereits heute alltäglich verankert sind. Und doch gilt es, den Unterschied zwischen privater Kommunikation über diese Medien und deren berufliche Nutzung gut zu unterscheiden und letzteres professionell zu erlernen.

Den zweiten Anstoß gab dann die wachsende Anzahl an „Industrie 4.0“-Laboren an gewerblichen Schulen, die zeigen, dass man sich als Schule Zukunftsthemen in Laborsituationen widmen kann. Es entstand die Überlegung, eine solche Laborsituation auch für das Ausprobieren zukünftiger kaufmännischer Arbeitswelten an einer beruflichen Schule zu schaffen. Dies, so die Idee, könne ein Labor sein, in dem Jugendliche so arbeiten, wie sie es sich für ihre zukünftigen Berufe wünschen und in dem sie lernen, mit den verschiedenen technischen Möglichkeiten, die die Digitalisierung mit sich bringt, umzugehen. Produktvideos, Podcasts, Lernfilme als Teil einer schulinternen Wissensplattform, Videokonferenzen in Fremdsprachen mit Schülerinnen und Schülern der Partnerschulen im Ausland, kreative Arbeitssequenzen zur Entwicklung von Unternehmensgründungsideen – all das könnten Produkte einer kaufmännischen Laborsituation sein.

Motiviert durch diese beiden Ideen, wurde an der Schule im Jahr 2017 der Arbeitskreis Digitalisierung an der Schule gegründet. Mitglieder des Arbeitskreises sind Ausbilderinnen und Ausbilder von Unternehmen, Schülerinnen und Schüler der Schule sowie

Lehrkräfte und die Schulleitung. Der Arbeitskreis tagt drei bis vier Mal pro Jahr und widmet sich jedes Mal einem anderen Thema im Themenkomplex Kaufmännisches Lernen und Arbeiten, immer mit dem Ziel eine gute Grundlage für die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler für das digitale Zeitalter zu schaffen.

So wurden Erwartungen der Ausbildungsunternehmen an ihre kaufmännischen Auszubildenden in der zukünftigen digitalen Arbeitswelt genauso betrachtet wie die Vorstellungen der Auszubildenden bezüglich ihrer zukünftigen Lebens- und Arbeitswirklichkeit. Es wurden technische Ausstattungsfragen ebenso diskutiert wie die Fragen des Datenschutzes. So sind zahlreiche Ideen für den Alltagsunterricht entstanden, für Projektarbeiten und für das kaufmännische Labor 4.0, das „Digitale Büro“.

Der Landkreis Esslingen als Schulträger hat das Digitale Büro in den vergangenen Wochen baulich verwirklicht. Mehrere, durch Fenster miteinander verbundene Räume bieten Platz für Besprechungen in größeren und kleineren Gruppen, für Videokonferenzen, kreatives Arbeiten, Programmierung von kleinen Robotern, Brillen für Virtual- und Augmented-Reality sowie Bild- und Tonaufnahmen. Das Digitale Büro ist mit der Übungsfirma an der Schule verbunden, in der kaufmännische Prozesse entlang der Wertschöpfungskette eines Unternehmens abgebildet werden. So wird das moderne, digitale Arbeiten in klassischen kaufmännischen Prozessen durch neue Möglichkeiten der digitalen Kommunikation ergänzt. Die Räumlichkeiten sind so wandelbar gestaltet, dass dort auch zukünftige digitale technische Entwicklungen erprobt werden können. Das Digitale Büro soll schließlich die Arbeitswelt abbilden, die sich Jugendliche wünschen: Freiheit im festen Rahmen. Bis Weihnachten 2020 soll die technische Ausstattung des Digitalen Büros abgeschlossen sein. Danach werden Auszu-

bildende gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern im Vollzeitbereich digitale Möglichkeiten ausprobieren und herausfinden, welche sich für die Schule in der Breite eignen.

Und wenn sich dann nebenher noch eine Wissensdatenbank mit selbstgestalteten Filmen zu Lernplanthemen füllt und sich die Schülerinnen und Schüler in diesen Räumen weiter kreativ mit Gründungsideen beschäftigen und international zusammenarbeiten, dann erfüllt sich eine seit 2017 erarbeitete schulische Digitalisierungsidee an der Schule.

## Situation im Landkreis Esslingen:

*Johannes Weiß, Amtsleiter Amt für Kreisschulen, Landratsamt Esslingen*

Das Digitale Büro ist eines der Digitalisierungsprojekte im Landkreis Esslingen, welche als „Digitalisierungsmotor“ wirken und die Digitalisierung innerhalb der Schule und dort insbesondere im Unterricht voranbringen soll. Weitere Projekte sind unter anderem das Multilabor – Handwerk 4.0 für Smart-Home-Technologien, ein gemeinschaftliches Industrie 4.0 Projekt aller drei gewerblich-technischen Schulen im Landkreis, das Projekt Eisenbahn 4.0 für die moderne Ausbildung der Eisenbahnausbildung, sowie zahlreiche Tabletprojekte und diverse digitale Angebote im Kreismedienzentrum und den Schulbibliotheken.

Auch der Landkreis Esslingen wollte keine Zeit verlieren und hat bereits seit 2008 als einer der ersten Kreise einen Medienentwicklungsplan für die beruflichen Schulen. Zentrale Aufgaben waren zunächst eine einheitliche Beschaffung der Ausstattungen, IT-Konzeptionen sowie Bestandsaufnahmen und Inventarisierungen an den Schulen vorzunehmen und zu entwickeln. In den vergangenen Jahren wurde sehr verstärkt am Ausbau der digitalen Infrastruktur gearbeitet, sodass zwischenzeitlich alle Schulen in der Trägerschaft des Land-

kreises über eine performante Glasfaseranbindung und flächendeckendes WLAN verfügen.

Im vergangenen Jahr wurde in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen „Ifib Consult GmbH“ sowie den Schulleitungen eine Digitalisierungsstrategie für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises erarbeitet, welche die Eckpunkte für die weitere digitale Ausrichtung der Schulen darstellt. Auf dieser Basis haben anschließend die Schulen die passgenauen Medienbildungskonzepte entwickelt. In der Fortschreibung eines übergeordneten Medienentwicklungsplans werden nun alle Aktivitäten der Schulen zusammengefasst und mit Budgets hinterlegt. Die aus der Digitalisierungsstrategie sowie den Medienbildungskonzepten der Schulen resultierenden Maßnahmen werden im Rahmen des fortgeschriebenen Medienentwicklungsplans umgesetzt und durch das Bundesförderprogramm „DigitalPakt Schule“ finanziell unterstützt.

Die Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Esslingen befinden sich schon seit vielen Jahren auf einem sehr guten Weg und sind schon jetzt gut gerüstet für digitalen Unterricht sowie Homeschooling. Auch wenn die Zukunft mit Blick auf die Digitalisierung weiterhin sehr dynamisch bleiben wird – im Landkreis Esslingen wird diese große Chance genutzt und weiterhin aktiv gestaltet.

<sup>1</sup> Wir sollten keine Zeit mehr verlieren. Interview mit Gesche Joost, Der Schulmanager, 05/2019, S.19.

<sup>2</sup> Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz, 2016, S. 9.

Dr. Katharina Melke-Lingnau ist Schulleiterin der John-F.-Kennedy-Schule in Esslingen.

# Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Heidenheim: drei unterschiedliche Konzepte und deren Erfolg

Von Stefan Bader, Claudia Dürr, Michael Helmer, Frank Neubert, Anika Schindler, Landkreis Heidenheim

Alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises Heidenheim haben sich bereits früh auf den Weg der Digitalisierung gemacht. So sind beispielsweise alle drei beruflichen Schulen an das Glasfasernetz angebunden und der Anschluss der beiden Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren befindet sich in Planung. Wichtig für die didaktische Gestaltung des digitalen Unterrichts ist, dass bereits an allen Schulen WLAN vorhanden ist – eine Ausweitung zur flächendeckenden Versorgung steht teilweise noch bevor. Zudem haben sich alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises, gemeinsam mit dem Schulträger, mit der Erstellung von Medienentwicklungsplänen auf den Weg gemacht, die weitere Digitalisierung voranzutreiben. Im Folgenden werden nun drei unterschiedliche Konzepte von Schulen in Trägerschaft des Landkreises Heidenheim vorgestellt, die, unter Berücksichtigung der individuellen schulartspezifischen Bedürfnisse und Anforderungen, erfolgreich in der Praxis umgesetzt und weiterentwickelt werden.

## Frühzeitige Digitalisierung der Kaufmännische Schule Heidenheim: Gut aufgestellt trotz Schulschließungen

Die Corona-Pandemie stellte alle Schulen vor enorme Herausforderungen – so auch die Kaufmännische Schule in Heidenheim. Da die Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen in der Regel nur zwei oder maximal drei Jahre einen Bildungsgang besuchen, besteht hier natürlich eine besondere Verantwortung der Schulen, in der vorgegebenen

Zeit die Ziele der Bildungspläne zu erreichen und auf die hier stets nahen Abschlussprüfungen optimal vorzubereiten. Vor diesem Hintergrund war es ein besonderes Anliegen der Schulleitung, das Bildungsangebot auch nach der Schulschließung am 17. März 2020 weiter aufrechtzuerhalten.

Hier zahlte es sich in besonderer Weise aus, dass man sich an der Kaufmännischen Schule schon sehr früh auf den Weg der Digitalisierung gemacht hat. Bereits im Jahr 2002 (!), also vor fast 20 Jahren, wurden alle Klassenzimmer mit Multimediastationen und Beamern ausgestattet.

Ebenfalls im Jahr 2002 wurde mit dem Berufskolleg Wirtschaftsinformatik ein neuer, auf die Digitalisierung ausgerichteter Bildungsgang an der Schule eröffnet und Betriebswirtschaftslehre auch unter Verwendung einer „Integrierten Unternehmenssoftware“ unter-

richtet. Als dann das Fach Wirtschaftsinformatik als Profilergänzungsfach am Wirtschaftsgymnasium eingeführt wurde, konnten mit Unterstützung des Landkreises damals schon alle Schülerinnen und Schüler mit Laptops ausgestattet werden. Somit gab es an der Kaufmännischen Schule Heidenheim bereits erste „Laptop-Klassen“, lange bevor Vergleichbares mit den einschlägigen Landesprogrammen eingeführt wurde.

Seit dem Schuljahr 2008/2009 ist die Kaufmännische Schule Heidenheim im Rahmen des „Cisco Networking Academy Programs (NetAcad)“ als lokale Networking Academy tätig. Damit haben die Schülerinnen und Schüler je nach Ausbildungsgang die Möglichkeit, sich für die Zertifizierungen zum „Cisco Certified Network Associate (CCNA)“ vorzubereiten.

Im Rahmen der Cisco Networking Academy wird nicht nur das Wissen über



Quelle: Landratsamt Heidenheim



Quelle: Landratsamt Heidenheim

neue Technologien vermittelt, sondern auch die jeweils neuen Möglichkeiten des eLearnings aufgezeigt. Experten von Cisco Systems, die auf den technologischen Fortschritt und die Anforderungen der Cisco Networking Academies eingehen, entwickeln die Inhalte und Didaktik der Curricula ständig weiter.

Darüber hinaus bietet die Schule als „DLGI-Bildungspartner“ auch Kurse zum Erwerb des ECDLs und des „International Certification for Digital Literacy“ an. Der ICDL löst 2020 den ECDL in Deutschland ab und beinhaltet die wichtigsten digitalen Fähigkeiten, die heute im modernen Arbeitsumfeld unerlässlich sind. Weltweit setzen über 100 Länder auf den einheitlichen Ausbildungsstandard für Computeranwendungskennnisse, IT-Sicherheit und Datenschutz.

Solche arbeitsmarktwirksamen Zusatzzertifikate sind für die Schülerinnen und Schüler ein hervorragender, praxisorientierter Weg, um fit für das Leben und Arbeiten in einer digital geprägten Welt zu werden.

Heute ist in allen Räumen der Schule WLAN verfügbar, womit alle technischen Voraussetzungen für einen modernen Unterricht geschaffen sind. Dank einer schnellen Internetverbindung, elektronischem Tagebuch, Office365-Lizenzen für alle Schülerinnen und Schüler, der

integrierten Plattform TEAMS sowie der im Alltag der Lehrkräfte eingeführten LuK-Plattform SharePoint war man damit auch nach der Corona-bedingten Schulschließung in der Lage, auf digitalem Wege das Unterrichtsangebot für die Schülerinnen und Schüler weiterzuführen.

Die Kaufmännische Schule Heidenheim ist damit auf einem guten Weg um die eigentliche Herausforderung hierbei zu meistern, nämlich die Fruchtbarmachung einer leistungsfähigen IT-Infrastruktur für den Unterricht und damit letztlich auch für die Schülerinnen und Schüler.

### **Klicken, Wischen, Spiegeln im Unterricht an der Pistorius-Schule**

Die Pistorius-Schule ist ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit den Förderschwerpunkten geistige und körperlich-motorische Entwicklung. Bereits seit 2017 werden die Klassenzimmer der Pistorius-Schule sukzessive mit interaktiven Displays ausgestattet. Noch in diesem Schuljahr sollen alle Klassen über diese digitale Präsentations- und Visualisierungsmöglichkeit verfügen. Sie funktionieren wie eine Kreidetafel – es lässt sich darauf schreiben und durch Wischen wieder löschen – sie

bieten jedoch darüber hinaus weitere vielfältige Möglichkeiten, beispielsweise durch Lernprogramme und Internetzugang. Dabei profitieren gerade auch Schülerinnen und Schüler, die nicht lesen und schreiben können, von Bildern und Fotos, die Lerninhalte visualisieren. Und auch der klassische Lehrfilm lässt sich hier einfach unterbrechen, um mit dem Stift auf dem Touchbildschirm bestimmte Szenen oder Darstellungen zu markieren und so zu verdeutlichen. Bei den Schülerinnen und Schülern merkt man vor allem eines: Durch diese Art des interaktiven, lebendigen Unterrichts steigt ihre Motivation, gleichzeitig ist vielen die Bedienung vom Tablet oder Smartphone bereits bekannt und erfolgt recht intuitiv und nicht zuletzt wird ihre Medienkompetenz gefördert. Dies hatte auch Vorteile bei den Corona-bedingten Schulschließungen und damit einhergehenden Fernlernangeboten: Vielen Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern war das interaktive, digitale Arbeiten bereits vertraut, weil beispielsweise Apps wie Worksheet Go im Unterricht eingesetzt worden waren. Hiermit lassen sich Arbeitsblätter individuell erstellen und daran anschließend auf Tablet oder iPad bearbeiten.

Gerade diese Möglichkeit des individuellen Lernens ist für ein SBBZ wie die Pistorius-Schule von besonderer Bedeutung. So ist sowohl die Anpassungsmöglichkeit auf individuelle Kompetenzen im Bereich auditive und visuelle Wahrnehmung in besonderem Maße gegeben als auch neue Aneignungsebenen wie zum Beispiel die Buchstabenführung durch digitales Nachspüren in „Lebensgröße“ verfügbar. Zusätzlich zu den interaktiven Displays besitzt mittlerweile jede Klasse mindestens ein iPad, um auch hier im Umgang mit dem digitalen Lernen und Arbeiten an Sicherheit zu gewinnen. Außerdem lassen sich Inhalte des Tablets auf das Display spiegeln, um diese so für alle sichtbar zu machen. Dies ist ebenso vom Mikroskop über das Smart-



Quelle: Landratsamt Heidenheim

phone zum Display möglich, was für den Unterricht eine große Erleichterung bedeutet.

Insgesamt betrachtet können sowohl interaktive Displays, aber auch iPads vor allem eines: spielerisches und kooperatives Lernen ermöglichen und so Motivation steigern.

## **Digitalisierung mit einem sanften Übergang an der Arthur-Hartmann-Schule**

Die Arthur-Hartmann-Schule ist ein Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt Sprache. Seit dem Sommer 2020 hat sich in der Arthur-Hartmann-Schule in Sachen Digitalisierung viel getan. Bereits 2019 wurde angefangen ein Medienentwicklungsplan zu entwerfen um somit auch den weiteren Werdegang der Arthur-Hartmann-Schule in den Weg der Digitalisierung zu lenken.

Nachdem für das Jahr 2020 die Digitalisierung der Schule in der Haushaltsplanung bereits berücksichtigt wurde, konnte nun mit der Umsetzung begonnen werden. In den Sommerferien wurden die Schulserver inklusive aller PCs

auf den neuesten Stand gebracht. Des Weiteren konnten die WLAN-Strukturen ausgebaut werden, wodurch nun weitestgehend flächendeckendes WLAN im Schulhaus vorhanden ist.

In den Sommerferien wurden zudem zwei Klassenzimmer mit einem Digitalsystem ausgestattet. Aktuell bietet die Schule nun zwei Musterzimmer mit einem Beamer, einer Dokumentenkamera sowie einem Touch-All-in-One-PC. Der Übergang von der Kreidetafel bis hin zur digitalen Arbeitsumgebung sollte aber nicht von Null auf Hundert umgesetzt werden. Bei den Musterzimmern ist dank einer passenden Folienbeschichtung auf der Tafelmitte die Möglichkeit weiterhin am rechten und linken Flügel mit Kreide zu arbeiten. Die Folienbeschichtung besitzt zudem den Vorteil, dass sie zugleich eine beschreibbare Whiteboardfläche darstellt.

Im Jahr 2020 ist ergänzend geplant, die Gelder des Digital-Pakts in die Digitalausstattung der weiteren Klassenzimmer zu investieren.

Dank des Sofortausstattungsprogramms sind nun zusätzliche Mittel für Tablets und mobile Endgeräte vorhanden, was Synergieeffekte für die aktuell erfolgende

Umstellung der schulischen Informationsstrukturen auf die Schul.cloud bedeutet. Hier haben die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern die Möglichkeit, direkt mit der Lehrkraft in Kontakt zu treten und sich schnell Informationen zu beschaffen.

Die Tablets werden in erster Linie zum selbstständigen Lernen und zur Informationsbeschaffung der Lernenden genutzt. Natürlich können die Schülerinnen und Schüler die Tablets auch an der Schule ausleihen und zum differenzierten arbeiten zu Hause nutzen. Einen weiteren Vorteil bildet hier die Schul.cloud. Dadurch können die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler im Fernlernunterricht direkt und auch per Videochat erreichen, ergänzend können Arbeitsblätter sowie Arbeitsanweisungen direkt abgerufen werden. Als Rückmeldung können die Schülerinnen und Schüler ihre Arbeitsergebnisse direkt per Foto über die Schul.cloud an die Lehrkraft senden.

Wichtig ist, dass Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler und auch deren Eltern auf dem jetzigen Wissensstand abgeholt werden. Digitale Geräte, die die Benutzer überfordern sind pädagogisch wenig sinnvoll, weshalb ein möglichst sanfter Übergang geschaffen werden soll. Dies funktioniert nur Schritt für Schritt und mit begleitenden schulinternen Fortbildungen für alle Beteiligten.

---

Stefan Bader ist Schulleiter der Kaufmännischen Schule Heidenheim. Claudia Dürr leitet den Geschäftsbereich Schulen im Landratsamt Heidenheim. Michael Helmer ist Lehrkraft in der Arthur-Hartmann-Schule in Heidenheim. Frank Neuberger arbeitet im Landratsamt Heidenheim im Geschäftsbereich Schulen und Bildung. Anika Schindler ist Sonderschullehrerin in der Pistorius-Schule in Herbrechtingen (Landkreis Heidenheim).

# Die Digitalisierung im Bildungsbereich bildet das standardisierte Rückgrat im Landkreis Karlsruhe

Von Frank Wolters, Landkreis Karlsruhe

Der Landkreis Karlsruhe als Schulträger hat die Verantwortung für acht berufliche Schulen und sechs Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren. Insgesamt besuchen 11.640 Schülerinnen und Schüler die Bildungseinrichtungen. Der Landkreis Karlsruhe konzipierte dazu in den vergangenen Jahren die Standardisierung der Schul-IT, um flexibel auf künftige Anforderungen reagieren zu können. Außerdem sollen die Schulen entlastet werden.

Grundprojekt der Standardisierung war die Einführung der Schul- und Bildungs-Cloud als Pilotanwender. Die Programme in der Schul- und Bildungs-Cloud (SBC) können von allen kreiseigenen Schulen vollumfänglich genutzt werden. Die Verwaltungsnetze werden in die Betreuung eines externen Dienstleisters gegeben, der zudem auch die flächendeckenden WLANs an den Schulen auf-, ausbaut und betreut. Die Kosten für diese Maßnahmen werden beim Schulträger zentral abgerechnet.

Weitere Standards sind die pädagogische Musterlösung, wobei hier inzwischen über zentralisierte Server bei einem externen Servicedienstleister diskutiert wird. Dazu kommen das Programm ASV-BW, die amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg, das ab dem Schuljahr 2021/2022 verpflichtend wird. Die Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg ist die landeseinheitliche Verwaltungssoftware der Schule. Mit ASV-BW wird die Schüler- und Lehrerverwaltung organisiert, diverse Listen und Formulare sowie die amtlich vorgegebenen Zeugnisvorlagen werden zentral bereitgestellt.

Im Zuge der Corona-Krise und dem damit verbundenen Wechsel zwischen Online- und Präsenzunterricht hat der Landkreis

Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Kreismedienzentrum schnell reagiert und den Schulen sowie Schülerinnen und Schülern eine einheitliche Video-Konferenzplattform (Jitsi Meet) zur Verfügung gestellt.

Zusätzlich wird das Druckerkonzept des Schulträgers an den kreiseigenen Schulen übernommen. Dabei werden Drucke nach Ausführung des Druckbefehls nicht direkt, sondern erst nach Freigabe am Gerät ausgedruckt (Streamline Technologie). Dies Konzept leistet einen Beitrag zur Datensicherheit und zur Papiervermeidung. Es liegen keine Ausdrücke im Ausgabefach des Druckers und können unbefugt eingesehen werden. Die Funktion kann auch vom Cloud-Heim-arbeitsplatz ausgenutzt werden.

Seit dem Neubauprojekt in dem beruflichen Bildungszentrum Ettlingen wird im Rahmen von Modernisierungen und Sanierungen von Schulräumen anstelle der grünen Kreidetafel ein interaktives Whiteboard mit Ultrakurzstanzbeamer und zusätzlichem beschreibbaren Whiteboard, Lautsprecher und Lehrertisch mit Mediensteuerung eingesetzt. Auch einzelne Touch-Displays oder anderweitige Lösungen sind vorhanden.

## Zukunftskommune@ Baden-Württemberg

Der Landkreis Karlsruhe als Konsortiumspartner der Modelllandkreise (Tuttlingen, Konstanz, Biberach, Böblingen und Karlsruhe) bietet allen Kreis-schulen nachfolgende Möglichkeiten an:

- Digitales Schwarzes Brett: ob im Lehrerzimmer oder im Foyer der Schule
- Schul.Cloud Pro: eine Datenschutzkonforme App zur Kommunikation zwischen Schulleitung, Lehrern, Schülern, Eltern und Firmen.
- Active Table: ein höhen- und winkelverstellbares 65-Zoll-Touchboard, das es mehreren Schüler ermöglicht, gemeinsam an einem Projekt zu arbeiten. Gerade Schülerinnen und Schüler der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungs-Zentren, die in der Fähigkeit zum Gehen oder Stehen eingeschränkt sind, können hierbei in die Projektarbeit einbezogen werden.
- Smight E-Ladestationen mit WLAN für Kfz und e-Bikes



Interaktives Whiteboard Tafelsystem

Quelle: Landratsamt Karlsruhe



Active Table – Höhen- und Neigungsverstellbarer Touchscreen

Quelle: Landratsamt Karlsruhe

## DigitalPakt Schule

An allen kreiseigenen Schulen des Landkreises Karlsruhe sind strukturierte Datennetze, schnelle Internetverbindungen und flächendeckendes, offenes und pädagogisches WLAN vorhanden. Hier wurden in der Vergangenheit im Zuge der Breitbandinitiative des Landes Baden-Württemberg alle Landkreisschulen an das Glasfasernetz angeschlossen. Hauptaugenmerk liegt nun auf der Beschaffung von mobilen, digitalen Endgeräten, interaktiven Tafelsystemen, sowie Projekten im Bereich Industrie 4.0 und interaktiver Software. Die Medienentwicklungspläne der Schulen sind bis zu den Sommerferien auf dieser Grundlage in Zusammenarbeit mit dem Kreismedienzentrum (KMZ) erstellt worden.

## Sofortausstattungsprogramm des Kultusministeriums Baden-Württemberg

Insgesamt werden den Schulträgern in Baden-Württemberg Finanzmittel des Bundes und Landes in Höhe von insgesamt rund 130 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Vorrangig verwendet werden

diese zur Versorgung bedürftiger Schülerinnen und Schüler mit mobilen Endgeräten.

Der Landkreis Karlsruhe wird für die Kreisschulen ca. 1.500 mobile Endgeräte beschaffen und verleihen. Hierfür wurden kurzfristig eine Konzeption und ein vollautomatisierter Prozess gemeinsam mit dem Kreismedienzentrum und in Abstimmung mit dem Landesmedienzentrum entwickelt. Zusätzlich unterstützt der Landkreis die Städte und Gemeinden bei ihrer Aufgabenerfüllung. Sie können sich dieser Lösung anschließen. Von dem Angebot haben bisher bereits 17 der 32 Landkreiskommunen Gebrauch gemacht.

Insgesamt werden vom Landkreis und dem Kreismedienzentrum rund 4.000 mobile Endgeräte beschafft und verliehen. Aufgrund der großen Anzahl der mobilen Endgeräte sind diese zwar schulspezifisch, aber trotzdem standardisiert zu verwalten. Auch im Hinblick auf die notwendigen Abrechnungen und Nachweise erfolgt die Verwaltung ebenfalls digital. Dieses wird durch den Einsatz von standardisierter Software und einem zentralen Gerätemanagement ermöglicht.

Als zusätzliche Dienstleistung für die Nutzer wurde ein Service-Portal mit täglicher Verfügbarkeit von 8:00–20:00 Uhr eingerichtet. Die Gemeinden und der Landkreis setzen vollständig die zustehende Förderung aus dem Sofortausstattungsprogramm des Bundes und des Landes ein und beteiligen sich dauerhaft an der Deckung der entstehenden Kosten für den Service.

## Initiative Digitale Landkreiskonvois (INDILAKO)

Die Konzeption des Landkreises Karlsruhe für die Bedarfsanmeldung mobiler Endgeräte kann als Grundlage auch von anderen Landkreisen übernommen werden. In Anbetracht der extrem kurzen Vorbereitungszeit ist der Start des Serviceangebots im neuen Schuljahr 2020/21 gleichsam eine Erprobungsphase, in der offene Fragen geklärt und auftretende Probleme grundsätzlich geklärt werden sollen. Hier wird die geplante Internet-Flattrate für das Online-Lernen der Deutschen Telekom mit aufgenommen und deren Möglichkeiten erprobt. Auch ist das Kreismedienzentrum eingebunden und wir stehen mit dem Landesmedienzentrum in regem Austausch.

Das Lernen im laufenden Betrieb ist dabei zugleich Herausforderung und Chance. Die zukünftige Administration der Leihgeräte sowie der Einsatz von vollautomatisierten, digitalen Prozessen eignet sich für einen INDILAKO, um mögliche Lösungen und auftretende Anforderungen zu standardisieren und die erarbeiteten Lösungen und Ergebnisse weiteren Landkreisen anzubieten. Nur mit einer konsequenten, digitalen Verwaltung der mobilen Geräte wird es zukünftig möglich, die unterschiedlichen schulischen Profile automatisch und mit Einsatz der künstlichen Intelligenz sinnvoll und mit kurzer Reaktionszeit zu verwalten.

Frank Wolters arbeitet im Amt für Schulen und Kultur im Landratsamt Karlsruhe.

# Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Ludwigsburg

Von Judith Woerner, Landkreis Ludwigsburg

## Aktuelle Lage

Der Landkreis Ludwigsburg ist Schulträger von sechs Beruflichen Schulen (BS) und fünf Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZs). Die Berufsschulen bieten den Auszubildenden im Landkreis viele verschiedene Möglichkeiten der Berufsausbildung, sowie die Technikerschule und die Möglichkeit zum Abitur.

Die Corona-Pandemie hat Schülerinnen und Schüler, die Schule und den Schulträger vor große Herausforderungen gestellt.

Unsere Beruflichen Schulen haben zum Großteil innerhalb kürzester Zeit die Anpassung des theoretischen Unterrichts von analog auf digital bewerkstelligen können. Der fachpraktische Unterricht konnte nicht wie gewohnt stattfinden.

Im Bereich der Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren mit den unterschiedlichen Förderschwerpunkten ist die Umsetzung von Homeschooling oftmals schwierig. Dies hat sich vor allem im letzten Schulhalbjahr gezeigt, als die Schülerinnen und Schüler aufgrund der Schulschließungen nicht mehr vor Ort unterrichtet werden konnten. Gerade bei Schülern mit besonderem Förderbedarf ist der direkte Kontakt zur Lehrperson unumgänglich. Zu Hause ist es den Kindern häufig nicht möglich, ohne Unterstützung Aufgaben zu erledigen.

Eine weitere Hürde im Bereich Homeschooling ist die Tatsache, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, die zu Hause keine Internetverbindung haben und so nicht auf digitale Inhalte zugreifen können, die ihnen zur Bearbeitung zugeschickt werden sollen. Hier ist das Homeschooling gar nicht möglich, nur analog. Die Digitalisierung der Schulen wurde in den letzten Jahren vorangetrieben,

Corona hat dem Ganzen noch einen „Push“ gegeben. Die Schulen wurden von heute auf morgen dazu gezwungen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen und den Unterricht auch digital zu ermöglichen.

Das Sofortausstattungsprogramm wurde vom Landkreis Ludwigsburg als Schulträger möglichst schnell in Angriff genommen, bei der Umsetzung hapert es aktuell aufgrund der langen Lieferzeiten der Hersteller. Die Kameras für den geplanten Hybrid-Unterricht beispielsweise werden voraussichtlich erst im November geliefert, sodass der Zeitraum bis dahin überbrückt werden muss. Gerade nach den Sommerferien gibt es jedoch bei den Lehrern teilweise hohe Ausfälle, die durch den digitalen Unterricht kompensiert werden sollen. Die Lehrer, die einer Risikogruppe angehören und somit nicht vor Ort unterrichten können, stellen für alle Schulen eine große Herausforderung dar.

Aktuell ist weiterhin die Angst vor einer neuen Corona-Welle in der Gesellschaft spürbar, weshalb sich die Schulen frühzeitig Gedanken machen müssen, wie sie sich für jedes mögliche Szenario bestmöglich rüsten können. Gerade im Bereich der Digitalisierung gilt es daher, schon jetzt Unterrichtsinhalte digital aufzubereiten, Endgeräte zu beschaffen und die Kommunikationswege für den Fall der Schulschließungen zu optimieren, um die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer gleichermaßen erreichen zu können.

## Unterschied

### **Berufliche Schulen und SBBZs, Spagat für Landkreis Ludwigsburg als Schulträger, da es komplett unterschiedliche Anforderungen gibt**

*Berufliche Schulen //*

*Industrie 4.0 Lernfabrik*

Die Beruflichen Schulen orientieren sich an der freien Wirtschaft und wollen so ihren Schülerinnen und Schülern den Einstieg in das Berufsleben erleichtern. Dies ist durch die enge Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben und Firmen möglich. Innovativ sein, Möglichkeiten zur persönlichen Weiterentwicklung aufzeigen, Kreativität und eigenständiges Denken zusammen mit Medien fördern sind nur beispielhafte Ziele, die sich die Beruflichen Schulen auf die Fahne geschrieben haben. Auch das Aufzeigen der verschiedenen Einsatzmöglichkeiten von modernen Medien und Programmen ist ein Thema, welches die Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen vermittelt bekommen. Im Vordergrund steht hierbei immer die Prämisse, dass die Digitalen Medien als Arbeitsmittel genutzt werden sollen, nicht als Konsummittel. Ein gelungenes Beispiel stellt unsere Lernfabrik 4.0 im Beruflichen Schulzentrum Bietigheim-Bissingen dar.

Einige der Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen müssen im Rahmen ihrer praktischen Ausbildung außerdem das Arbeiten mit Spezialprogrammen erlernen, die vertieftes technisches Know-how erfordern. Häufig sind hier spezielle Endgeräte erforderlich, die diese digitale Arbeit erst ermöglichen.

An den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stehen die indivi-

duellen Bedürfnisse und Bedarfe der Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Die Lehrkräfte müssen sich an die Möglichkeiten der Kinder anpassen, da diese den Unterricht mit unterschiedlichen Voraussetzungen besuchen. Durch die spielerische Gestaltung des Unterrichtsalltages findet eine kindgerechte Vermittlung von Lerninhalten statt. Hier gibt es im Gegensatz zu den Beruflichen Schulen ganz andere Schwerpunkte, die sich im Kern hauptsächlich um die individuelle Entwicklung der einzelnen Kinder und deren pädagogische Förderung drehen. Die Digitalisierung zielt hier vorrangig darauf ab, die jungen Menschen im Umgang mit digitalen Medien im Alltag zu sensibilisieren und sie an die Medien heranzuführen. Eine umfassende, selbstständige Arbeit mit digitalen Endgeräten, für die die Schüler selbst verantwortlich sind, ist hier schwer vorstellbar.

Gerade dieses eigenverantwortliche Handeln ist jedoch an den Berufsschulen Voraussetzung. Die Schülerinnen und Schüler sind meist durch ihre private Erfahrung und Medienaffinität gut gerüstet für den Umgang mit iPads, komplexeren Programmen und Team-Meetings. So ist auch der Unterricht aus der Ferne möglich, da sich die Schülerinnen und Schüler selbst um den Download der Aufgabenblätter, die Teilnahme an der Unterrichtsstunde und das Update der Software kümmern müssen, um den Anschluss nicht zu verpassen und die Versetzung zu gefährden.

Dies stellt einen großen Unterschied zwischen den Beruflichen Schulen und den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren dar, weil beide Schulformen unterschiedliche Voraussetzungen an ihre Schülerinnen und Schüler und an den digitalen Unterricht stellen, der bei den SBBZ auch möglichst gar nicht digital stattfinden soll. Gerade im Hinblick auf die einheitliche Beschaffung von neuen Endgeräten (im Rahmen von gemeinsamen Ausschreibungen) ist dies sehr herausfordernd.

## Medienentwicklungspläne

Ziel des Landkreises ist es, dass alle Schulen die Medienentwicklungspläne bis zum 31. Dezember 2020 beim Schulträger eingereicht haben. Jede Schule erstellt ihren Medienentwicklungsplan in Eigenregie und macht sich im Zuge dessen konzeptionelle Gedanken über die künftige IT-Ausstattung.

Das Antragsverfahren wurde vereinfacht, was für die Schulen und für uns als Schulträger eine große Erleichterung darstellt. Die Schulen können Sie bei Fragen oder Beratungsbedarf an unser Kreismedienzentrum (KMZ) wenden.

Ziel für das kommende Schuljahr ist es, die von den Schulen in Form der MEPS gestellten Anforderungen, wo es möglich ist, zu standardisieren und die Umsetzung in die Wege zu leiten. Hierfür müssen innerhalb der Verwaltung neue Kommunikationsstrukturen und Prozesse festgezurrert werden – auch im Hinblick darauf, dass der Bereich der digitalen Medien in den nächsten Jahren an den Schulen mehr und mehr Bedeutung gewinnen wird.

## Steuerungsgruppe Digitalisierung an Schulen eingerichtet

Um eine gemeinsame Arbeits- und Kommunikationsebene zwischen Schulen und Schulträger zu schaffen, wurde Mitte des Jahres die Steuerungsgruppe „Digitalisierung an Schulen“ eingerichtet.

Mitglieder der Steuerungsgruppe sind vier Schulleitungen, ein Vertreter der LuK und ein Vertreter der Schulverwaltung. Um die Arbeit der Steuerungsgruppe in einen übergeordneten Kontext einzubinden, wurde zusätzlich noch eine Lenkungsgruppe gegründet, in welcher unter anderem Herr Landrat Dietmar Allgaier Mitglied ist. Das zeigt, dass dem Landkreis Ludwigsburg als Schulträger das Thema Digitalisierung der Schulen am Herzen liegt und in der heutigen Zeit von politischer Bedeutung ist.

Zudem finden zwischen der LuK, den einzelnen Schulen und dem IT-Dienstleister regelmäßige Termine an den Schulen statt, um schulspezifische Themen zu besprechen und, wenn notwendig, um Einzelfalllösungen zu finden.

## IT-Infrastruktur an den Schulen selbst

Die IT-Infrastrukturen an den Schulen sind über die vergangenen Jahre unabhängig voneinander gewachsen.

Die IT-Infrastruktur der Schulen wird in den kommenden zwei Jahren auf den aktuellen Stand gebracht und standardisiert mit dem Ziel, Beschaffungs- und Supportvorgänge zu vereinheitlichen. Glücklicherweise sind wir an den meisten unserer Schulen bereits an das Glasfasernetz angeschlossen. Des Weiteren sollen mittelfristig die Serverstrukturen zentralisiert werden, WLAN-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden, bei Hard- und Software (wo es möglich ist) schulübergreifende Standards geschaffen werden und ein MDM-System für die digitalen Endgeräte etabliert werden. Auf Herausforderungen wie z.B. BYOD (Bring your own Device) wird schul-spezifisch eingegangen. Denn insgesamt zeichnet sich der Trend ab, dass immer mehr Berufsschüler, vor allem im kaufmännischen Bereich, mit digitalen Endgeräten von der Firma ausgestattet werden, welche auch im schulischen Kontext genutzt werden sollen.

Ein Teil der Klassenzimmer wurde bereits mit Lehrermultipulpen ausgestattet. Im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms ist die Ausstattung der Klassenzimmer für den Hybrid-Unterricht im Fokus (Schüler daheim, Lehrende/r in der Schule).

Die Schaffung von Standards erleichtert den Support der IT-Infrastruktur enorm, welcher im Landkreis Ludwigsburg schulübergreifend an ein Unternehmen vergeben ist.

## Office 365

Office 365 wird von unseren Schulen zur Kommunikation und Unterrichtsgestaltung genutzt und ist quasi nicht mehr wegzudenken. Die Schulen berichten durchweg von positiven Erfahrungen. Die datenschutzrechtliche Lage zur Nutzung von Office 365 ist in Baden-Württemberg unübersichtlich und für Schulen und Schulträger schwer zu durchblicken. Die Software wird in der freien Wirtschaft häufig genutzt und zeichnet sich durch eine hohe Professionalität und Effizienz sowie Praktikabilität aus. Während der Corona-Pandemie war die Nutzung alternativlos, um handlungsfähig zu bleiben. Da Lehrer- und Schülerschaft in die Kommunikations- und Kooperationsplattform Microsoft Office 365 gut eingearbeitet sind und sich Unterrichtskonzepte etabliert haben, wäre ein erzwungener Wechsel seitens des Landes ein fatales Signal. Der Landkreis Ludwigsburg hofft, zusammen mit den Schulen, dass das Land

sich für die Nutzung von Office 365 einsetzt, um an das bereits Erreichte weiterhin anknüpfen zu können.

## Die Rolle des Kreismedienzentrums im Rahmen der Digitalisierung im Bildungsbereich

Das Kreismedienzentrum des Landkreises Ludwigsburg bietet den Schulen seine umfangreichen Beratungsleistungen im Bereich Digitalisierung der Schulen und Medienentwicklungsplan an. Die zukünftige Rolle des Kreismedienzentrums ist in unserem Amt bisher nicht klar definiert, wir sind jedoch der Meinung, dass hier sowohl für unsere Schulen als auch für die Schulen des gesamten Landkreises Potential abgerufen werden kann. Zur Rollenklärung wäre eine Aussage des Landesmedienzentrums sehr hilfreich, damit das Kreismedienzentrum in den andauernden Prozess der Digitalisierung mit eingebunden werden kann.

## Ausblick

Bereits während der Schulschließungen im Zuge der Corona-Pandemie konnten einige Schulen mit den Office 365-Programmen arbeiten. Vor allem Microsoft Teams hat sich für den Unterricht aus der Ferne als sinnvoll erwiesen. In Zukunft sollen die Office 365-Programme verstärkt eingesetzt werden. Hier ist es notwendig, dass jede Lehrkraft sowie jeder Schüler und jede Schülerin Zugang zu digitaler Infrastruktur hat und dass die Infrastruktur an der Schule flexibel nutzbar ist, auch von zuhause aus. Außerdem müssen die digitalen Lerninhalte vom Schüler auf einem Endgerät abgerufen werden können, welches nicht das eigene Smartphone ist.

---

Judith Woerner leitet den Geschäftsteil Schulen im Landratsamt in Ludwigsburg.

# Digitalisierung im Bildungsbereich

Von Dr. Heiko Schnell, Main-Tauber-Kreis

Der Main-Tauber-Kreis ist Schulträger für die Beruflichen Schulen in Wertheim, Tauberbischofsheim und Bad Mergentheim sowie für zwei Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren in Boxberg-Unterschüpf und in Luda-Königshofen-Unterbalbach. Mit drei Beruflichen Schulen stellt sich in Bad Mergentheim mit insgesamt rund 3.000 Schülerinnen und Schülern der größte Standort in der Trägerschaft des Landkreises dar, gefolgt vom Schulstandort Tauberbischofsheim mit rund 1.200 Schülerinnen und Schülern und Wertheim mit rund 900 Schülerinnen und Schülern. Die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren sowie die

Schulkindergärten mit Außenstellen in Wertheim umfassen insgesamt rund 200 Schülerinnen und Schüler. Für die beruflichen Schulen ist es unerlässlich, stets die aktuellsten Lehrinhalte und somit eine entsprechende Ausstattung anzubieten. Daher hat die Digitalisierung bei den Beruflichen Schulen schon seit vielen Jahren besondere Bedeutung. Während im Theorieunterricht noch vor circa zehn Jahren der spezifische EDV-Unterricht in fest installierten PC-Räumen im Vordergrund stand, ist heute die Verwendung digitaler Endgeräte in nahezu allen Unterrichtsfächern möglich und vielfach unabdingbar. Auch der Unterricht an Maschinen und Geräten ist

zwischenzeitlich ohne digitale Steuerung und Vernetzung kaum noch denkbar. In den Beruflichen Schulen in der Trägerschaft des Main-Tauber-Kreises wurden etwa seit dem Jahr 2010 Räume bzw. Schulgebäude, die neu errichtet oder saniert wurden, regelmäßig mit digitalen bzw. interaktiven Tafelsystemen ausgestattet. Die Schulen wurden sukzessive nahezu vollständig mit WLAN erschlossen, wobei fortlaufend Ergänzungen erforderlich sind. Einige Schulen bzw. Fachbereiche innerhalb der Schulen nahmen unter anderem an Pilotversuchen zur Digitalisierung teil, wie beispielsweise im Rahmen der Aus-



Die modellhaften Anlagen ermöglichen es, die Arbeitsweise von digitalen Produktionsstraßen in den Unterricht an den beruflichen Schulen einzubauen.

Foto: Landratsamt Main-Tauber-Kreis / Julia Michel

Die Ausbildung der Kfz-Mechatroniker an der Gewerblichen Schule Tauberbischofsheim. In diesem Pilotprojekt wurden die Auszubildenden im Bereich der Kfz-Mechatronik mit mobilen Endgeräten ausgestattet. Aber auch viele andere Klassen haben bereits in den vergangenen Jahren mobile Endgeräte erhalten, um einerseits moderne Unterrichtsformen zu ermöglichen und andererseits die vorgegebenen Lehrinhalte adäquat umsetzen zu können.

Durch die von Land und Bund zugesagten Fördermittel aus dem Digitalpakt Schule und nochmals durch die besonderen Bedingungen der Corona-Pandemie hat die Digitalisierung zusätzlichen Schub erhalten. So war die Kaufmännische Schule Bad Mergentheim ab 2019 Pilot-schule für die Erprobung der Plattform des Landesmedienzentrums zur Entwicklung von Medienentwicklungsplänen. Zwischenzeitlich haben alle Beruflichen Schulen im Main-Tauber-Kreis sowie die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren in der Trägerschaft des Landkreises ihre Medienentwicklungspläne als Grundlage für die Ausstattung der Schulen fertiggestellt. Erste Anträge für Ausstattung aus dem Digitalpakt

für 2020 wurden bereits durch die L-Bank bewilligt. Dem Main-Tauber-Kreis als Schulträger stehen aus dem Digitalpakt Fördermittel in Höhe von rund 2,2 Millionen Euro zur Verfügung. Einschließlich des Eigenanteils sind somit Investitionen in Höhe von rund 2,75 Millionen Euro möglich. Alleine im Haushaltsjahr 2021 sollen – vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistags zum Haushaltsplan – im Rahmen des Digitalpaktes rund 1,4 Millionen Euro in die Digitalisierung der Schulen in Trägerschaft des Main-Tauber-Kreises investiert werden.

Weitere Unterstützung für die Digitalisierung erhielten die Schulträger im Sommer 2020 durch das Sofortausstattungsprogramm zur Ausstattung mit digitalen mobilen Endgeräten. Hierfür wurde dem Main-Tauber-Kreis als Schulträger ein Betrag von rund 440.000 Euro zur Verfügung gestellt. Bis zum neuen Schuljahr sollen nun rund 650 digitale Endgeräte zum Verleih an Schüler zur Verfügung gestellt werden, um künftig allen Schülern die Teilnahme am Fernunterricht zu ermöglichen.

## Digitale Maschinen und Geräte für die Gewerblichen Schulen – Industrie 4.0

Neben der digitalen Ausstattung der Klassenräume ist die Ausstattung der Gewerblichen Schulen mit modernen Maschinen und Geräten besonders hervorzuheben, auch wegen der großen finanziellen Herausforderungen für die Schulträger. So können beispielsweise einzelne CNC-Maschinen bis zu 250.000 Euro kosten. Der Main-Tauber-Kreis treibt die Ausstattung mit modernen, EDV-gesteuerten Maschinen und Geräten gemeinsam mit den Gewerblichen Schulen dennoch seit vielen Jahren voran. CNC-Maschinen für den Metall- und Holzbearbeitungsbereich sind daher heute selbstverständlich.

Neu hinzu kommt nun die Einrichtung von Modellanlagen unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“. Ein Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg hat dieser Entwicklung nochmals zusätzliche Impulse verliehen. Im Jahr 2019 hat das Wirtschaftsministerium durch die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von 300.000 Euro den Weg freigemacht, um mit der Einrichtung von modellhaften Anlagen den Unterricht in Bezug auf die Lehrinhalte zu „Industrie 4.0“ neu zu gestalten. Für die Anschaffung an den Gewerblichen Schulen fallen insgesamt rund 900.000 Euro Investitionskosten an. Neben der Förderung durch das Wirtschaftsministerium haben Unternehmen aus dem Main-Tauber-Kreis eine Gesamtsumme von 87.750 Euro zur Verfügung gestellt. Diese Anlagen ermöglichen es, die Arbeitsweise von digitalen Produktionsstraßen in den Unterricht einzubauen.

An den modellhaften Geräten und Produktionsstraßen erlernen die Schülerinnen und Schüler die einzelnen Produktionsschritte und können eine entsprechende Programmierung, Steuerung und Produktion simulieren. Das Konzept der drei Gewerblichen Schulen vernetzt die drei Standorte im Sinne einer Ge-

samtproduktion. So wird das einzelne Werkstück in Tauberbischofsheim im ersten Arbeitsschritt durch die Fertigung des Gehäuses vorbereitet, beispielsweise für ein elektronisches Gerät oder einen Behälter für die Glasherstellung. In Bad Mergentheim werden in das vorgefertigte Gehäuse kundenspezifische Platinen eingebaut, in Wertheim wird in das gelieferte Behältnis ein kundenspezifisches Glasgemenge eingefüllt. Die unterschiedlichen Arbeitsschritte einschließlich Qualitätskontrolle und Logistik werden ganzheitlich an den verketteten Anlagen simuliert. Der Austausch der Schulen erfolgt über die digitale Schulcloud. Zudem legen die Gewerblichen Schulen unterschiedliche Schwerpunkte, beispielsweise Pneumatik und Elektropneumatik in Tauberbi-

schofsheim oder Bohren, Robotik und Logistik in Wertheim. Zusätzlich ergänzt wird der Unterricht an den Modellanlagen durch Unterricht an Industrierobotern und 3-D-Druckern.

### Schnelles Internet

Eine wichtige Grundvoraussetzung für die Digitalisierung in den Schulen ist der Ausbau der Breitbandversorgung. Seit April 2017 wurde dies durch den Landkreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sukzessive vorangetrieben. Seit August 2020 ist auch die zweite Stufe dieses Ausbaus abgeschlossen: Alle Schulen verfügen seit 1. August über das schnelle Internet. Gerade in der Zeit von Schulschließungen aufgrund der Corona-Pandemie ist der Fernunterricht

nur durch die bereits geschaffene digitale Infrastruktur optimal möglich. Zum neuen Schuljahr hat sich dies nochmals verbessert, denn nun verfügen alle Schulen im Main-Tauber-Kreis über einen unmittelbaren Glasfaseranschluss. Bei den Schulanbindungen handelt es sich um einen Open Access, so dass grundsätzlich alle Telekommunikationsanbieter den Schulträgern entsprechende Angebote unterbreiten können. Die Glasfaseranschlüsse lassen nun für den digitalen Unterricht im Schulgebäude und auch für den Fernunterricht weitere Möglichkeiten zu.

Dr. Heiko Schnell ist Amtsleiter für Schulen und ÖPNV im Landratsamt Main-Tauber-Kreis.

## Der Ostalbkreis und seine Schulen – viele Digitalisierungsbausteine

Von Marion Freytag, Ostalbkreis

Für den Ostalbkreis ist und war Digitalisierung an den kreiseigenen Schulen schon immer von großer Bedeutung. Seit Jahren investiert er daher in die Entwicklung seiner Schulen und steht hierzu auch in ständigem Austausch mit den jeweiligen Schulleitungen. Schülerinnen und Schüler werden bestmöglich auf eine spätere digitale Arbeitswelt vorbereitet, deshalb kümmert sich die Landkreisverwaltung um die bestmögliche technische Ausstattung. Im Rahmen von Pilotprojekten in den Beruflichen Schulen werden verschiedene Endgeräte getestet, es werden neue Unterrichtsformen ausprobiert, die bestehenden Arbeitsweisen überdacht und stets angepasst. In diesem Sinne setzt der Ostalbkreis auf viele verschiedene Säulen im Digitalisierungsprozess und fördert die Digitalisierung im Bildungsbereich sehr breit gefä-

chert. Nachfolgende kurze Skizzierungen sollen einen Einblick verschaffen was derzeit im Ostalbkreis umgesetzt wird. Neben der Ausstattung der Schulen mit Netzwerken, Software und Endgeräten werden auch laufend neue Pilotprojekte wie z.B. das Tablet Projekt an der Berufsschule im Bereich Sanitär-Heizung-Klima, E-Commerce und Büromanagement initiiert und unterstützt, genauso wie das Projekt Tablet im Beruflichen Gymnasium.

### Lernfabrik 4.0

Das Land Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland eine Offensive gestartet und unter dem Begriff „Industrie 4.0“ ein Leuchtturmprojekt entwickelt, damit die Digitalisierung in der stark mittelständisch geprägten Wirtschaft des Lan-

des rasch und kompetent umgesetzt werden kann. Der Ostalbkreis sieht sich gegenüber den Jugendlichen, den Auszubildenden, aber auch der Wirtschaft in der Region verpflichtet, sich der Entwicklung von „Industrie 4.0“ anzuschließen, als Chance und Grundlage für den zukünftigen Erfolg in unserer Region. „Industrie 4.0“ ist vor allem zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Fläche gedacht. Ziel ist es, ein Know-how aufzubauen, das die Digitalisierung der Produktion ermöglicht.

Daher setzte sich der Ostalbkreis zum Ziel, ein Labor für die Erlernung von Grundlagen und ein Labor für anwendungsnahe Prozesse, das in seinem Aufbau und seiner Ausstattung mit industriellen Automatisierungslösungen vergleichbar ist, an der Technischen



Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

### Labor Handwerk 4.0 am Kreisberufsschulzentrum Ellwangen

Für den Ostalbkreis ist es von großer Bedeutung als Schulträger und Wirtschaftsförderer, ein passgenaues Angebot in der Beruflichen Ausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen. Konstruiert und eingerichtet wurde daher ein Laborangebot für digitale Technik im Sinne eines „Labors Handwerk 4.0“ für typische Handwerksberufe wie Elektroinstallateure oder Anlagenmechaniker für Sanitär-Heizungs- und Klimatechnik im Kreisberufsschulzentrum Ellwangen. Es wird ein Demonstrations- und Schulungssystem als Aus- und zugleich Weiterbildungsmöglichkeit in der Region für die Region geschaffen. Gerade in Zeiten von „Smart Home“ steigt der Schulungsbedarf erheblich.

Denkbar ist zudem eine Öffnung des Labors für Auszubildende benachbarter Beruflicher Schulen. Sukzessive können auch weitere Bereiche in diese Laborumgebung integriert werden, um so

Schule Aalen in Kooperation mit der Gewerblichen Schule Schwäbisch Gmünd einzurichten. Mithilfe eines bereits bestehenden engen Netzwerkes im Ostalbkreis wurden unter anderem Schulungskonzepten für Lehrkräfte entwickelt, die Durchführung von Qualifizierungsangeboten und Applikationsstudien organisiert, sowie Aktivitäten für die Nutzung der Lernfabrik als regionales Demonstrationzentrum intensiviert und ausgebaut. Seit der Einrichtung fanden bereits zahlreiche Schulungen und Unterrichtsstunden an der Lernfabrik 4.0 statt. Die Umsetzung der „Lernfabrik 4.0“ wurde durch eine Förderung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft unterstützt.

Der Ostalbkreis als Schulträger hat sich deshalb im Sommer 2018 gemeinsam mit der Technischen Schule Aalen an der Ausschreibung des Projekts „Gemeinden, Städte und Landkreise 4.0 – Future Communities 2018“ mit der Erweiterung der „Lernfabrik 4.0“ beteiligt und eine Förderzusage in Höhe von 100.000 € erhalten.

### Erweiterung der Lernfabrik 4.0 – smart factory um Robotik

Durch den Einsatz der Lernfabrik im Rahmen des Unterrichts und von Schulungen konnte weiteres Optimierungspotenzial festgestellt werden. Um die vorhandene Lücke in der Montagetechnik zur Fertigungstechnik zu schließen, wurde daher eine Erweiterung der vorhandenen Lernfabrik um Robotik konstruiert. Mithilfe von Roboter-/Handhabungsapplikationen bestand die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen.



Quelle: Landratsamt Ostalbkreis



Quelle: Landratsamt Ostalbkreis

mittelfristig das Projekt auch für weitere Berufe zu öffnen. Das „Labor Handwerk 4.0“ wurde durch eine Zuwendung in Höhe von 100.000 €, welche im Rahmen des Förderprogramms „Future Communities 2019“ ausgesprochen wurde, vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unterstützt.

### Broschüre über die Beruflichen Schulen des Ostalbkreises

Nicht nur die Ausstattung wird digitaler, auch das Infomaterial für angehende Schülerinnen und Schüler wird zunehmend digital zur Verfügung gestellt. Mit

der Broschüre „Berufliche Schulen des Ostalbkreises“ will der Ostalbkreis die Vielzahl der Bildungsgänge transparent

*Scan mich*



aufzeigen und vorstellen, welche Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung sich an den drei Beruflichen Schulzentren bieten. Alle Angebote im Vollzeit- und auch im Teilzeitbereich (Duales System) der einzelnen Beruflichen Schulen werden vorgestellt. Mithilfe von QR-Codes kann sowohl eine ausführliche Print-Version aufgerufen werden, welche weiterführende erklärende Texte enthält. Man kann aber auch über die QR-Codes zu den Internetauftritten der Ausbildungsbetriebe und zu Erklär-Videos zu den Ausbildungsberufen gelangen. Auch der Imagefilm über die drei Beruflichen Schulen ist hierüber abrufbar.

### Strategische Ausrichtung bei der Digitalisierung der kreiseigenen Schulen

Bereits 2017 hat der Ostalbkreis eine Digitalisierungsstrategie entwickelt, die unter anderem den Aufbau von zentralen Rechenzentren für die Schulen, die Einführung und Gewährleistung von flächendeckenden WLAN, ein spezielles Sachgebiet für die kreiseigenen Schulen bei der IuK und einen zentralen Warenkorb für die künftigen Bestellungen der benötigten Endgeräte der Schulen,

festlegt. Die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur wird daher gewährleistet.

Für die Fortführung und Weiterentwicklung dieser Digitalisierungsstrategie hat die Landkreisverwaltung in Zusammenarbeit mit den Schulen und dem Kreismedienzentrum Medienentwicklungspläne entwickelt. Ein Medienentwicklungsplan (MEP) stellt eine Kooperation zwischen der Schule und dem Schulträger dar, aus welcher ein pädagogisch-technisches Konzept für die Medienbildung an Schulen entsteht. Dabei wird speziell auf die pädagogisch-didaktischen Anforderungen der Schule und die finanziellen Rahmenbedingungen des Schulträgers eingegangen. Medienkompetenz als Teil einer ganzheitlichen Bildung ist eine zentrale Schlüsselqualifikation für die Schülerinnen und Schüler, um den Anforderungen für eine digitalisierte (Arbeits-)Welt zu entsprechen. So gilt es z.B., das Tablet als Arbeitsinstrument in der heutigen Mediengesellschaft unseren Schülern nahezubringen. Die Schülerinnen und Schüler wachsen mit diesen Medien auf, gehen damit um, hinterfragen dies aber nicht. Deshalb ist es für die Schulen wichtig, die Technologie dahinter, Kenntnisse über Hard- und Software zu vermitteln. Sinnvoll machbar ist dies nur, wenn die digitalen Medien als generelles „Unterrichtswerkzeug“ genutzt werden können, und das in allen Schularten.

Mit den MEPs für die sieben Beruflichen Schulen und die vier SBBZ will der Ostalbkreis die notwendige Struktur für ein bestmögliches Lernen und Lehren schaffen. Mit dem MEP soll die Ausstattung optimiert und auch für eine notwendige Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer gesorgt werden. Die Medienentwicklungsplanung soll Schulen befähigen, den Unterricht so zu gestalten, dass die Umsetzung methodisch-didaktischer Ansätze durch die IT-Ausstattung unterstützt wird und so zu einem gelingenden Lernen in allen Schulen und Bildungsgängen beitragen kann.

MEPs sind zudem die Voraussetzung für die Beantragung von Fördergeldern aus dem DigitalPakt Schule. Ziele des DigitalPakts sind eine flächendeckende zeitgemäße digitale Bildungs-Infrastruktur.

Über den DigitalPakt Schule werden zunächst Maßnahmen an Schulen für die Infrastruktur, und die Einführung und flächendeckende Umsetzung von WLAN gefördert. Soweit weitere Mittel darüber hinaus frei sind, werden auch Anzeige- und Interaktionsgeräte sowie digitale Arbeitsgeräte und schulgebundene mobile Endgeräte gefördert.

Der Ostalbkreis ist bereits auf einem sehr guten Weg. Es darf allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass die Thematik rund um die Digitalisierung stets weiterentwickelt wird und weiter zu entwickeln ist. Konzepte müssen daher regelmäßig angepasst und evaluiert werden. Die IT-Infrastruktur sowie die Hard-

ware-Ausstattung und deren Beschaffungen werden zentral durch die Landkreisverwaltung getätigt. Das Sachgebiet Schulen des Geschäftsbereiches LuK ist darüber hinaus für die Wartung und den Support sowie für die Verwaltung der Geräte zuständig.

Dazu wird der Ostalbkreis ein Mobile-Device-Management (MDM) aufbauen, das von der LuK gesteuert wird. Alle Geräte sollen zentral von einer Stelle aus gewartet werden.

### **Digitalisierung der allgemeinbildenden Schulen im Ostalbkreis – Kooperation mit Schulträgern – Unterstützungsangebot des Landkreises**

Viele kleinere Schulträger können jedoch nicht über derartige Ressourcen verfügen. Daher erarbeitet derzeit das Kreismedienzentrum (KMZ) des Ostalbkreises einen Modellversuch, in dem Schulen beziehungsweise Schulträger angeboten wird, das Mobile Device Management (MDM) für diese zu übernehmen. So können bereits vorhandenes Wissen und Ressourcen gebündelt eingesetzt werden, um die Lehrkräfte und auch die Schulträger zu entlasten.

---

Marion Freytag ist Geschäftsbereichsleiterin für Bildung und Kultur im Landratsamt Ostalbkreis.

# Schulen des Landkreises Rastatt im digitalen Wandel oder was macht eine moderne, digitale Schule aus?

Ein Bericht aus einer Umbruchphase

Von Dunja Haas, Landkreis Rastatt

Die Digitalisierung erfasst alle Lebensbereiche und gewinnt nicht nur im Alltag und Berufsleben, sondern auch im Bildungswesen kontinuierlich an Dynamik. Das Lernumfeld von Schülerinnen und Schülern wird durch die zunehmende Verbreitung digitaler Technologien beeinflusst. Besonders Lehrkräfte sind gefordert, die Zukunftsfähigkeit der nächsten Generation mitzugestalten, in dem sie die Transformation in der Bildung an den Schulen aktiv vorantreiben und nachhaltig gestalten. Als Instrumente dafür dienen die flexiblen Einsatzmöglichkeiten der digitalen Medien, welche durch die Corona-Pandemie weiter an Bedeutung gewonnen haben. Der Lehr- und Lernalltag wird bestimmt durch digitale Lernplattformen und Video-Konferenzsysteme, die vor allem für das Homeschooling eingesetzt werden und das Bildungswesen durchdringen. Neben den Kernkompetenzen der Pädagogen, welche durch die fehlende systematische Integration der digitalen Technik in deren Aus- und Weiterbildung teilweise noch Entwicklungspotential aufweisen, müssen auch räumliche und technische Voraussetzungen gegeben sein.

Als Schulträger von 15 Schulen koordiniert der Landkreis Rastatt im Rahmen seines Gesamtprojektes „Digitalisierung an Landkreisschulen“ die unterschiedlichen Projekte zur Digitalisierung und Vernetzung an Landkreisschulen und bringt diese mit übergreifender und verbindlicher Steuerung gemeinsam mit den Schulen voran. Hierzu gehören die Teilprojekte „Monitoring des Abrufs von Fördergeldern aus dem DigitalPakt Schule“ und „Ausstattung von Lehrkräften mit schuleigenen Endgeräten“,

die bereits zum Jahresanfang gestartet wurden. Weitere Projekte wie z.B. „Schaffung eines Warenkorbs für IT-Beschaffungen an Landkreisschulen“ und „Nutzung von geeigneten Lernmanagementsystemen und Austauschplattformen“ sind am Start. Die Projektleitung aus Vertretern der Landkreisschulen sowie des Schulträgers stellt eine enge Zusammenarbeit und Transparenz innerhalb der Digitalisierungsprojekte sicher.

## Pauschale Förderung der Digitalisierung an Schulen

Das Land Baden-Württemberg hat den Schulträgern im Rahmen des Nachtrags Haushalts im Haushaltsjahr 2019 über einen Sonderlastenausgleich Zuweisungen von 145 Mio. € zur Verfügung gestellt.

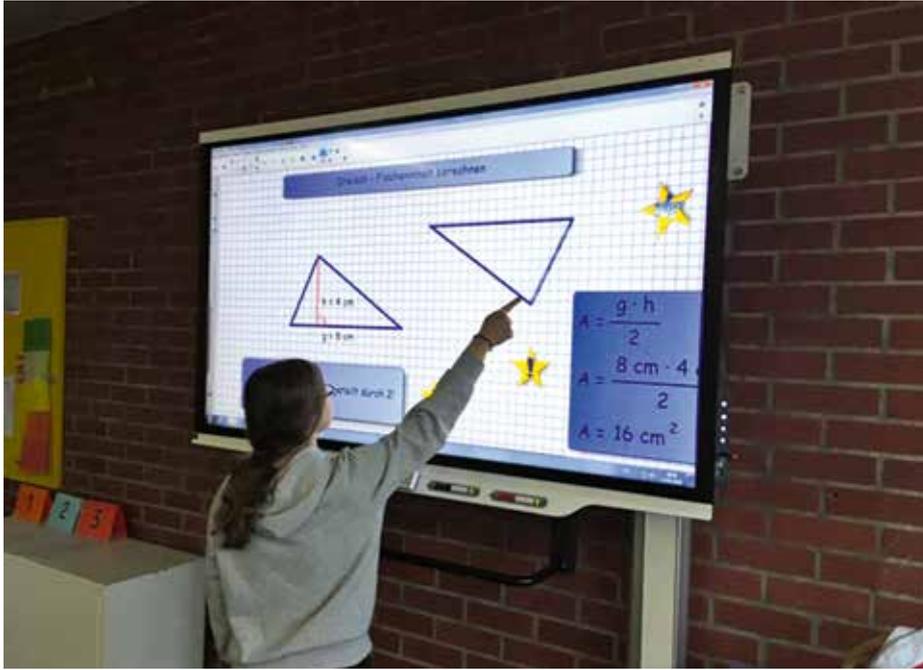
Die auf den Landkreis Rastatt entfallenden rund 758.500 € wurden für die Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen eingesetzt, sofern die gesetzlichen Anforderungen erfüllt waren. Dabei wurden vorrangig Maßnahmen ausgewählt, die bereits begonnen waren bzw. fortgesetzt werden konnten. Ebenso wurden sie für die Umsetzung besonderer schulischer Projekte, wie beispielsweise die Lernwelt 4.0 an der Josef-Durler-Schule Rastatt, eingesetzt. Bei der Auswahl der Maßnahmen wurde auf eine bedarfsorientierte Verteilung der Fördermittel auf die Schulen Wert gelegt.

## DigitalPakt Schule

Schulträger wie der Landkreis Rastatt sind für die sachgerechte Ausstattung ihrer Schulen mit modernen Lernmitteln

und digitaler Infrastruktur verantwortlich. Alleine können die Schulträger die enormen Investitionen aus den bisherigen Sachkostenbeiträgen in überschaubarer Zeit jedoch nicht stemmen. Unterstützung bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur erfahren die Länder und Kommunen in Form des DigitalPakts Schule. Hierfür gibt es von der Bundesregierung eine finanzielle Förderung von 5 Mrd. €, die über einen Zeitraum von fünf Jahren zur Verfügung gestellt wird.

Mit dieser Fördersumme soll sichergestellt werden, dass die informationstechnischen Anforderungen an einen zeitgemäßen Unterricht sowie eine bessere Ausstattung mit digitaler Technik in überschaubarer Zeit umgesetzt werden. Seit 2017 hat der Landkreis Rastatt mit seinen Schulen die Rahmenbedingungen für eine gute, zukunftsfähige, digitale Infrastruktur erarbeitet. Ergebnis dieser konzeptionellen Arbeit war der Anfang 2019 verabschiedete IT-Entwicklungsplan für alle 15 kreiseigenen Schulen. Dieser zielt darauf ab, eine bedarfsgerechte, moderne sowie möglichst gleichwertige und vergleichbare Ausstattung der Schulen zu implementieren. Grundlage und wesentliche Voraussetzung einer funktionierenden IT-Infrastruktur ist zweifelsohne die strukturierte Verkabelung der Schulgebäude und die Anbindung der eingesetzten Hardware an die Schulnetze. Schülerinnen und Schüler bzw. Lehrerinnen und Lehrer benötigen auch einen performanten Zugang zum Internet, um Medienkompetenz zu erwerben bzw. zu entwickeln. Neue Lernformen werden unter Einbeziehung der im Netz verfügbaren digitalen Medien erprobt



Quelle: Augusta-Sibylla-Schule Rastatt

und etabliert. Mobile Systeme wie z.B. Notebooks und Tablets verändern den Unterricht und ergänzen die Präsentationsmedien.

Als Schulträger von neun beruflichen Schulen, fünf Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ), einem allgemeinbildenden Gymnasium und einem Schulkindergarten entfällt auf den Landkreis Rastatt eine Fördersumme von 3,6 Mio. € im Rahmen des DigitalPakts Schule. Hinzu kommt eine Eigenbeteiligung des Schulträgers von mind. 20 %, sodass der Landkreis an seinen Schulen zusätzliche Maßnahmen von insgesamt 4,5 Mio. € realisieren wird.

Die Schulträger können Anträge zur Förderung von Maßnahmen durch den DigitalPakt schul- und maßnahmenbezogen seit dem 1. Oktober 2019 bei der L-Bank stellen. Neben der Beschreibung der Maßnahme müssen die Anträge eine Bestätigung über die Sicherstellung von Wartung, Betrieb und IT-Support erhalten. Des Weiteren war zunächst die Vorlage eines Medienentwicklungsplanes (MEP) jeder Schule samt Freigabezertifikate des Landesmedienzentrums Voraussetzung für die Antragstellung.

Seit Kurzem sind diese erst bei der Abrechnung der Maßnahme vorzulegen. Dies beschleunigt das Antragsverfahren und lässt auf einen schnelleren Mittelabruf hoffen.

Die Medienentwicklungspläne bestehen aus einem Leitbild der jeweiligen Schule, einer IST-Analyse mit Entwicklungszielen, einer Maßnahmenplanung sowie einer Evaluation. Die Anforderungen an einen solchen MEP sind anspruchsvoll, aber durchaus machbar – das zeigt auch der Stand im Landkreis Rastatt. Zwölf der 15 Kreisschulen haben ihren Medienentwicklungsplan erstellt und ein Freigabezertifikat des Landesmedienzentrums erhalten; Drei Schulen befinden sich in der Finalisierung. „Da haben wir und unsere Schulen bald einen Haken dran. Die Aktualisierungen und notwendigen Anpassungen laufen dann recht selbstverständlich und unaufgeregt“, sagt Michael Maier, IT-Fachmann der Schulverwaltung des Landkreises. Aus den Medienentwicklungsplänen, aus den Gesprächen zur Schulentwicklung, aus den Haushaltsgesprächen – kurzum aus dem regelmäßigen Austausch zwischen Landkreisschulen und dem Landkreis Rastatt als Schulträger sind rund 150 IT-Maß-

nahmen zusammengekommen, die im Rahmen des DigitalPakts Schule umgesetzt werden sollen. Dies setzt ein gezieltes und effektives Management voraus. „Mit der Antragstellung alleine ist es schließlich nicht getan“, so Maier. Begleitung und Umsetzung der Maßnahmen, Abrechnung und Verwendungsnachweise sowie Integration in die Schulen von der Kennzeichnung über die Dokumentation bis zur IT-Einbindung gehören zum Gesamtprozess.

Von den insgesamt 4,5 Mio. € Gesamtförderbudget aus dem DigitalPakt Schule für die Landkreisschulen sind ca. 3,1 Mio. € durch fest geplante und abgestimmte Maßnahmen hinterlegt. Für weitere Maßnahmen gilt ein Abstimmungsvorbehalt. 700.000 € sind noch nicht fest verplant, sondern stehen für notwendige Anpassungen, Entwicklungen, Planungs- und Preisänderungen bei konkreten Einzelmaßnahmen zur Verfügung.

Und wie ist ein solches zusätzliches Maßnahmenpaket – neben den vielen anderen, ebenfalls notwendigen Investitionen und Erneuerungen – zu managen? Es braucht zweifelsohne Struktur: Die Maßnahmetabelle/die Gesamtübersicht ordnet jede einzelne Maßnahme einer Kategorie zu, die zudem gewichtet und mit einem Prioritätsgrad versehen ist. Die Hauptkategorien stellen Netzwerk, Medien und Endgeräte dar und reichen von einer strukturierten Verkabelung im Schulgebäude über eine Medienausstattung in den Klassenzimmern bis hin zu mobilen Endgeräten (Tablets, Laptops) für Schülerinnen und Schüler.

Soweit die Struktur und die Rahmenbedingungen – wie sieht es nun konkret im Landkreis Rastatt aus? Bisher wurden Förderanträge für 70 Maßnahmen gestellt und von der L-Bank bewilligt. Dadurch hat der Landkreis Rastatt bereits ca. 970.000 € der zur Verfügung stehenden Fördersumme gebunden, das entspricht 27 % der Gesamtfördersumme. Die Umsetzung der Maßnah-

men läuft, eine Maßnahme wurde bereits vollständig abgeschlossen und der Verwendungsnachweis bei der L-Bank eingereicht. Dass dieser Stand nicht selbstverständlich ist, zeigt der regelmäßige Austausch mit anderen Schulträgern. Durch Zusammenarbeit und den gegenseitigen Austausch können die Schulträger voneinander profitieren.

„Wir sind rundum zufrieden“, so Lysann Jacob – verantwortliche Leitung für die Landkreisschulen. „Der Prozess der L-Bank ist klar und zügig. Nachfragen werden schnell und kompetent beantwortet. Die Bescheide sind meist vor Ablauf von zwei Wochen ab der Antragstellung da.“ Und natürlich sind die Schulträger nicht nur bis zur Antragstellung und Bewilligung gefordert, sondern vor allem bei der Umsetzung. Danach sind Ausschreibung, Vergabe, Betreuung der Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen bis hin zur Abrechnung und Dokumentation zu bearbeiten. Das erfordert eine professionelle Arbeitsweise, eine gute Struktur, vor allem aber ein starkes und engagiertes Team beim Schulträger und an den Schulen.

Der DigitalPakt bringt komplexere und professionellere Netzwerke an die Schulen sowie einen erheblichen Anstieg bei der IT-Ausstattung und den zu betreuenden Netzwerkkomponenten und Endgeräten. Die Anforderungen an die Schulträger im Hinblick auf eine verlässliche IT-Betreuung steigen damit immens – nicht erst zum Ende des DigitalPakts, sondern bereits jetzt. Neben den an den Schulen eingesetzten Netzwerkberaterinnen und Netzwerkberatern erbringen externe IT-Dienstleister und der Schulträger die IT-Betreuung, wobei hier dringend noch Unterstützung notwendig ist.

## Sofortausstattungsprogramm

Hinsichtlich des Betreuungsbedarfs wirkt das Sofortausstattungsprogramm ebenfalls beschleunigend. Den Schulträgern in Baden-Württemberg wurden im Rahmen dessen insgesamt 130 Mio. €

zur Verfügung gestellt. Neben dem Volumen aus dem DigitalPakt erhält der Landkreis Rastatt für seine kreiseigenen Schulen zusätzlich ein Budget von über 700.000 €, für welches sehr kurzfristig Endgeräte zu beschaffen sind.

Diese zusätzlichen Mittel dienen dazu, den Schülerinnen und Schülern, welche zu Hause nicht auf mobile Endgeräte zugreifen können, diese leihweise über die Schulen zur Verfügung zu stellen. Tablets oder bei Bedarf auch Laptops für Schülerinnen und Schüler zum Entleihen von der Schule – das ist der Hauptzweck dieses Sofortausstattungsprogramms. Verbunden ist dieser Geldsegen mit dem Wunsch, dass diese Geräte möglichst schnell an den Schulen zur Verfügung stehen. Außerdem kann das Budget für die Herstellung professioneller Online-Lehrangebote und mobile Endgeräte für Lehrkräfte, welche aufgrund eines ärztlichen Attests nicht im Präsenzunterricht eingesetzt werden können und kein Endgerät zur Verfügung haben, eingesetzt werden.

Mitte Mai 2020 gab es die ersten Presseinformationen, Ende Juni lag dann eine Verwaltungsvorschrift vor. Die Auswahl der Geräte mit Beteiligung der Schulen, die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses im Juli sowie die Ausschreibung waren eng getaktet. Bereits im September 2020 wurden nun mehr 1.000 mobile Endgeräte (Tablets und Laptops) inklu-

sive Zubehör und Dienstleistung für die Schülerinnen und Schüler und vereinzelt Lehrkräfte der kreiseigenen Schulen geliefert.

Das Ausschreibungsverfahren wurde als Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Hierbei wurde die Vergabeerleichterung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Zuge der Corona-Pandemie in Anspruch genommen.

Sicher war die Beteiligung der Schulen mit entsprechenden Klärungsschleifen aufwändig, aber nach Einschätzung des Landkreises Rastatt ein wesentlicher Erfolgsfaktor. So wurden die Geräte beschafft, die passgenau in der jeweiligen Schule, in den jeweiligen Bereich integriert werden können und möglichst vielseitig nutzbar sind. Damit sind nicht nur die derzeitige Nutzung, sondern auch künftige Anforderungen berücksichtigt, was auf eine lange Verwendung im Schulbetrieb hoffen lässt.

Digitalisierungsgeld, DigitalPakt Schule, Sofortausstattungsprogramm – Bund, Länder und Kommunen als Schulträger strengen sich an und investieren erheblich in die digitale Infrastruktur und Ausstattung der Schulen. Die Rahmenbedingungen sind nicht immer einfach, aber in jedem Fall machbar. Zudem werden sie immer wieder angepasst. Bei all der Sicht auf den Prozess wächst die Ungeduld, Ergebnisse zu sehen. Aber



Quelle: Josef-Durler-Schule Rastatt



Quelle: Josef-Durler-Schule Rastatt

was wären geeignete Beweise? Schüler/innen, die mit Tablets im Schulhaus unterwegs sind? WLAN im gesamten Gebäude? Streamen, dass den Internet-

zugang der Schule nicht überfordert? Sicherlich werden das Indikatoren sein. Wie sieht es aber mit dem „Output“ aus? Werden wir sehen oder spüren, dass

sich etwas verändert hat? Denken Schüler/innen, die so lernen anders, schneller? Sind sie der bestehenden und künftigen Lebensrealität besser gewachsen? Sind sie kompetenter, flexibler?

Wir wissen es nicht, können wir auch nicht. Unsere Aufgabe ist es, gute bzw. die für uns bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Schulträger haben Verantwortung für ihre Schulen und sind in besonderem Maße der künftigen Generation verpflichtet. Geben wir den Schülerinnen und Schülern die Chancen, die sie verdienen und vertrauen wir darauf, dass sie diese gut zu nutzen verstehen.

Dunja Haas arbeitet in der Schulverwaltung im Amt für Finanzen, Gebäudewirtschaft und Kreisschulen des Landratsamtes Rastatt.

## **Schul-IT@RNK: Zentralisierung und Standardisierung als Schlüssel für die digitale Bildung von morgen – 16 Schulen auf gemeinsamem Weg in die digitale Zukunft**

Von Leonie Conteh, Rhein-Neckar-Kreis

Durch den Trend zur Digitalisierung in Arbeitswelt, Bildung und Gesellschaft kommt auch in unseren Schulen vermehrt Informations- und Kommunikationstechnologie zum Einsatz. Neben eGovernment-Lösungen innerhalb der Schulverwaltung finden insbesondere pädagogische IT-Systeme Einzug in die Klassenzimmer der Schulen des Rhein-Neckar-Kreises.

Unter den pädagogischen IT-Systemen versteht man die Software, die den Klassenraum betreibt und ein digital unterstütztes Lehren und Lernen ermöglicht. In den zwölf kreisangehörigen beruflichen Schulen und den vier sonder-

pädagogischen Bildungs- und Beratungszentren kamen bisher verschiedene pädagogische IT-Systeme zum Einsatz. Die Nutzung basierte auf Kooperationen mit externen Dienstleistern. Auch die Verwaltungssoftware wurde nicht zentral, sondern an jedem der Standorte separat betrieben.

Durch das bereits im Jahr 2017 gestartete Projekt „Schul-IT@RNK“ wurde mit der kreisweiten Zentralisierung der Schul-IT begonnen. Mit Unterstützung durch die ACP IT Solutions GmbH konnten in 2017 zunächst die Grob- und Feinkonzepte für die Zusammenführung der einzelnen IT-Systeme erarbeitet werden. Die

Konzepte umfassten eine detaillierte Analyse des Ist-Zustands mit anschließendem Handlungs- und Umsetzungskonzept. Von Beginn an wurde der Umstieg von den externen IT-Dienstleistern auf das zukünftig einheitliche IT-System des Rhein-Neckar-Kreises durch den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (Geschäftsbereich IT) auf finanzieller und personeller Ebene begleitet. Die Initiierung und Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen, Schulverwaltungen, IT-Beauftragten und Lehrkräften der insgesamt 16 standortübergreifenden Schulen.

Das Vorhaben umfasst dabei sowohl die Einführung eines schulübergreifenden pädagogischen Systems sowie die Zentralisierung der Schulverwaltungssysteme innerhalb des Rechenzentrums des Rhein-Neckar-Kreises. Darüber hinaus ermöglichen eine einheitliche Medienausstattung in Form von Hard- und Software sowie deren zentrale Verwaltung und Steuerung aus dem Rechenzentrum weitreichende Kosteneinsparungen auf Grundlage gemeinsamer Ausschreibung und geteiltem Know-how. Die infrastrukturelle Basis bilden eine 10 Gigabit Glasfaseranbindung an das Rechenzentrum sowie der Aufbau eines umfassenden WLAN-Netzes für Mitarbeitende der Schulverwaltung, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulstandorten. Diese netzwerktechnische Anbindung bietet die Voraussetzung für Cloud-Services und den Einsatz mobiler Endgeräte wie Tablets, Smartphones und Co. in einer modernen und zukunftsfähigen Lernumgebung. In den Sommerferien 2018 konnte bereits die erste Schule auf das neue, gemeinsame System umgestellt werden und lief im Pilotbetrieb. Wenig später wurde durch den Aufbau des gemeinsamen Rechenzentrums des Rhein-Neckar-Kreises die Umsetzungsphase des Feinkonzeptes im ersten Halbjahr 2019 eingeläutet.



Quelle: Schul-IT@RNK © Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis

Parallel dazu konnte bereits mit dem Roll-Out des einheitlichen pädagogischen IT-Systems an den einzelnen Schulen begonnen werden. Im zweiten Halbjahr 2019 folgte die Pilot-Installation des WLAN-Netzes im Schulzentrum Wiesloch, welches kurz darauf in Betrieb genommen werden konnte. Derzeit steht die Migration der bislang dezentralen Installationen in das zentrale Rechenzentrum des Rhein-Neckar-Kreises im Fokus. Bis zum 1. Quartal 2021 werden die einzelnen Schulen auf das einheitliche pädagogische System umgestellt. Nach jetzigem Stand ist dies bei zwölf der 16 kreisangehörigen Schulen bereits erfolgt. Durch diese Zentralisierung und Standardisierung der administrativen und pädagogischen IT-Systeme können frei-

werdende Synergien genutzt werden, um im Sinne der Digitalisierung des Unterrichts, insbesondere auch der Lernfabrik 4.0, die Zukunftssicherheit der kreisangehörigen Schulen zu sichern. Lehrkräfte werden entlastet und Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf dem Weg in eine digitale Zukunft unterstützt. Es werden moderne und zukunftsweisende Lernumgebungen geschaffen, die standortunabhängig einen einheitlichen, digitalen Standard in den kreisangehörigen Schulen etablieren.

Leonie Conteh arbeitet im Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik des Rhein-Neckar-Kreises.

## Digitale Sprachkurskoordination im Rhein-Neckar-Kreis

Von Elena Albrecht und Julia Matthews, Rhein-Neckar-Kreis

Im Bildungsbereich wird rege über Online-Unterricht, e-learning-Plattformen, Computerausstattungen und Medienkompetenz diskutiert. Auch bei Deutschkursen für Neuzugewanderte werden digitale Alternativen getestet. Die Digitalisierung im Bildungsbereich kann jedoch schon einen Schritt davor ansetzen.

Das heißt, der Zugang zu Bildungsangeboten, beispielsweise im Sprachkursbereich, wird digitalisiert und somit vereinfacht. Die Stabsstelle Integration hat sich in Zusammenarbeit mit dem Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (EBVIT) im Rhein-Neckar-Kreis genau dies zur Aufgabe gemacht und

sich die Umsetzung einer digitalen Sprachkurskoordination als Ziel gesteckt. Gefördert wird die Umsetzung dieses Digitalisierungsprozesses vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg. Bereits seit 2015 werden aus Mitteln des Rhein-Neckar-Kreises und des Sozial-

ministeriums Sprachkurse im Rahmen der VwV Deutsch für Personen mit Flucht- und Migrationserfahrung durchgeführt. Dies bietet Personen, die über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) keinen Zugang zu Integrationskursen haben, die Möglichkeit dennoch Deutschsprachkurse zu besuchen. Bislang konnten mehr als 1.500 Personen im Rhein-Neckar-Kreis auf unterschiedlichsten Sprachniveaus über die VwV Deutsch gefördert werden. Nachdem diese inzwischen mit einer Laufzeit von sieben Jahren (bis 2026) verstetigt wurde und neue Zielgruppen beinhaltet, werden neben den Regelkursen auch neue, spezifische Kursformate eingerichtet.

Die Organisation und Koordination der Angebote erfolgte bisher auf Basis zu meist analoger Strukturen. Angesichts der zunehmenden Individualisierung in der Zielgruppe müssen die bestehenden Strukturen weiterentwickelt und die Angebote effizienter gestaltet werden: Anders als 2015 können nicht mehr gruppenweise Anfängerkurse in den Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt werden. Stattdessen verteilen sich die Personen zunehmend auf die 54 Kreiskommunen und unterscheiden sich immer stärker hinsichtlich des Deutschsprachniveaus. Hinzu kommt die Ausweitung der Zielgruppe der VwV-Deutschkurse. Seit dem 1. Januar 2019 können neben Geflüchteten mit offener Bleibeperspektive zusätzlich alle Personen mit Migrationshintergrund an den Kursen teilnehmen. Da die neue Zielgruppe über die bisherigen Kommunikationswege, wie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der vorläufigen Unterbringung oder das Integrationsmanagement in der Anschlussunterbringung kaum angesprochen wird, gilt es, neue Zugänge zu eröffnen.

Die Stabsstelle Integration im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis hat bereits mit verschiedenen digitalen Lösungen gute Erfahrungen gemacht. Daher bietet sich dies auch für die Sprachkurskoor-

dination an. Mit dieser Strategie werden verschiedene Ziele verfolgt:

- Übersichtliche Darstellung von Sprachförderangeboten im Rhein-Neckar-Kreis
- Ansprache neuer Zielgruppen
- Einfache und selbstständige Anmel demöglichkeit der Zielgruppe
- Vereinfachung der Koordinierungsprozesse zwischen Landratsamt und Sprachkursträgern
- Planung kreisübergreifender Kursangebote
- Schaffung von Evaluierungsmöglichkeiten

Was bedeutet das konkret? Es wird eine mehrsprachige Webseite erstellt, die allgemein über Sprachförderangebote im Rhein-Neckar-Kreis informiert. Auf dieser Webseite können Menschen mit Sprachförderbedarf ihr Interesse an einen VwV-Deutschkurs anmelden. Alternativ registrieren Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager dort ihre Klientinnen und Klienten für Sprachkurse. Das System leitet die entsprechenden Daten weiter an das Ausländeramt des Rhein-Neckar-Kreises, wo geprüft wird, ob eine Kursberechtigung erteilt werden kann. Im Anschluss werden die Interessierten an einen wohnortnahen Sprachkursträger verwiesen, der eine Sprachstandserhebung vornimmt und das Ergebnis im System ergänzt. Die Stabsstelle Integration greift auf die Daten der Teilnehmenden zu, um VwV-Kurse oder auch Einzelförderungen planen zu kön-

nen. Ebenso laufen die organisatorische Abwicklung und die Erstellung von Teilnahmelisten und Abrechnung zentral über dieses System. Im Anschluss können die angebotenen Sprachkurse ausgewertet werden.

Durch die digital gesteuerte Vorgehensweise im Anmelde- und Planungsprozess gibt es eine verbesserte Übersicht aller Schritte für beteiligte Akteurinnen und Akteure. Dies vereinfacht die Planung der Regelformate und ermöglicht die Organisation spezifischer Kursformate, die noch stärker auf die individuellen Bedürfnisse bestimmter Zielgruppen ausgerichtet sind.

Mit den geschaffenen digitalen Strukturen wird der Zielgruppe darüber hinaus mehr Selbstbestimmung geboten. Dieser Empowerment-Ansatz ist wichtig, damit Interessierte ihren Integrationsprozess aktiv in die Hand nehmen können. Er ist einer der entscheidenden Vorteile im aktuellen Digitalisierungsprojekt. Personen mit Unterstützungsbedarf können zugleich weiterhin die Anmeldung über betreuende Personen steuern lassen und werden somit nicht benachteiligt. Langfristig werden mehr Interessierte erreicht.

Zusätzlich besteht der Wunsch, über die digitale Sprachkurskoordination Landkreisgrenzen zu überwinden und kreisübergreifende Kurse zu planen. Aufgrund der dadurch erweiterten Zielgruppe werden im Idealfall mehr Sprachkurse angeboten, Fahrtwege für Teilnehmende verkürzt und mehr Spezialformate, wie



Ablauf des digitalen Prozesses bei Sprachkursanmeldung, -planung und -abrechnung

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis



Ziele der digitalen Sprachkurskoordination

Quelle: Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis

beispielsweise berufsbegleitende oder Teilzeitkurse ermöglicht. Das Projekt beinhaltet aktuell eine Kooperation mit dem Neckar-Odenwald-Kreis. Zusätzlich wird die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern angestrebt.

Die Einhaltung des Datenschutzes ist bei personenbezogenen Daten und so vielen beteiligten Akteurinnen und Akteuren eine Herausforderung, der es sich zu stellen gilt. Da diesem jedoch von Anfang an ein großer Stellenwert bei der Konzep-

tionierung eingeräumt wurde, kann mit der Digitalisierung des Prozesses ein Beitrag zur Optimierung geleistet werden. Die Daten werden künftig auf einem sicheren Server gespeichert und sind nach Einwilligung durch die Nutzerinnen und Nutzer nur für die jeweils involvierten Akteurinnen und Akteure einsehbar. Konzipiert wird die Webseite von der Stabsstelle Integration im Landratsamt, während der EBVIT mithilfe der durch das Sozialministerium geförderten Stel-

len die Programmierung übernimmt. Die Digitalisierung der Sprachkurskoordination stellt einen folgerichtigen Schritt in der Digitalisierungsstrategie des Landratsamts dar. Für den Integrationsbereich konnten unter anderem mit der Bildungs- und Beratungsdatenbank für Neuzugewanderte (BuBDa) und der Mobilien Biografie (MoBio – einem Tool für das digitale Integrationsmanagement) wichtige Bereiche digital zugänglich gemacht werden. Die Sprachkurskoordination schließt nun daran an. Wichtig ist dabei stets die gute ämterübergreifende Zusammenarbeit, die eine breit aufgestellte Digitalisierung im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis ermöglicht.

Die Fertigstellung der Erstversion ist vorbehaltlich der pandemiebedingten Entwicklungen bis März 2021 geplant. Ab dann haben alle Interessierten die Möglichkeit sich über VwV-Sprachkurse im Rhein-Neckar-Kreis zu informieren und anzumelden. Darüber hinaus erfolgt anschließend eine Evaluation des Projekts, die anderen Landkreisen zur Verfügung gestellt werden kann.

Elena Albrecht und Julia Matthews arbeiten in der Stabsstelle Integration im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis.

# Gigabit-Internet an rund 70 Schulen im Landkreis verfügbar – Landkreis Vorreiter in Sachen Glasfaserausbau

Von Brigitte Stein, Landkreis Rottweil

Offizieller Projektabschluss mit stellvertretendem Ministerpräsidenten und Innenminister Thomas Strobl sowie Kultusministerin Susanne Eisenmann

Schnelles Internet, leistungsstarke Netze, modernes Lernen – 67 Schulen im Landkreis in kommunaler als auch anderweitiger Trägerschaft wurden seit Ende 2018 bis jetzt im Sommer 2020 mit einem Gigabit-Anschluss ausgestattet.

Die Weichen für den digitalen Wandel werden in den Schulen gestellt. Digitalisierung ist aber ohne Vernetzung und einen leistungsfähigen Zugang zum Internet nicht denkbar. Daher brauchen unsere Schulen schon heute eine gigabitfähige Anbindung an das Internet.

„Der Landkreis hat zusammen mit den Kommunen das Fundament für digitale Bildung an den Schulen gelegt. Für die Schulen im Landkreis bedeuten die superschnellen Netzzugänge einen erheblichen Gewinn, denn die schnelleren Internetanschlüsse ermöglichen ein besseres digital unterstütztes Lernen“, freute sich Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel beim offiziellen Projektabschluss in den Beruflichen Schulen in Rottweil. „Nun gilt es, digitale Anwendungen zu entwickeln und konstruktive und interaktive Lernaktivitäten der Schüler zu unterstützen. Corona hat gezeigt, welche wichtige Bedeutung digitaler Unterricht bekommen kann. Unsere hohen Bandbreiten haben den Belastungstest durch Homeoffice und Homeschooling bestanden. Ich hoffe, dass nun alle Schulträger bzw. Schulen einen Gigabit-Vertrag mit einem Telekommunikationsanbieter abschließen“, so der Landrat weiter.

Der Landkreis gilt als Vorreiter in Sachen Glasfaserausbau, sicher mit ein Grund, dass der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl sowie die Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann es sich nicht nehmen ließen,

an der Feierstunde teilzunehmen. Im Auftrag des Bundes war Tim Brauckmüller, Geschäftsführer der atene KOM GmbH und verantwortlich für das Bundesförderprogramm Breitband zugegen. Mit Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter für die Region Südwest, ist die Deutsche Telekom hochrangig vertreten worden.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl: „Im Landkreis Rottweil machen wir es vor: Gemeinsam mit unseren Schulen zünden wir den Turbo des gigabitfähigen Internets.

Aber auch im restlichen Land kommen wir bei der Anbindung an schnelles Internet ausgezeichnet voran. Schon jetzt konnten wir seit 2016 im Breitbandausbau mehr als 729 Millionen Euro in 2.260 Projekte bewilligen.

Für 2020 legen wir mit einem Förder volumen von 284 Millionen Euro in 349 Ausbauprojekten sogar noch eine Schippe drauf. Damit verdreifachen wir die Investitionen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zeigen wieder einmal: Baden-Württemberg geht voran – Hand in Hand mit seinen Kommunen! Wir investieren damit nachhaltig sowohl in die Innovationskraft unseres Landes, als auch in die Chancen des 21. Jahrhunderts!“

„Für einen digital gestützten Unterricht benötigen wir auch eine entsprechende digitale Infrastruktur. Es ist wichtig, dass

die Schulträger ihrer Verantwortung nachkommen und in den Gigabitabschluss an den Schulen investieren – das Engagement des Landkreis Rottweil ist in dieser Hinsicht vorbildlich“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann. Sie ergänzt: „Die Bedeutung des digitalen Unterrichts wird weiter zunehmen. Leistungsstarkes Internet in den Schulen des Landes schafft für den Unterricht der Zukunft deshalb eine wichtige Voraussetzung“, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann.

Tim Brauckmüller, Geschäftsführer der atene KOM GmbH: „Ich gratuliere dem Landkreis zur erfolgreichen Umsetzung des Breitbandprojektes und dem damit erreichten Meilenstein zu einer vollständigen Glasfasererschließung. Hervorheben möchte ich die Erschließung der Schulen, die bereits jetzt im Wesentlichen mit Glasfasern bis ins Gebäude (FttB) erfolgt. Hierdurch werden die Schulen in die Lage versetzt, die an sie gerichteten Herausforderungen, wie beispielsweise das Homeschooling in Zeiten der Pandemie, zu bewältigen.“

Jürgen Lück, Konzernbevollmächtigter der Telekom, erklärte: „Das Herz der Digitalisierung schlägt lokal – ein flächendeckender Zugang zu hohen Internetbandbreiten stellt dabei den kraftvollen Puls einer jeden Digitalisierung dar. Seit 2016 wurde in Kooperation zwischen dem Landkreis Rottweil und der Telekom ein nahezu flächendeckender Glasfaserausbau umgesetzt, der nun seinen Höhepunkt im Anschluss aller 69 Schulen des Landkreises an das Glasfasernetz findet. Digitalisierung in der Bildung bedeutet: Schulen benötigen schnellstmöglich leistungsfähige Glasfaserverbindungen, damit alle Schüler digitale Endgeräte nutzen können. Klar ist jedoch:

Lehrer brauchen nicht nur breitbandige Anschlüsse in den Schulen, sondern auch Zugriff auf Lernplattformen und die Möglichkeit, Lerninhalte digital zu vermitteln. Hierzu ist eine entsprechende Ausstattung der Schulen mit Endgeräten und Software, digitalen Lehrplänen und laufende Qualifikationsmaßnahmen für die Lehrkräfte notwendig. Sehr gerne unterstützt die Telekom den Landkreis und im Besonderen die Schulen auf Ihrem weiteren Weg der Digitalisierung.“

„Das ist ein wichtiger Meilenstein für die weitere Digitalisierung unserer Schulen. Wir können damit das Lernen mit Gigabit weiter umsetzen“, so die beiden Schulleiter des BSZ Rottweil Ingo Lütjohann und Stefan Steinert übereinstimmend und demonstrierten wie interaktiv das Lernen sein kann.

Rund 1,5 Mio. Euro investierten Kreis und Schulträger, um die Schulen mit einem superschnellem Internetanschluss auszustatten. Bund und Land haben diese Initiative mit insgesamt 70 % gefördert (Bund 50 %, Land 20 %).

Mit dem Projektabschluss „Schulen ans Glasfaser“ kann der Kreis seine schon jetzt sehr gute digitale Infrastruktur – bereits heute können mehr als 96 % aller Haushalte und Unternehmen mindestens 50 Mbit/s, 89 % mindestens 100 Mbit/s und 77 % mindestens 200 Mbit/s nutzen – hinsichtlich der Digitalisierung in der Bildung auf eine neue Ebene heben und mit Blick auf den Digitalpakt Schulen zukunftsfähige digitale Bildungsstrukturen nahezu übergangslos aufsetzen.

Allein für die Kreisschulen können über den DigitalPakt Schule und weitere Förderprogramme rund 2,7 Mio. € in die weitere digitale Ausstattung der Schulen fließen.

Die Anbindung der Schulen ans Netz der Zukunft hat die Telekom mit drei Baufir-



**Feierten den Gigabitanschluss an den Schulen im Landkreis Rottweil, v.l.n.r.: Landrat Dr. Wolf-Rüdiger Michel, ateneKOM-Geschäftsführer Tim Brauckmüller, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, Konzernbevollmächtigter der Telekom Jürgen Lück, stellv. Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl, Schulleiter Ingo Lütjohann**

Quelle: ateneKOM

men in sieben Ausbauclustern vollzogen. Baubeginn war Ende April 2019. Das Unternehmen hat insgesamt 25 Kilometer Glasfaserkabel dafür verlegt. Auf einer Länge von fast zehn Kilometern waren Tiefbaumaßnahmen notwendig. Insgesamt hat die Telekom die Schulen über 54 moderne Straßenverteiler (graue Kästen am Straßenrand) angebunden.

Der Landkreis und die Deutsche Telekom konnten beim Ausbau der Schulen auf den bereits vollzogenen Netzausbau anknüpfen. Innerhalb von nur knapp 24 Monaten hat die Telekom bis Anfang 2018 kreisweit nahezu alle Haushalte und Unternehmen mit hohen Bandbreiten erschlossen.

Damit gehört der Landkreis Rottweil zu den ersten Landkreisen in Baden-Württemberg, in dem fast allen Bürgerinnen und Bürgern sowie den ansässigen Unternehmen kreisweit ein schnelles Datennetz zur Verfügung steht und in dem alle Schulen an Highspeed-Internet angebunden sind.

Der Landkreis Rottweil betreibt den Ausbau von schnellem Internet ent-

schlossen weiter. Bund (27 Mio. €) und Land (21,6 Mio. €) stellen weitere Fördermittel von 48,6 Mio. € (Investitionsvolumen insgesamt rund 54,1 Mio. €) für die Breitbandversorgung von unterversorgten Gebieten, das sind Gebiete mit bislang weniger als 30 Mbit/s Bandbreite, zur Verfügung. In diesem Zug sollen kreisweit rund 1.100 unterversorgte Haushalte und 1.500 Unternehmen in förderfähigen Gewerbegebieten mit gigabitfähigen Netzstrukturen ausgebaut werden.

Eine zukunftsfähige Netzinfrastruktur ist von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität einer Region und ihre Bürgerinnen und Bürger sowie ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen.

Brigitte Stein leitet die Pressestelle im Landratsamt Rottweil.

# Digitalisierung im Bildungsbereich im Landkreis Schwäbisch Hall

Von Maren Laudien, Landkreis Schwäbisch Hall

Die Schulen unter der Trägerschaft des Landkreises Schwäbisch Hall beschäftigen sich seit einiger Zeit mit der Implementierung von Digitalisierungsprozessen im Unterricht und Schulalltag. Der Landkreis ist sich sicher, die neuen Elemente der Digitalisierung werden die schon bestehenden Lehrmethoden entscheidend erweitern und diese als Leitmethoden ablösen.

Beim *Kreismedienzentrum Schwäbisch Hall* wird das Beratungsangebot durch Makerspaces erweitert.

Neben Lesen, Rechnen und Schreiben wird Medienbildung zwischenzeitlich als vierte Kulturtechnik bezeichnet. Die Leitperspektive Medienbildung mit ihrem fächerintegrativen Ansatz ist in unserer sich zur Mediengesellschaft entwickelnden Gesellschaft also folgerichtig und wichtig.

Im Hinblick auf die spätere Teilhabe an einer digitalisierten Gesellschaft stellt sich die Frage, welche Kompetenzen bei den Schüler(inne)n in der Schule anzubahnen sind. Die Kompetenzen aus der Leitperspektive Medienbildung sind nachfolgend aufgelistet und werden mit der Arbeit im Makerspace größtenteils abgedeckt.

- Kritisches Denken = Mediengesellschaft & Medienanalyse / Jugendmedienschutz
- Kommunikation und Kollaboration = Kommunikation und Kooperation
- Kreativität = Produktion & Präsentation
- Information und Wissen
- Informationstechnische Grundlagen

Makerspaces bieten einen idealen Lernort, um die zuvor beschriebenen Kompetenzen für eine Teilhabe an einer digitalisierten Gesellschaft anzubahnen. Dies ist auf die speziellen Arbeitsformen

(Design Thinking, Prototyping-Prozesse) und die vorhandenen technischen Möglichkeiten zurückzuführen.

Der Makerspace als Arbeitsraum mit informellen Lerngelegenheiten, als Lernraum für Kinder und Jugendliche sowie als Raum für formale Weiterbildung sind die drei Varianten, die sich in Bezug auf die Didaktik unterscheiden lassen.

Je nach Variante stehen unterschiedliche Lernziele, Inhalte, Organisationsformen und Methoden im Vordergrund. Wissen und Ideen bleiben hierbei nicht abstrakt, sondern werden durch den Einsatz von digitalen Hilfsmitteln wieder greifbar.

Mit der Etablierung von Makerspaces an Medienzentren können sie zur Anlaufstelle für Bildungseinrichtungen des Landkreises werden. Durch die eingehende Beschäftigung und mit den selbst gemachten Erfahrungen der Mitarbeiter/innen, kann eine qualifizierte Beratung zur Geräteausstattung gegeben werden.

Die Medienzentren bieten Schulungen und Workshops für die Schulen im Kreis an und nehmen dabei die innovative Arbeit mit neuen digitalen Medien in den Fokus.

Mit der Einrichtung von Makerspaces entsteht ein Lernraum für Lehrer/innen und Schülergruppen, in dem diese Aufgaben an den Medienzentren weiterhin wahrgenommen werden kann.

Es ist davon auszugehen, dass ein erhöhter Schulungsbedarf in den Lehrerkollegien entsteht, sobald die Umsetzung des DigitalPakts Schule abgeschlossen ist. Nach der Einrichtung einer grundlegenden Infrastruktur, werden sich die Schulen mit weitergehenden, auch berufstypischen, digitalen Arbeitsgeräten beschäftigen müssen. Dies gilt vor allem dann, wenn sie der übergeordneten Forderung des Bildungsplans

nachkommen wollen, die Schülerinnen und Schüler auf das spätere (Arbeits-) Leben vorzubereiten. Die Medienzentren können als regionale Unterstützungssysteme hierzu dann ihre bereits erworbene Kompetenz zur Verfügung stellen. Für kleinere Lerngruppen bieten die Medienzentren einen Ort außerhalb der Schule, an dem sie zusammen mit der Lehrkraft einen Raum für handlungsorientierte Medienpädagogik vorfinden. Es ist hier bereits ein ideales „Setting“ vorhanden, um einen explorativen Zugang zu neuen Technologien zu ermöglichen.

Erfahrungen in Makerspaces zeigen, dass durch die praktische Anwendung und Erprobung informatischen Wissens – unterstützt durch den Einsatz von Robotern oder die Programmierung von Mikrocontrollern – auch vermehrt Schülerinnen erreicht werden können, die sonst häufig in diesem Bereich unterrepräsentiert sind.

An den Makerspaces der Medienzentren soll auch die Möglichkeit bestehen, zu bestimmten Zeiten oder vereinbarten Terminen eine Nutzung für Schüler/innen zu ermöglichen. Dies setzt voraus, dass diese zuvor Schulungen zum ordnungsgemäßen Betrieb der digitalen Hilfsmittel besucht haben.

Die Medienbildung zeigt sich einmal mehr als Querschnittsthema, welches sich im schulischen Bereich durch alle Fächer zieht. Für die Medienzentren sind Makerspaces ein weiteres Handlungsfeld, um einen sachgerechten sowie pädagogisch sinnvollen Einsatz von digitalen Medien im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich zu fördern. Mit der Unterstützung der Landkreise als Träger, können die Medienzentren somit weiter gestärkt und systematisch weiterentwickelt werden.

Die *Fröbelschule Ellrichshausen* (SBBZ mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) hat schon im Schuljahr 2015/16 begonnen, strukturiert die Ausstattung und Verwendung digitaler Medien weiterzuentwickeln. Ein Medienentwicklungsplan bildete die Grundlage für die Umsetzung der Vorhaben und wurde im Zuge des Digitalpaktes 2019/20 aktualisiert. Zu Beginn der Planung im Jahr 2015 war die Ausstattung mit digitalen Medien sehr verschiedenartig. Der Wartungsaufwand war dadurch immens. Mit Unterstützung des Schulträgers, des Landkreises Schwäbisch Hall, begann die Fröbelschule mit einer Medienentwicklungsplanung. In pädagogischen Konferenzen entwickelte die Lehrerschaft eine Konzeption, wie und wofür Medien im Unterricht eingesetzt werden sollen. Daraus wurde ein Ausstattungskonzept abgeleitet. Während dieser Phase der Planung wurde die Fröbelschule von den Beratern des Kreismedienzentrums Schwäbisch Hall begleitet. Die Entscheidung fiel auf eine Ausstattung mit iPads, da die intuitive Bedienung der Geräte mittels Fingertippen und -gesten für die Schülerschaft der Fröbelschule sehr geeignet erschien. Zuerst wurde ein WLAN sowie ein Server zur Steuerung und Verwaltung (macmini mit Jamf als Steuerungssoftware) eingerichtet. In mehreren Tranchen wurden die iPads und auch mehrere WLAN-Drucker beschafft. In einer späteren Ausbaustufe sollten Bildschirme als Anzeigegeräte hinzukommen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen dauerte von Anfang 2017 bis Frühjahr 2018. Die Ausstattung mit Bildschirmen erfolgte dann Ende 2019 im Rahmen des Digitalpaktes. Zeitgleich hierzu wurde die nötige Erneuerung der Wandtafeln durchgeführt. Seither gab es mehrere schulinterne Fortbildungen, in denen die Grundlagen der Arbeit mit iPads, einzelne Apps, das Verbinden des iPads mit dem Bildschirm oder auch Einsatzmöglichkeiten im Unterricht vorgestellt und geübt wurden. Im schuleigenen App-Store stehen viel-

fältige Apps zur Verfügung. Die Einsatzmöglichkeiten dieser Apps reichen vom Üben der Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen über Wortschatzarbeit und Mediennutzung bis hin zur gezielten Förderung bestimmter Bereiche wie Feinmotorik, logisches Denken, Konzentration, Kommunikation oder Selbstwirksamkeit.

Gerade im Bereich der „Unterstützten Kommunikation“ sind iPads hervorragend einsetzbar. Mittels spezieller Apps (GoTalk Now, Metatalk) und einer Symboldatenbank (Metacom) können nicht-sprechende Kinder und Jugendliche an eine gelingende Kommunikation herangeführt werden. Teilweise werden einzelnen Schülerinnen und Schülern von ihrer Krankenkasse so genannte „Talker“ zur Verfügung gestellt. Die Lehrkräfte können mit den schuleigenen Geräten die Nutzung dieser Talker anbahnen und den Unterricht mit nicht-sprechenden Schülern vorbereiten und gestalten. Mittlerweile nutzen so gut wie alle Lehrkräfte die Möglichkeiten der zur Verfügung stehenden digitalen Medien. Je nach Bedarf innerhalb der Klasse werden die Geräte in individueller Weise und unterschiedlichem Umfang angewandt. Das System läuft stabil und soll schrittweise durch weitere Elemente erweitert werden.

Die *Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall* plant und realisiert als zentrales Element eines Konzepts eine technische Ausstattung, die neben herkömmlichen Werkzeugen, wie Tafel, Flipcharts etc. vor allem auf einen hochleistungsfähigen und nachhaltigen Laser-Beamer, einem entsprechenden Soundsystem und einer hochwertigen Projektionsfläche in Form einer fest installierten Leinwand als Ausgabekomponenten basiert. Dieser Ansatz ermöglicht eine flexible Verwendung von verschiedenen digitalen Quellen, die nach dem jeweils aktuellen Stand der Technik ergänzt oder erneuert werden können und über ein Medienpult in Verbindung mit einem hochwertigen und einfach zu bedienenden „Umschalt-panel“ gesteuert werden können. Ent-

sprechend dem aktuellen Stand der Technik setzt die Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall im Moment auf Dokumentenkameras, Notebooks und einen „Apple-TV“. Darüber hinaus werden alle Lehrerinnen und Lehrer mit iPads ausgestattet. Diese heben sich derzeit durch eine deutlich vereinfachte Administration und Einbindung in das Schulnetz von aktuellen Konkurrenzprodukten ab. Die Vorteile einer solchen „modularen Bauweise“ sind zum einen, dass das Konzept die Möglichkeit von vielfältigen verschiedenen Lern- und Arbeitsarrangements gewährleistet. Zum anderen ist die Möglichkeit eines Austauschs von vergleichsweise günstigen Einzelkomponenten nach dem jeweiligen Stand der Technik weitaus nachhaltiger und über Jahre hinaus flexibel, als bei der Fokussierung auf ein zentrales Medium. Für ein flexibles Unterrichtsarrangement bedarf es eines zeitgemäßen, schnellen Internetzugangs über ein flächendeckendes WLAN-Netz, das gleichermaßen zuverlässig wie sicher und für alle am Unterrichtsgeschehen Beteiligten verfügbar ist. Die Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall erreicht dies über einen sogenannten „Radius Server“, über den sich die Schülerinnen und Schüler mit jedem beliebigen Endgerät (auch mit Privatgeräten) über ihren Schul-Account anmelden können. Dies gewährleistet die Rückverfolgbarkeit über die Schul-Firewall und bietet somit Sicherheit vor Missbrauch des Schul-WLANs. Der Vorteil einer solchen Lösung besteht darin, dass nicht an alle 1600 Schülerinnen und Schüler Endgeräte ausgegeben werden müssen und trotzdem die Möglichkeit der Internetnutzung während des Unterrichts (z.B. durch ein Smartphone) gewährleistet ist. Darüber hinaus hält die Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall ausreichend iPads in Form von Klassensätzen vor, um Schülerinnen und Schüler bei Bedarf sowohl langfristig (über ein Ausleihsystem) aber auch kurzfristig (in einzelnen Unterrichtsstunden) ausstatten zu können. So ist gewährleistet, dass

alle am Unterrichtsgeschehen Beteiligten jederzeit über entsprechende Recherche-, Arbeits- und Lernmöglichkeiten verfügen. Ein erfolgreicher Unterricht in diesem Sinne ist – das hat nicht zuletzt die Corona-Krise gezeigt – grundsätzlich auch auf eine effiziente und funktionierende Kollaboration und Kommunikation angewiesen. Die Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall hat als weiteren wesentlichen Baustein auf dem Weg zur Digitalisierung hierzu mit der auf den eigenen Servern gehosteten Kollaborationsplattform „Next-Cloud“ ein hilfreiches und modernes Werkzeug implementiert, das die Kommunikation und den Datenaustausch sowohl zwischen der Lehrerschaft, als auch zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern sicher und zielgerichtet gewährleistet. Eine solche Idee von Unterricht und Schule und eine dementsprechende technische Ausstattung setzt nicht zuletzt natürlich auch eine umfassende fachliche, pädagogische und medienpädagogische Befähigung der Lehrerinnen und Lehrer voraus. Hierzu hat die Gewerbliche Schule Schwäbisch Hall die notwendigen Fortbildungsbedarfe ermittelt und ein Fortbildungskonzept entwickelt, das sicherstellt, dass die Lehrerinnen und Lehrer perspektivisch in der Lage sind, das Unterrichtsgeschehen sowohl fachlich, wie auch pädagogisch, sinnvoll und zeitgemäß zu gestalten. Die *Gewerbliche Schule Crailsheim* ist derzeit mit Digitalisierungsprojekten in fünf Bereichen aktiv: Die Lernfabrik 4.0 stellt seit mehreren Jahren einen Schwerpunkt

von digitalisiertem Unterricht dar, wobei hier digitale Strukturen sowohl Mittel als auch inhaltlicher Gegenstand des Unterrichts sind. Zentral ist dabei die Vermittlung von digitalen Steuerungsprozessen in der Industrie. Im Bereich der Fahrzeugtechnik sind digitale Diagnoseverfahren und Einstellung digitaler Assistenzsysteme in zunehmendem Maße Unterrichtsgegenstand und Dank einer modernen Laborausstattung umsetzbar. SPS-Programmierung und 3D-Zeichnung und –Druck sind mittlerweile in vielen Ausbildungsgängen und Schularten Unterrichtsinhalt.

Intern wird die Arbeit innerhalb der Schulleitung sowie zwischen Schulleitung und Lehrerschaft ab dem kommenden Schuljahr intensiv auf digitalen Kommunikationsformen umgesetzt. So wird die Arbeit der Fachschaften, aber auch schulinterner Organisationseinheiten wie Arbeitsschutzausschuss, Personalrat oder Fortbildungskoordination um digitale Strukturen ergänzt. Das bereits vorhandene digitale Schulhandbuch wird ebenfalls in diese Struktur eingebunden.

Die IT-Struktur wird permanent nach Bedarf und Stand der Technik nachhaltig weiterentwickelt. Durch den Digitalpakt und den damit erarbeiteten Medienentwicklungsplan hat dieser Prozess eine neue Dynamik erfahren. Die WLAN-Abdeckung in den fünf Schulgebäuden ist auf einem hohen Niveau und das Raumkonzept für digitalen Unterricht mittlerweile nahezu durchgängig umgesetzt. Das hat auch eine rasche Umstellung

des Unterrichts während der Schulschließung bzw. der Teilschließung auf Hybridunterricht nach vorliegendem Stundenplan ermöglicht.

Die Corona-Krise hat die Notwendigkeit eines kompletten oder hybriden Unterrichts über digitale Strukturen vor Augen geführt. Die Gewerbliche Schule Crailsheim hat eine solche Struktur im vergangenen Schuljahr aufgebaut und kann diese für den Unterricht nutzen. Jede Schülerin und jeder Schüler ist mit einem eigenen Account in diese Struktur eingebunden. Für jedes Fach finden sie ein von der Lehrkraft eingerichtetes digitales Raum vor, in dem sowohl Unterricht über eine Konferenz gehalten werden kann, aber auch übersichtlich und vielfältig strukturiertes Unterrichtsmaterial und individuelle oder kooperative Aufgabenbereiche zur Verfügung stehen. So kann der Unterricht um eine digitale Komponente ergänzt werden.

Die umfassende IT-Struktur und der damit mögliche digitalisierte Unterricht benötigt einen optimalen Support, den die Schule mit Bordmitteln nicht gestalten kann. Ziel ist es, neben externen Dienstleistern für umfassende IT-Entwicklungsprojekte, einen internen IT-Support mit sehr kurzen Reaktionszeiten für die zuverlässige Funktion der IT-Struktur und der Endgeräte im Hause zu haben.

---

Maren Laudien ist Amtsleiterin der Kreiskämmerei im Landratsamt Schwäbisch Hall.

## Landkreis Sigmaringen zentralisiert IT-Services der Schulen

Von Claudia Baur, Landkreis Sigmaringen

Der Landkreis Sigmaringen ist Träger von fünf beruflichen Schulen und zwei Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, die sich auf die beiden Standorte Sigmaringen und Bad Saulgau verteilen. Die IT-Abteilung des Schulträgers widmet sich seit zwei Jahren der Aufgabe, die in Jahrzehnten individuell gewachsenen IT-Infrastrukturen der Schulen zu modernisieren. Die Mittel aus dem DigitalPakt Schule helfen bei der Finanzierung.

„Zentralisierte IT-Services“ sind das Ziel, das bis zum Jahr 2022 erreicht werden soll. Im Prinzip geht es darum, für die beiden Schulstandorte in Sigmaringen und Bad Saulgau zwei Kern-Infrastrukturen aufzubauen, über die alle IT-Services abgebildet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, musste zunächst die Glasfaserversorgung am Standort Bad Saulgau vorangetrieben werden. Diese wurde im Frühjahr 2020 in Betrieb genommen. Gleichzeitig wurde die Glasfaser-Infrastruktur am Standort Sigmaringen auf 10 GBit aufgerüstet.

Weitere Projekte zur Zentralisierung sind bereits in der Beschaffungsphase. Hierbei geht es darum, neue Server zu

beschaffen und die Serverlandschaft an jedem Standort vollkommen neu aufzustellen. In Sigmaringen wird ein gemeinsamer Storage bzw. Datenspeicher für zunächst drei der vier ansässigen Schulen (Albert-Reis-Fachschule, Fidelisschule / Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum und Ludwig-Erhard-Schule / Kaufmännische Schule) im Landratsamt angesiedelt sein.

Als Mehrwert dieser Maßnahmen erhoffen sich Landkreis und Schulen sowohl eine wesentliche Vereinfachung für die Lehrkräfte vor Ort als auch eine Steigerung der IT-Zuverlässigkeit sowie Kosteneinsparung auf lange Sicht.

Zunächst war angedacht worden, eine externe Beratungsfirma mit der Aufgabe zu betrauen. In mehreren Gesprächen mit den Schulleitungen wurde jedoch deutlich, dass sich die Schulen eine andere Lösung wünschen, die ihre individuellen Bedarfe berücksichtigt. Die Befürchtung der Schulen, nach einem solchen Beratungsprozess wieder alleine dazustehen und der Wunsch nach einer ständigen Ansprechperson beim Schulträger führten dazu, dass der Landkreis eine Stelle für einen IT-Architekten aus-

geschrieben und im November 2018 besetzt hat.

Seit 2017 finden in regelmäßigen Abständen Konferenzen mit den Schulen statt, in denen die Schulleitungen gemeinsam mit ihren Netzwerk-Admins präsent sind und ihre Anliegen mit dem Schulträger und untereinander diskutieren. Stück für Stück werden im Rahmen dieses Prozesses die Zuständigkeiten von Schulträger und Schulen bezüglich der Wartungs- und Fehlerbehebungsaufgaben auf den Prüfstand gestellt und neu geordnet.

Bereits im Jahr 2010 hatte der Landkreis im Rahmen der Digitalisierung drei Berufsschulen in Sigmaringen mit einer gemeinsamen Glasfaser-Infrastruktur untereinander verbunden und mit einer 1 Gbit Internet-Anbindung ausgestattet. Mit den zentralisierten IT-Services befindet sich nun die zweite Stufe der Strategie in der Umsetzung.

Claudia Baur ist Leiterin des Fachbereichs Bildung und Schule beim Landkreis Sigmaringen.

## Digitalisierung im Bildungsbereich im Schwarzwald-Baar-Kreis

Von Heike Frank, Schwarzwald-Baar-Kreis

Nie stand das Thema „Digitalisierung an Schulen“ so im Fokus, wie zur Zeit der Corona-Pandemie. Nachdem Mitte März die Entscheidung gefallen war, die Schulen zu schließen, wurden die Schulleitungen, Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen aller Schularten vor die

Herausforderung gestellt, weiterhin Wissen zu vermitteln bzw. zu vertiefen – ohne Kontakt zu haben. Es galt Wege zu finden, mit Abstand zu kommunizieren, Lernstoff zu vermitteln und praktikable Lösungen zu entwickeln. Nur vereinzelt waren die digitalen Strukturen bereits

vorhanden, um nahtlos mit einem digitalen Unterricht fortzufahren. So stellte sich die Situation auch an den Schulen in Trägerschaft des Schwarzwald-Baar-Kreises dar.

Zwar wurden im Schwarzwald-Baar-Kreis bereits 2016 die Weichen für mehr

Digitalisierung an den Schulen des Landkreises gestellt, indem der Kreistag für dieses Projekt 500.000 Euro als Sondermittel zur Digitalisierung für die Jahre 2017 bis 2020 bereitgestellt hatte. Allerdings haben sich die Herausforderungen in der Anfangsphase der Corona-Pandemie verschärft, insbesondere in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ).

## **Rückblick – Entwicklung der Digitalisierung an Schulen im Schwarzwald-Baar-Kreis vor Corona**

In Kooperation mit der Hochschule Furtwangen wurde das Projekt „Digitalisierung von Schule und Unterricht an den Kreisschulen“ gestartet. Im Frühjahr 2017 fanden die ersten Gespräche und die Projektdefinition mit Vertretern der Hochschule Furtwangen statt, die sich bereit erklärten, an dem Gesamtprojekt zur Digitalisierung von Schule und Unterricht mitzuwirken. Die Hochschule unterstützt und begleitet die Schul-IT der Kreisverwaltung sowohl in der Konzeption wie auch in der Umsetzungsphase. Das Gesamtprojekt wurde dabei in drei Teilprojekte aufgeteilt. Die Arbeitspakete „Breitbandversorgung und IT-Infrastruktur“ sowie „Medienentwicklungspläne und Digitalisierung des Unterrichts“ wurden geschnürt. Das dritte Paket befasst sich mit dem Thema „Digitale Lernumgebung und virtueller Klassenraum“.

„Das Digitalisierungskonzept haben wir zügig mit Pilotschulen umgesetzt. Zum einen wurde dies ab Februar 2017 mit der Albert-Schweitzer-Schule mit den Teil-Projekten ‚WLAN‘ und ‚Breitband‘ realisiert. Zum anderen wurde ab Juli 2017 mit den Gewerblichen Schulen Donaueschingen und den Kaufmännischen- und Hauswirtschaftlichen Schulen Donaueschingen das Teilprojekt ‚Intranet und WLAN‘ durchgeführt“, so die Projektleiterin des Landratsamtes Schwarzwald-Baar-Kreis Melanie Huß.

Im Jahr 2018 standen die Erstellung eines Konzepts für die Medienentwicklungspläne und Baumaßnahmen auf der Agenda. Melanie Huß: „Mit den Medienentwicklungsplänen wird festgelegt, wie die technischen Möglichkeiten die pädagogischen Maßnahmen im Unterricht unterstützen können – getreu dem Leitsatz: Technik folgt der Pädagogik.“ Als Pilot wurde an den Gewerblichen Schulen Donaueschingen ein Musterklassenzimmer eingerichtet. „Wichtig ist uns bei diesem Projekt, dass wir eine Standardisierung von digitalen Medien im Unterricht festlegen. Nur so ist es möglich, einen Standard auf andere Schulen zu übertragen, bei dem wir wissen, dass er funktioniert.“

2019 wurden die Medienentwicklungspläne der einzelnen Schulen weiter ausgearbeitet, so dass diese dem Landesmedienzentrum zur Prüfung vorgelegt und die Freigabe von Mitteln aus dem Digitalpakt Schule abgerufen werden konnten. Baumaßnahmen wurden an einem Großteil der Schulen umgesetzt, so dass dort nun die EDV- und Medienverkabelung erneuert ist.

## **Corona-Pandemie: gute Grundlage vorhanden – dennoch weiterhin Herausforderung**

„All diese Maßnahmen waren natürlich eine gute Grundlage, um in der Zeit der Schulschließungen ab Mitte März weiterhin Unterricht anbieten zu können“, berichtet Melanie Huß. Grundlegend ist es eine Herausforderung, die digitalen Medien in den Unterricht zu integrieren. Je nach Schultyp und Ausbildungszielen müssen die Anforderungen stark differenziert betrachtet werden. Besonders deutlich wurde dies in der Corona-Zeit, da hier alle Schularten auf digitale Medien zurückgreifen wollten. Tatsächlich standen bei dem Projekt „Digitalisierung der Schulen“ die beruflichen Schulen im Mittelpunkt der Entwicklung. Aufgrund der Schulschließungen Mitte März hat

sich dies allerdings schlagartig geändert – auch die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sahen im digitalen Angebot eine Lösung. Umso wichtiger ist es, das weitere Ziel der Konzeption des Landkreises zu verfolgen, welches vorsieht, dass eine Standardisierung erreicht wird. Weiterhin schwierig für die Projektumsetzung ist allerdings, dass die digitale Bildungsplattform des Landes derzeit noch nicht verfügbar ist. Zudem hängt der Erfolg der Digitalisierung an Schulen davon ab, ob diese an die Breitbandversorgung angebunden sind.

## **Was die Corona-Pandemie möglich machte: Digitalisierung für Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ)**

Während an den beruflichen Schulen bereits der Grundstein für digitales Lernen gelegt wurde, stellte sich die Ausgangssituation an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) völlig anders dar. Melanie Huß: „Als Schulträger war uns bewusst, dass wir aktiv auf unsere SBBZ zugehen müssen, um gemeinsam mit der Schulleitung kreative Lösungen zu finden. Den SBBZ war ganz klar, dass sie den Kontakt zu ihren Schüler(inne)n aufrechterhalten müssen. Die Frage war, welcher Weg dazu am besten geeignet wäre. Insbesondere bei den SBBZ war das digitale Lernen bisher weniger ein Thema, da die Notwendigkeit vor der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Schulschließung auch weniger Priorität besaß. Umso herausfordernder gestaltete sich deshalb bei diesem Schulzweig ein Lösungsweg.“

Ganz entscheidend für eine Lösung an den SBBZ war, dass die besonderen Anforderungen auch in der virtuellen Welt berücksichtigt werden. „Geistig und körperlich beeinträchtigte Kinder arbeiten mit einem Tablet anders, auch die Lehrer/innen haben andere Herausforderungen zu bewältigen, wenn sie digi-

tale Medien einsetzen“, so Melanie Huß. Im Vergleich zu den beruflichen Schulen ist an den SBBZ viel mehr Nähe zu den Schüler(inne)n erforderlich. Der Frontalunterricht ist geringer, der Anteil des Individualunterrichts hingegen groß. Die einzelnen Schüler/innen werden individuell gefördert. So stellte sich schließlich die Frage, wie die individuelle Betreuung im Rahmen des Unterrichts digital bewerkstelligt und die fehlende Nähe kompensiert werden kann. Zahlreiche weitere organisatorische und inhaltliche Fragen folgten: Wie erhalten alle Schüler/innen die Möglichkeit einen PC nutzen zu können bzw. müssen PCs bereitgestellt werden? Wie können die Schüler/innen trotz der Entfernung dazu motiviert werden, am Monitor zu bleiben? Wie kann das Unterrichtsmaterial digital bereitgestellt werden, wenn es bisher nur in Papierform vorhanden war?

Speziell bei den SBBZ stellte sich schnell heraus, dass nicht nur die Theorie, sondern vor allem die Praxis in eine virtuelle Welt umgesetzt werden muss. Insbesondere der Praxisunterricht mit Physiotherapie, Ergotherapie, und Sprachtherapie, aber auch praktische Dinge wie der Werk- und Sportunterricht waren für die Umsetzung in die digitale Form eine Herausforderung.

An der Christy-Brown-Schule VS-Villingen SBBZ (Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung und Frühberatung) stellte sich das Lehrerkollegium gleich zu Beginn des Lock-Downs die Frage: „Wie kann ein digitales Angebot für unsere Schüler aussehen, welches die Therapeuten für Physiotherapie und Ergotherapie nutzen können?“ Die Entwicklung einer tragbaren Lösung entstand schrittweise. Zunächst wurde über Mails kommuniziert. Schließlich kam zur Kommunikation eine Software zum Einsatz, mit dem Nachteil, dass dann nicht alle Lehrerkollegen erreicht wurden.

Spürbar belastet wurden während dieser Phase die Eltern der körperlich und moto-



An der Christy-Brown-Schule VS-Villingen SBBZ (Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung und Frühberatung) stellte sich das Lehrerkollegium gleich zu Beginn des Lock-Downs die Frage: „Wie kann ein digitales Angebot für unsere Schüler aussehen, welches die Therapeuten für Physiotherapie und Ergotherapie nutzen können?“, v. l.: Kathleen Wekenmann, Marianne Winkler, Schulleiterin, und Melanie Huß, Leiterin Schul-IT, Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis zeigen den Schüler/innen der Christy-Brown-Schule die technische Ausstattung.

risch beeinträchtigten Kinder. „Die Herausforderungen zu Hause waren deutlich höher. Von den Eltern wurde in dieser Zeit wirklich viel abverlangt“, blickt Schulleiterin Marianne Winkler zurück. Kontakt wurde durch die Klassenlehrer gehalten und schon früh die Frage gestellt: „Können die digitalen Medien helfen?“ Die Lösung lag in dem Dreh von Videos, die an die Eltern gesandt wurden. So wurden beispielsweise Hausaufgaben per Film gestellt, bei denen die Kinder angeleitet wurden, wie sie Blumen säen können. Um in Kontakt zu bleiben sandten die Eltern ihre erstellten Videos zurück oder die Kinder produzierten Sprachnachrichten.

Und auch die Bewegung kam nicht zu kurz. Videos mit Fingerspielen, Massagen, die Eltern mit ihren Kindern durchführen konnten, Sporteinheiten, die zum Nachtturnen einladen und Yoga zur Entspannung – die kreativen Möglichkeiten fanden keine Grenzen.

Schwieriger wurde es, als nach den Pfingstferien eine neue Software für die Kommunikation eingesetzt wurde, da die Nutzung komplexer war. Schü-

ler/innen, die digital nicht zu erreichen waren, wurden zunächst per Post bzw. Telefon kontaktiert, um die digitalen Möglichkeiten im Elternhaus zu klären. Erst dann konnten auch dort die Schüler/innen mit den entsprechenden Lern-Apps versorgt werden.

Auch für die Leitung der Carl-Orff-Schule (SBBZ mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und Frühberatung) stand das Kontakthalten zu den Eltern an erster Stelle. Ziel war es, die Schüler/innen weiter unterrichten zu können, wenn auch einige Schüler/innen keine Endgeräte zur Verfügung hatten. Teilweise kam hinzu, dass die Medienkompetenz der Eltern, der Schüler/innen und der Lehrkräfte nicht vorhanden war, so dass die Nutzung einer Videokonferenz für viele eine Hürde darstellte. Hier wurden in kleinen Schritten Lehrkräfte von digitalen erfahrenen Kolleg(inn)en im Umgang mit Videokonferenzlösungen und Chat-Programmen geschult, so dass dies dann an die Schüler/innen und Eltern weitergegeben werden konnte.

Als gut geeignete Unterrichtsbeispiele stellten sich Diktate heraus, die über

Videokonferenzen geführt wurden. Unterrichtet wurde in Blöcken von maximal jeweils einer Stunde, wobei die Schüler/innen leistungsbezogen in Gruppen eingeteilt wurden. Praktische Einheiten stellten die Lehrer/innen mit Bastelvideos bereit.

Am Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum Karl-Wacker-Schule Donaueschingen (Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) wurde festgestellt, dass die Arbeitspakete und Unterlagen für das „Homeschooling“ nur in Papierform vorhanden waren und diese schnellstmöglich auch digital bereitgestellt werden müssen. „Anfangs waren wir bei dieser Aufgabenstellung auf uns allein gestellt, so dass jeder Einzelne das Problem für sich selbst lösen wollte. Das änderte sich dann, so dass nach der ersten Woche ein roter Faden sichtbar wurde, wie wir die Situation lösen können“, erklärt die stellvertretende Schulleiterin Melanie Süvern.

So wurde zügig ein Konzept für Videokonferenzen und den Datenaustausch erarbeitet. Dabei galt es den „Wildwuchs“ eigener Lösungen wieder einzufangen und auf einen einheitlichen technischen Stand zu bringen. „Das Problem war schließlich, dass die Bedienung der Programme seitens der Lehrerschaft unterschätzt wurde. Einige kamen mit den selbst gewählten Produkten nicht klar und die technische Grundlage war dadurch nicht geschaffen, um Schüler in den Unterricht einzubeziehen“, so Melanie Süvern.

Nach der „Chaosphase“ funktionierte schließlich der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften durch Videokonferenzen sehr gut und fast alle Schüler/innen konnten erreicht werden, so dass ein digitaler Unterricht möglich war und Videos produziert wurden.

Schwierig war es wiederum, wenn zwischen Eltern und Lehrern Sprachbarrieren zu überwinden waren. In solchen Fällen war eine digitale Lösung eine zusätzliche Belastung.

Als Fazit zieht Melanie Süvern, dass die Karl-Wacker-Schule gut vorbereitet war und die Phase des „Homeschoolings“ gut bewältigen konnte. Dies sehen auch die Eltern so, die rückmelden, dass in dieser Zeit vor allem der Kontakt zu den Eltern intensiviert und die digitalen Lernangebote wie beispielsweise Lernvideos zahlreich angeboten und effektiv eingesetzt wurden. „Schön, dass Videos zu Verfügung gestellt wurden“, heißt es in einer Rückmeldung beispielsweise. Ein kleiner Wermutstropfen bleibt allerdings, wie das Elternhaus technisch ausgestattet ist: „Wir haben keinen Drucker zu Hause!“, was die Arbeit erschweren kann.

### **Wie es weitergeht: Ausstattung mit mobilen Endgeräten**

Genau hier setzt der Landkreis an. Alle Schulen werden über die verschiedenen Förderprogramme mit mobilen Endgeräten für die Schüler/innen und Lehrer/innen ausgestattet. Vorteilhaft war für den Schwarzwald-Baar-Kreis dabei, dass mit der Medienkonzeption früh begonnen und die Bedarfsermittlungen bereits erhoben waren, so dass die Schul-IT schnell in die Bestellung der Geräte und Umsetzung der einzelnen Projekte einsteigen konnte.

Die Geräte werden je nach Schulzweig unterschiedlich eingesetzt. Grundsätzlich werden die mobilen Endgeräte im Bedarfsfall für das Homeschooling an die Schüler/innen ausgegeben oder im Regelschulbetrieb im Unterricht eingesetzt. Eine Leihvereinbarung regelt dabei die Rahmenbedingungen (z.B. welche Software genutzt werden darf und wer für die Administration der Geräte verantwortlich ist oder Haftungsfragen) für die Zeit der Leihgabe.

Für den Landkreis als Schulträger bedeutet dies, dass nach der Ausstattung mit Geräten Schulungen für Lehrer/innen erforderlich sind. „Vor allem wird dabei eine Grundlagenbildung zum Umgang mit der EDV vermittelt. Hierbei arbeiten

wir von der Schul-IT mit unseren Kolleg(inn)en des Kreismedienzentrums Hand in Hand. Klar ist aber auch, dass es bis zu einem Konzept zum digitalen Unterricht noch ein langer Weg ist“, erklärt Melanie Huß.

Für die beruflichen Schulen des Schwarzwald-Baar-Kreises stehen die pädagogischen Konzepte für den digitalen Unterricht bereits und werden nun weiterentwickelt. Erarbeitet wurde das Konzept schrittweise in mehreren Projekten, wie zum Beispiel dem Projekt: „Unterrichtsinhalte digital gestalten“. Dabei wurde zunächst analysiert, welche Inhalte derzeit im Unterricht behandelt und wie diese dem Schüler vermittelt werden sollen. Dabei wurde stets die Frage gestellt, welche Inhalte digital erarbeitet und welche Inhalte in einer Präsenzphase in der Schule oder durch Videokonferenz vermittelt werden können.

„Dieses Projekt lief bereits vor der Corona-Pandemie und wurde gut umgesetzt. Allerdings wurde die Weiterentwicklung durch die Schulschließungen deutlich beschleunigt. So haben wir zusätzlich gute Erfahrungen mit Lernplattformen gesammelt, indem die Schulen ihren Schüler(inne)n strukturiert die Lerninhalte bereitgestellt haben. Hinzu gekommen ist auch das ‚Videokonferenzunterstützte Lernen‘. Dabei wurden Lerninhalte selbst erarbeitet und dort präsentiert“, erläutert Melanie Huß. Videokonferenzen wurden auf Unterrichtseinheiten mit jeweils 45 Minuten ausgeweitet und mit Einspielungen zum Beispiel im Sprachunterricht mit Lückentexten und der Möglichkeit des Aufrufs einzelner Schüler/innen (Lernkontrolle) ergänzt. Verbesserungsmöglichkeiten sowie Verweise auf Lernplattformen, auf denen die Hausaufgaben hinterlegt wurden, waren möglich. Festzustellen war, dass das digitale Lernen nicht nur eine technische, sondern vor allem – und dies an erster Stelle – eine pädagogische Herausforderung war.

## Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Schulschließungen die Digitalisierung von Schule und Unterricht beschleunigt hat und die Notwendigkeit als dringlicher erachtet wird. Die Umsetzung der Maßnahmen der Medienentwicklungspläne nahm schneller Fahrt auf. Zudem hat sich klar ergeben, dass das pädagogische Konzept auf einen nachhaltigen Einsatz von technischen Geräten im digitalen Unterricht abgestimmt sein muss.

Bei der weiteren Entwicklung des Gesamtprojekts „Digitalisierung von Schule und Unterricht“ ist es zum jetzigen Zeitpunkt wichtig, zu überlegen, wie die Medien nachhaltig eingesetzt werden können. Dabei muss sichergestellt werden, dass auch in den nächsten Jahren das pädagogische Konzept so angepasst

wird, dass die Medien mitwachsen können. Der Grundstein für den digitalen Unterricht wird jetzt durch die Konzepte und die technische Ausstattung gelegt. Es muss in Zukunft möglich sein, darauf aufbauen zu können. Deshalb muss das pädagogische Konzept so entwickelt werden, dass die technischen Medien sinnvoll und nachhaltig zum Einsatz gebracht werden.

### Info:

**Der Schwarzwald-Baar-Kreis ist Träger von zehn beruflichen Schulen und vier Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren:**

Albert-Schweitzer-Schule, VS-Villingen, David-Würth-Schule, VS-Schwenningen, Gewerbeschule Villingen-Schwenningen, Gewerbliche Schulen Donaueschingen, Kaufmännische- und Hauswirtschaftliche Schulen Donaueschingen, Kaufmännische Schulen 1, VS-Villingen,

Landesberufsschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe, VS-Villingen, Robert-Gerwig-Schule Furtwangen, Technisches Gymnasium VS-Schwenningen, Fachschule für Landwirtschaft sowie die Carl-Orff-Schule, VS-Villingen – SBBZ mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und Frühberatung, die Christy-Brown-Schule, VS-Villingen – SBBZ mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung mit Frühberatung, Karl-Wacker-Schule, Donaueschingen – SBBZ mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung und Frühberatung sowie die Klinikschule Bad Dürkheim – SBBZ für Schüler/innen in längerer Krankenhausbehandlung.

Heike Frank ist Pressesprecherin im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.

## Zollernalbkreis: Der Digitalisierung auf der Spur

**Digitale Ausbildung für alle – Neue Wege der Kooperation**

Von Christoph Abt, Pia Beer, Berenike Schuck und Prof. Lutz Sommer

Das Thema Digitalisierung beherrscht seit geraumer Zeit die Diskussion in den Medien. Als Bürger nehmen wir diese Thematik im betrieblichen wie auch privaten Umfeld immer deutlicher wahr. Im privaten Bereich sind das Smartphone, Cloud-basierte Sprachservices wie z.B. Alexa oder Smart Home-Lösungen bereits Bestandteil unseres Alltags. In Betrieben nimmt die Entwicklung ebenfalls Geschwindigkeit auf, sei es in Form von automatisierten Produktionsprozessen bis hin zum papierlosen Büro. Liebgewonnene, traditionelle Geschäftsmodelle – vom Buchhandel bis hin zum Banking - werden unter dem Blickwinkel der Digitalisierung neu gedacht oder gar



Schematische Darstellung des „Zollernalbkonzepts“ als Teilprojekt des Digital Hubs Neckar-Alb und Sigmaringen.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

in Frage gestellt. Neue Geschäftsfelder entstehen.

Diese Thematik erfasst natürlich auch alle Ausbildungsinstitutionen, von der Grundschule über weiterführende Schulen, Hochschulen und berufliche Weiterbildungsinstitutionen.

Verschiedene Bildungsträger im Zollernalbkreis haben sich in einem Netzwerk zusammengeschlossen, um die Ausbildung effizienter und zielgerechter umzusetzen. Die Grundstruktur der Zusammenarbeit wurde unter dem Projektnamen „Zollernalbkonzept“ entwickelt. Als Netzwerkdach des Projekts fungiert der Digital Hub Neckar-Alb und Sigmaringen (mehr Informationen unter [www.dns-hub.de](http://www.dns-hub.de)).

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg hat die Einrichtung regionaler Digitalisierungszentren gefördert – sogenannte „Digital Hubs“ – um ein schlagkräftiges Digitalisierungsnetzwerk aufzubauen. Der „DNS“ (Digital Hub Neckar-Alb und Sigmaringen) ist im Juli 2019 gestartet. Ziel ist es, bestehende Digitalisierungsaktivitäten zu strukturieren und attrak-

tive Angebote für Schüler, Auszubildende, Studierende, Unternehmen und Bürger zu entwickeln.

Im Projekt „Zollernalbkonzept“ werden aktuell Online-Kurse, Online-Seminare und Online-Vorträge zum Thema Digitalisierung angeboten. Hierzu wurde eine entsprechende Homepage <https://digihub.wiw-projekte.de/> eingerichtet, die bereits aktiv genutzt werden kann: Ab Herbst 2020 werden in einer zweiten Phase bei verschiedenen Bildungsträgern interessante Kurse vor Ort angeboten, beispielsweise zu Projektmanagement oder auch Unternehmensgründungen im digitalen Zeitalter, 3D-Druck, Machine Learning und viele mehr.

Allen Veranstaltungsteilnehmern winkt am Ende die Option auf ein Zertifikat, welches den Kenntnisstand in Bezug auf die Digitalisierung dokumentiert.

Dieses „Zertifikatsmodell Digitalisierung“ sieht vor – je nach Ausbildungsstand – verschiedene Grade zu vergeben. Diese Grade reichen vom Beginner-Level für Schülerinnen und Schüler und Studierende bis hin zum Expertenlevel im

Unternehmen. Über diesen Weg fördert das Projekt nicht nur das lebenslange Lernen, sondern auch eine strukturierte, aufeinander abgestimmte digitale Ausbildung der regionalen Ausbildungsträger und leistet so einen Beitrag zur Förderung der Region.

Ein weiteres Plus: Die beteiligten Ausbildungsträger erkennen – gemäß eigenen Regularien – erbrachte Leistungen an den jeweiligen Institutionen an und fördern so eine überschneidungsfreie, aufeinander aufbauende digitale Ausbildung in unserer Region und leisten so einen besonderen regionalen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit in Baden-Württemberg.

Der Kreis der teilnehmenden Institutionen wird kontinuierlich erweitert. Weitere interessierte Unternehmen und Bildungspartner sind im Rahmen des Digital Hub Neckar-Alb und Sigmaringen jederzeit willkommen.

## Digitalisierung der Schulen in Trägerschaft des Zollernalbkreises

Der Zollernalbkreis ist nach zwei Schulfusionen in den Jahren 2019 und 2020 Schulträger von drei beruflichen Schulzentren und drei Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Rund 5.500 Schülerinnen und Schüler besuchen die Schulen in den Mittelzentren Albstadt, Balingen und Hechingen.

Die bereits vorhandenen Konzepte für die Digitalisierung der Pädagogik, Lernkultur und Bildungsziele werden von den Schulen stetig optimiert und weiterentwickelt. Corona hat gezeigt, dass zwar eine gute Basis geschaffen wurde, aber noch Potential nach oben besteht. Im Zeitraum von 2016 bis 2019 hat der Zollernalbkreis in seine Schulen über eine Millionen Euro für die EDV-Ausstattung und Anbindung investiert.

Eines der Leuchtturm-Projekte zum Thema Digitalisierung im Zollernalbkreis ist die Lernfabrik 4.0 an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Balingen. Das vom Land Baden-Württemberg geför-



Bereits jetzt sind zahlreiche Angebote auf der Homepage des „Zollernalbkonzepts“ zu finden – weitere Angebote folgen.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis



Die Lernfabrik 4.0 an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule in Balingen Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

derte 1,2-Millionen-Projekt wurde 2016 eingeweiht und entspricht einer verketteten Produktionsanlage unter Industrie 4.0-Bedingungen. Hier können Auszubildende und Teilnehmende an Fort- und Weiterbildungskursen auf ihre Tätigkeit in der hochtechnologisierten Fertigung vorbereitet werden. Grundlegende Inhalte, die durch die Lernfabrik 4.0 in den Unterricht integriert werden, sind die intelligente Vernetzung von Mensch, Maschine, Werkzeug und Werkstück; die Montage, Inbetriebnahme und Instandhaltung von energieeffizienten Anlagen und Maschinen sowie die Veränderung der Arbeitswelt für den Menschen, zusammengefasst: die Arbeitsgestaltung im digitalen Industriezeitalter. 2017 erhielt die Philipp-Matthäus-Hahn-Schule den Zuschlag für das ebenfalls vom Land geförderte Projekt „Digitalisierung und berufliche Ausbildung“. Die Grundidee hinter diesem Projekt bestand in einer komplexen didaktisch-methodischen Weiterentwicklung durch eine verbesserte Nutzung bestehender digitaler Infrastrukturen sowie durch die Implementierung einer komplexen Lernortkooperation mit innovativen Betrieben in der Region. Im Zentrum des Gesamtkonzepts steht die Lernfabrik 4.0. Durch dieses Projekt sollten gute und nachvollziehbare Zugänge zu den relevanten Technologien für die Schüle-

rinnen und Schüler geschaffen und dabei sowohl die Lehrkräfte als auch die Ausbilder der beteiligten Betriebe konstruktiv mit einbezogen werden.

Bereits vor den vom Bund und Land ins Leben gerufenen Unterstützungsprogrammen waren die Kreisschulen mit insgesamt ca. 450 Tablets ausgestattet. Im Rahmen von größtenteils geförderten Tablet-Projekten in den verschiedensten Schularten wurde untersucht, auf welche Art und Weise Tablets zur Gestaltung von Lernprozessen eingesetzt werden können.

Die Rückmeldungen sind grundlegend positiv: Die Lehrkräfte sind von dem Potential der Tablets im Unterricht überzeugt. Sie haben einen schnellen Zugriff auf aktuelle Daten, die Tablets bieten umfangreiche Recherchemöglichkeiten und die Selbststeuerung der Schülerinnen und Schüler wird angeregt. Es ist ein niveaudifferenziertes Lernen möglich und die Lerngruppen können mittels Moodle gemanagt werden. Auch die Schülerinnen und Schüler zeigen sich sehr zufrieden, dass sie beispielsweise spielerisch in bestimmten Apps Vokabeln lernen können und Fachbegriffe schnell und unkompliziert erklärt bekommen.

Die Grundvoraussetzung für die Nutzung von digitalen Endgeräten im Unterricht ist die Ausstattung in den Klassenzimmern. In den beruflichen Schulzent-

ren in Trägerschaft des Zollernalbkreises sind bereits alle Klassenzimmer mit Dokumentenkameras und Beamern ausgestattet. Diese Ausstattung wird mithilfe der Mittel aus dem DigitalPakt nun auch auf die SBBZen ausgeweitet.

Damit die Betreuung der EDV-Hardware an den Schulen vereinfacht wird, hat der Zollernalbkreis eine zentrale EDV-Beschaffung initiiert. Dabei werden alle drei Jahre die Hälfte aller Geräte ausgetauscht – sie verbleiben somit insgesamt sechs Jahre an der Schule. Dazwischen werden keine Neubeschaffungen durchgeführt. Dies bedeutet, dass sich lediglich zwei verschiedene Rechner Typen an der Schule befinden und die gleichen Images genutzt werden. Durch die europaweite Ausschreibung ergeben sich größere Bestellmengen, die Dienstleistung des Einkaufs, des Austausches und der Grundinstallation kann gebündelt werden.

Aus dem DigitalPakt erhält der Zollernalbkreis 2,3 Millionen Euro für die kreiseigenen Schulen.

Ziele, welche die Kreisschulen mit den Mitteln aus dem DigitalPakt umsetzen wollen sind unter anderem flächendeckendes und stabiles WLAN, übergreifender Tableteinsatz in allen Fachbereichen und Abteilungen der Schulen sowie die Digitalisierung wesentlicher Prozesse des Schullebens (z.B. digitales Tagebuch, Nutzung von Lernplattformen).

Dafür werden auch Kamerasysteme für die Erstellung von Lern- und Erklärvideos angeschafft. Virtual Reality und Augmented Reality sollen ebenfalls im Unterricht eingesetzt werden.

Die über das Sofortausstattungsprogramm erhaltenen 466.000 € werden aktuell dafür genutzt, digitale Endgeräte zu beschaffen, um im Falle einer zweiten Corona-Infektionswelle für den digitalen Unterricht gewappnet zu sein. Dafür wurden bereits über 400 Tablets und Laptops bestellt.

Aufgrund der zunehmenden Anzahl an Geräten, der steigenden Komplexität



Schüler des Beruflichen Schulzentrums in Hechingen arbeiten digital.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

und des Betreuungsaufwandes ist der Zollernalbkreis derzeit an der Einstellung von zwei IT-Fachkräften, die sich um die Betreuung der Schulen kümmern. Die beruflichen Schulen sind an das Glasfasernetz angeschlossen und die zentrale Rechnerinfrastruktur der Schulen wird großzügig verbessert, um den zunehmenden Datenmengen weiterhin gerecht zu werden.

Derzeit wird ein Konzept für die Zentralisierung der „Schul-EDV“ an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule umgesetzt. Von diesem Standort werden auch die anderen Schulen in Kreisträgerschaft betreut. Dies soll die Administration erleichtern, zu Synergieeffekten in der Serverwartung führen und zu einer besseren Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen. Damit sollen die Kreisschulen für den weiteren Ausbau der Digitalisierung gewappnet sein.

### **Kreismedienzentrum Zollernalbkreis stellt Weichen für die Zukunft**

Seit der Schließung des Medienzentrums Hechingen im Februar 2013 ist das Medienzentrum Albstadt flächendeckend für die Bereitstellung von Medien und

Hardware für die Bildungseinrichtungen im gesamten Zollernalbkreis zuständig. Die Aufgaben lassen sich jedoch nicht nur auf den Verleih unterschiedlicher Medien reduzieren, es werden zudem verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten angeboten, die alle schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen im Zollernalbkreis in Anspruch nehmen können.

In den kommenden Monaten werden im Kreismedienzentrum Zollernalbkreis die Strukturen für eine Neuausrichtung geschaffen. Das vom Landratsamt unterhaltene Medienzentrum wird im Zuge der Neuausrichtung zum Leuchtturm für digitale Schule und Bildung im Zollernalbkreis. Neben der Erweiterung der Geräteausstattung und des Filmangebots werden auch räumlich und personell neue Möglichkeiten geschaffen. Dabei spielen gemäß der Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ Nachhaltigkeit und Innovation eine zentrale Rolle. Im kommenden Jahr werden die Räumlichkeiten des Kreismedienzentrums in den Albstädter Teilort Tailfingen verlagert. Mit der Technologiewerkstatt als neuen Nachbarn gewinnt das von Christoph Abt geleitete Medienzentrum einen neuen Partner, der seit Jahren für

technologische Bildung in der Raumschaft Albstadt steht. Getreu dem Motto „Zukunft durch Bildung“ ist aus einem einzelnen Kurs in der Technologiewerkstatt mittlerweile ein ganzes Programm für technologische Bildung entstanden. In enger Zusammenarbeit mit dem Naturwissenschaftlich-Technischen Stützpunkt Albstadt (NTS Albstadt) profitieren dort inzwischen viele Schülerinnen und Schüler von einem vielfältigen Angebot. Das Programm reicht vom Kreativ-Kurs mit 3D CAD und Additiver Fertigung über selbstfahrende Autos mit SPS und Mikrocontrollern bis hin zur Programmier-AG für Apps, Lego Mindstorms und Fischertechnik.

Ziel der räumlichen Verknüpfung ist es, die Kurse der Technologiewerkstatt sowie die kommenden Angebote des Kreismedienzentrums künftig unter einem Dach stattfinden zu lassen. Durch die Verbindung der beiden Fachinstitutionen für schulische und außerschulische Bildung wird in Tailfingen ein Zentrum für digitale Bildung im Zollernalbkreis entstehen, in dem alle Partner ihre jeweiligen Erfahrungen und Experten miteinbringen und an einer engen Verknüpfung zwischen Schule und Wirtschaft im Zollernalbkreis arbeiten. Für das kommende Kalenderjahr wurden vom Landkreis zwei weitere Personalstellen für das Kreismedienzentrum geschaffen.

In dem umfangreichen und sich ständig weiterentwickelnden Feld Jugendmedienschutz ist es wichtig, Kindern und Jugendlichen Orientierung und Hilfestellungen zu bieten. Ein pädagogischer Mitarbeiter wird in schulischen und außerschulischen Workshops aktuelle Themen rund um den Jugendmedienschutz aufgreifen und im gesamten Zollernalbkreis ein verlässlicher Ansprechpartner sein.

Weiterhin soll die Ausbildung zu Schüler-Medienmentoren durch den neuen Mitarbeiter im Kreis verankert und durchgeführt werden. Diese Ausbildung bietet Schülerinnen und Schülern die

Möglichkeit, sich aktiv an ihrer Schule einzusetzen und ihr erworbenes technisches Know-how sowie Wissen über die Medienwelt und den verantwortungsvollen Umgang mit Medien und Sozialen Netzwerken mit anderen zu teilen. Nach der Devise „Bei den Jüngsten anfangen und bei den Älteren nicht aufhören“ sollen zudem in einem Senioren-Medienmentoren-Programm ältere Menschen weitergebildet werden, mit dem Ziel, ihr Wissen an andere Seniorinnen und Senioren in ihrem direkten Umfeld weiterzugeben.

Als weiterer Baustein wird durch den pädagogischen Mitarbeiter eine Computerspielschule eingerichtet, in der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern sowie Pädagogen gefördert wird, Vorurteile abgebaut und kreative und vor allem eigenverantwortliche Handlungsstrategien bei der Nutzung von Online-, Computer- und Konsolenspielen aufgezeigt werden.

Die weitere geschaffene Stelle eines technischen Mitarbeiters im Kreismedienzentrum spielt eine zentrale Rolle beim Support von Schulen, Städten und Gemeinden im Zollernalbkreis. Durch den DigitalPakt und das Sofortausstattungsprogramm erhöhen viele Schulen ihren Bestand an digitalen Endgeräten massiv. Der technische Mitarbeiter wird

bei der Administration von Endgeräten beraten und bei einem möglichst reibungslosen und schnellen Einsatz der Geräte unterstützen können.

Mehrere Schulungs- und Besprechungsräume in unterschiedlicher Größe die gemeinschaftlich von Kreismedienzentrum, Technologiewerkstatt und NTS Albstadt genutzt werden, bieten genügend Platz für die vielfältigen Angebote und Workshops. In den modern und innovativ ausgestatteten Räumen können Lehrkräfte alle Möglichkeiten der Digitalisierung für ein Klassenzimmer der Zukunft sehen, ausprobieren und die jeweiligen Vor- und Nachteile gemeinsam mit den Beratern des Medienzentrums ausloten. Ebenso wird sich die Möglichkeit bieten, offizielle Lehrerfortbildungen zum Thema Digitalisierung in den neuen Räumlichkeiten durchzuführen.

Ein weiteres Highlight wird der vom Kultusministerium geförderte Makerspace bilden. Sein Ziel ist es, den Einsatz von 3D-Druckern, 360°-Kameras und Systemen für die Schaffung und Abbildung von virtuellen Realitäten zu erproben und die Integration dieser neuen Technologien in Unterricht und Schule zu unterstützen.

Gemeinsam mit der im Bildungsbereich sehr erfahrenen Firma Create 3D werden mehrere 3D-Drucker und VR/AR-Uten-

silien mit zugehörigen Rechnern angeschafft, die das Herzstück der neuen Räumlichkeiten bilden werden. Zusammen mit weiteren Kooperationspartnern, wie zum Beispiel der Hector Kinderakademie und regionalen Unternehmen und Start-Ups werden hier regelmäßig Kurse für Kinder und Jugendliche angeboten. Dabei werden regionale Besonderheiten der Zollernalb genutzt und mit Hilfe von 3D-Druck und VR/AR für die Kinder und Jugendlichen greifbar und erlebbar gemacht.

Gemeinsam wird ein einzigartiges Bildungsprogramm geschaffen, um junge Menschen für Technik zu begeistern und als Fachkräfte von morgen mit unseren regionalen Unternehmen zu verknüpfen und dadurch in der Region zu halten und diese zu stärken.

---

Christoph Abt ist Leiter des Kreismedienzentrums im Zollernalbkreis. Pia Beer ist Mitarbeiterin im Landratsamt Zollernalbkreis und zuständig für Digitalisierung. Berenike Schuck leitet das Sachgebiet Kreisschulen im Landratsamt Zollernalbkreis. Prof. Lutz Sommer lehrt an der Fakultät Engineering der Hochschule Albstadt-Sigmaringen.

# Inspektor/in in der Landwirtschafts- verwaltung im Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung – für den Landkreis vielseitig ausgebildet

Von Mareike Schubert, Hanna Bär und Christine Dürmuth

Nach der Ausbildung für den gehobenen landwirtschaftstechnischen Dienst in der Landwirtschaftsverwaltung Baden-Württemberg im Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung sind die Inspektor(inn)en optimal ausgebildet für ihren Einsatz an den unteren Landwirtschaftsbehörden (ULBen). Sie sind Experten im Verwaltungshandeln, beraten landwirtschaftliche Betriebe und wirken bei der Ernährungs- und Verbraucherbildung mit.

Berufsständisch vertreten werden die Inspektor(inn)en im Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung vom Verband der Lehr- und Beratungskräfte für Haushalt und Verbrauch im Ländlichen Raum e. V. (vlb).

Dieser Beitrag gibt einen Einblick in die Ausbildungsinhalte und Tätigkeitsgebiete von Inspektor(inn)en aus dem Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung.

„Das Inspektoriat hat mich optimal für die Tätigkeiten im Bereich Hauswirtschaft und Ernährung sowie verschiedene Verwaltungstätigkeiten am Landwirtschaftsamt vorbereitet. Ich finde es toll, hier das Thema Ernährung mit der landwirtschaftlichen Produktion und deren Verwaltung zu verknüpfen und die Themen den Verbraucher(inne)n nahezubringen“, berichtet eine Inspektorin begeistert.

Für das Inspektoriat bringen die Anwärter/innen ein Diplom- oder Bachelorabschluss einer Hochschule im Studienfach Ökotrophologie oder inhaltlich

gleichgestellten Studienfächern sowie eine zwölfmonatige berufspraktische Tätigkeit mit, welche mindestens sechs Monate auf einem landwirtschaftlichen Betrieb stattfand.

Im Inspektoriat erwerben die Anwärter/innen umfassendes Wissen im Verwaltungshandeln mit den dazu nötigen rechtlichen Kenntnissen. Des Weiteren wird ihnen die fachliche Kompetenz für die Beratung von landwirtschaftlichen Betrieben samt den erforderlichen betriebswirtschaftlichen Kenntnissen und Kommunikationsfähigkeiten vermittelt. Darüber hinaus gehören die Organisa-

tion und Durchführung von Veranstaltungen und Vorträgen zu den Ausbildungsinhalten.

Nach dem Inspektoriat sind die Anwärter/innen des Schwerpunktgebiets Haushalt und Ernährung fachlich und methodisch gut ausgebildet für die Gestaltung und Mitwirkung bei den Aufgaben des Fachbereichs Hauswirtschaft und Ernährung an den ULBen. Sie ergänzen sich als Angestellte oder Beamte/Beamtinnen im gehobenen Dienst optimal mit den dort tätigen Kolleg(inn)en des höheren Dienstes sowie den landwirtschaftstechnischen Lehr- und Beratungskräften.

Zu den Fachaufgaben des Bereichs Hauswirtschaft und Ernährung an den ULBen gehören:

- Ernährungs- und Verbraucherbildung im Rahmen der Ernährungsinitiativen „MACH'S MAHL“ und „BeKi – Bewusste Kinderernährung“ des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR)
- Steuerung und Organisation der Fachklassen Hauswirtschaft an den Fachschulen für Landwirtschaft



Das Inspektoriat – so vielseitig wie der Beruf.



Quelle: LEL

- Unterricht an den Fachschulen für Landwirtschaft
- Ausbildungsberatung in den Berufen der Hauswirtschaft
- Koordination und Umsetzung der Landesinitiative „Gläserne Produktion“ sowie des Landesprojektes „Lernort Bauernhof“
- Beratung von haus- und landwirtschaftlichen Betrieben im Bereich Diversifizierung/Einkommensalternativen wie Agrotourismus, Direktvermarktung und Bauernhofgastronomie
- Berufliche Erwachsenenbildung in den Themenfeldern nachhaltiges Haushalten und Gärtnern, Hygiene, Diversifizierung sowie im Rahmen des EU-Förderprogramms „Innovative Maßnahmen für Frauen im ländlichen Raum“

Darüber hinaus können die Inspektor(inn)en weitere Verwaltungstätigkeiten in der Landwirtschaftsverwaltung ausführen, wie z.B. die Bewilligungsfreigabe im Gemeinsamen Antrag, das

Genehmigungsverfahren nach dem Grundstücksverkehrsgesetz oder Stellungnahmen im landwirtschaftlichen Baurecht.

Das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz bildet kontinuierlich Inspektorenanwärter/innen aus. Die 16-monatige Laufbahnausbildung startet jedes Jahr im November. Eines der Schwerpunktgebiete ist der Bereich Haushalt und Ernährung. Weitere Schwerpunktgebiete sind Landwirtschaft, Obst und Gartenbau, Weinbau. Der Ausbildung zugrunde liegt die Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen landwirtschaftstechnischen Dienst vom 11. Mai 2015.

Die „duale“ Laufbahnausbildung findet überwiegend an einer ULB statt und wird ergänzt durch Lehrgänge an der Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum in Schwäbisch Gmünd sowie durch Ausbildungsaufenthalte an den Regierungspräsidien und Landesanstalten. Ihr praktisch und theoretisch erworbenes Wissen stellen die

Anwärter/innen am Ende des Vorbereitungsdienstes in der Laufbahnprüfung unter Beweis.

Nach bestandener Prüfung sind die Inspektor(inn)en aus dem Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung bereit für ihren Einsatz an den ULBen oder Regierungspräsidien und hoch motiviert, ihr erworbenes Wissen anzuwenden.

Weitere Informationen zur Laufbahnausbildung für den gehobenen landwirtschaftstechnischen Dienst in der Landwirtschaftsverwaltung im Schwerpunktgebiet Haushalt und Ernährung gibt es auf der Homepage unter [www.inspektoriat.landwirtschaft-bw.info](http://www.inspektoriat.landwirtschaft-bw.info).

Mareike Schubert ist Oberlandwirtschaftsrätin im Regierungspräsidium Tübingen und Landesvorsitzende des vlb. Hanna Bär ist Kreislandwirtschaftsamtfrau im Landwirtschaftsamt im Landratsamt Konstanz. Christine Dürmuth ist Landwirtschaftsoberinspektorin im Landwirtschaftsamt im Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis.

## AGFK-BW: Landkreise bringen Rad- und Fußverkehrsförderung in die Fläche

Von Markus Belz, Stuttgart

15 von 35 Landkreisen in Baden-Württemberg sind Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW) e. V. Damit profitieren auch im ländlichen Raum immer mehr Menschen vom Engagement des Netzwerks.

Mit dem Landkreis Heidenheim begrüßte die AGFK-BW im September 2020 ihr 80. Mitglied. Darüber freut sich das Netzwerk, das sich für die Förderung von Rad- und Fußverkehr in Baden-Württemberg

einsetzt, gleich doppelt: „Dass wir die Zahl unserer Mitglieder in zehn Jahren von zwölf auf 80 steigern konnten, zeigt, dass die Kommunen unsere Unterstützung schätzen“, sagt Günter Riemer, Vorstandsvorsitzender der AGFK-BW und Erster Bürgermeister der Stadt Kirchheim unter Teck. „Dass wir mit Heidenheim bereits den 15. Landkreis als Mitglied der AGFK-BW begrüßen, ist für uns ein weiterer wichtiger Schritt dahin, mehr Rad- und Fußverkehr in die Fläche zu bringen.“

Als AGFK-Gründungsmitglied hat der Landkreis Karlsruhe die Entwicklung des

Radverkehrs in der Fläche von Anfang an mit vorangebracht. „Unsere Motivation damals war vor allem, im Bereich Kommunikation von der Unterstützung durch ein starkes Netzwerk zu profitieren“, sagt Angelo Castellano, Radverkehrsmanager des Landkreises Karlsruhe. Die Rechnung ist aufgegangen: Der Landkreis profitiert inzwischen nicht nur von zahlreichen gemeinsam durchgeführten Aktionen und Kampagnen, sondern auch von den vielen AGFK-Weiterbildungen, den laufenden Informationen zu Fördermitteln oder Gesetzesänderungen und dem kurzen Draht beim Erfahrungsaustausch.



Planungs-Checks konnte der Landkreis unkompliziert die AGFK-Planer ins Boot holen. Deren Input sorgte dafür, dass das nötige fachliche Know-how zum Radverkehr in diesen Planungsfall einfluss und eine neue – und deutlich radverkehrs-freundlichere – Lösung vorgeschlagen werden konnte.

## Beispiele aus der Praxis

Um Kommunen und Landkreise für ihr umfassendes Engagement bei der Radverkehrsförderung zu belohnen, gewährt das Land manche Fördermittel nur in Abhängigkeit von einer AGFK-Mitgliedschaft. So können beispielsweise Anträge für die Fördermittel im Rahmen der RadKULTUR – dabei geht es um Fördersummen von 20.000 Euro beim kleinen und ab 50.000 Euro beim großen Förderpaket – nur von AGFK-Mitgliedskommunen und -kreisen gestellt werden. Auch der Status „Fahrradfreundliche Kommune“ ist von einer AGFK-Mitgliedschaft abhängig. So soll sichergestellt werden, dass sich nur Kommunen und Landkreise für diesen Titel bewerben, die sich schon länger auf vielen Ebenen für den Radverkehr stark machen und die nötigen Anforderungskriterien erfüllen.

Der Landkreis Göppingen hat sich dieser Herausforderung 2013 als erster und bisher einziger Landkreis in Baden-Württemberg gestellt. Dank der Unterstützung durch die AGFK-BW konnte der Landkreis alle Herausforderungen meistern und im Mai 2014 stolz die Auszeichnung von Verkehrsminister Winfried Hermann entgegennehmen. „Neben den Städten spielt der ländliche Raum eine wichtige Rolle. Um so mehr freut es mich, dass ein Landkreis sich so engagiert und vorbildlich für den Radverkehr einsetzt und dabei auch die Gemeinden vor Ort stark einbindet“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann bei der Verleihung der Auszeichnung. 2019 fand die erfolgreiche Rezertifizierung des Landkreises Göppingen statt.



Quelle: AGFK Baden-Württemberg

## Große Ziele für Heidenheim

Für Peter Polta, Landrat des Landkreises Heidenheim, ist die AGFK-Mitgliedschaft ein wichtiger neuer Baustein der Verkehrspolitik im Kreis. „Nachdem der Landkreis Heidenheim seit vielen Jahren Vorreiter in Sachen Bio und Fairtrade ist, möchten wir auch bei der Radverkehrsförderung unsere innovative Zukunftsfähigkeit zeigen“, sagt Landrat Polta.

Erste Ziele sind die Planung und Umsetzung neuer kreisüberschreitender Radwege, der Ausbau bestehender Radwege und die kontinuierliche Weiterentwicklung des landesweiten RadNetz Baden-Württemberg im Landkreis Heidenheim. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen motiviert werden, das Fahrrad nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Alltag noch mehr zu nutzen.

„Wir erwarten uns viele neue Anregungen und gegenseitige Lerneffekte von der Vernetzung mit den 14 weiteren Landkreisen, die Mitglied in der AGFK-BW sind“, sagt Polta. Der Landrat freut sich darauf, bei einer der nächsten AGFK-Veranstaltungen aus der Reihe „Mehr Rad im Kreis“ selbst Gastgeber zu sein und mit den kreisangehörigen Kommunen im Landkreis neue Ideen für die Rad- und Fußverkehrsförderung zu entwickeln.

## Wie werde ich Mitglied?

Landkreise, die Mitglied der AGFK-BW werden möchten, müssen vor allem den klaren Willen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs durch die entsprechenden Beschlüsse der zuständigen Gremien belegen. Außerdem muss ein fester Ansprechpartner benannt sein und die Bereitschaft zur Mitarbeit im Facharbeitskreis und einer thematischen Arbeitsgruppe.

Der Mitgliedsbeitrag für Landkreise beträgt 3000 Euro pro Jahr.

Siehe auch: [www.agfk-bw.de](http://www.agfk-bw.de) > Verein > Mitglied werden

Noch Fragen?

Ansprechpartner: Markus Belz

**Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW)**

c/o Nahverkehrsgesellschaft

Baden-Württemberg mbH

Wilhelmsplatz 11, 70182 Stuttgart

Tel: +49 711 23991-114

Markus.Belz@agfk-bw.de

Mehr zur AGFK-BW: e. V.

[www.agfk-bw.de](http://www.agfk-bw.de)

Markus Belz arbeitet in der Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- und Fußgängerfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg (AGFK-BW).

## Suchtberatung wirkt – auch in finanzieller Hinsicht

**Corona-bedingte Einsparungen an falscher Stelle können zu erheblichen Mehrkosten auf kommunaler Ebene führen – Messung der Opportunitätskosten von Suchtberatung mit Social Return on Investment (SROI).**

Von Stefan Löwenhaupt mit Unterstützung von Lisa-Marie Böpple, Nürnberg

„Die Landkreise, Städte und Gemeinden sehen sich durch die Corona-Krise vor massive finanzielle Herausforderungen gestellt“ – so der Tübinger Landrat Joachim Walter, Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf kommunaler Ebene.<sup>1</sup> Und die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, erwartet, dass die kommunalen Haushalte am Ende des Jahres 2020 so hohe Einbußen erleiden werden, wie man dies noch nicht erlebt habe.<sup>2</sup> Sollten die Länder, ungeachtet eigener Mindereinnahmen, die Zuweisungen für 2021 nicht zumindest auf dem Niveau des Jahres 2020 belassen, würden – so die Sorge des Präsidenten des Deutschen Landkreistages Reinhard Sager – weitere erhebliche Mittel im kommenden Jahr wegbrechen.<sup>3</sup> Finanziell belastet werden die Kommunen sowohl auf der Einnahmen- (z.B. sinkende Gewerbesteuererinnahmen, Einkommenssteuern, Defizite im öffentlichen Nahverkehr) als auch auf der Ausgabenseite (insbesondere für systemrelevante soziale Leistungen). Erwartet werden (je nach Verlauf der Pandemie) Ausfälle in deutlich zweistelliger Milliardenhöhe (Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2020).

### Kommunale Leistungen der Suchtprävention: Gestaltungsspielräume und Effekte

Um Corona-bedingte Mehrbedarfe finanziell zu kompensieren, werden einige Kommunen Einsparungen bei Leistungen im eigenen Wirkungskreis vornehmen. Und gerade bei der Finanzierung



Quelle: AGFK Baden-Württemberg

der Suchthilfe, insbesondere der Suchtprävention, haben Kommunen Handlungsspielräume. Hier können Städte und Gemeinden über das „Wie“, teilweise sogar über das „Ob“ entscheiden. (RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, 2019). Diese Leistung könnte demnach aufgrund der Corona-Pandemie von Kürzungen betroffen sein (BWAG Suchtselbsthilfe, o. J.). Doch wie würden sich diese Kürzungen auswirken?

Die psychosozialen Beratungs- und Behandlungsstellen (PsBB) sind als ambulante Einrichtungen in hohem Maße von öffentlichen Zuwendungen abhängig. Einsparungen können hier zu einer Reduzierung der Leistungsmenge und der Qualität sowie zur Schließung von Einrichtungen führen. Im komplexen Suchthilfesystem nehmen die PsBB eine zentrale Koordinationsfunktion ein: Sie bieten unter anderem persönliche und Gruppenberatungen für Betroffene sowie deren soziales Umfeld an und leisten umfangreiche Präventionsarbeit

bei Jugendlichen, Gefährdeten oder suchtabhängigen sowie bereits stationär behandelten Menschen.

In Baden-Württemberg gibt es rund 100 dieser Suchtberatungsstellen. Allein im Jahr 2018 haben über 67.000 suchtmittelabhängige oder -konsumierende Menschen und deren Angehörige die Beratungen und Angebote der PsBB in Anspruch angenommen. Über 40 % der Betroffenen haben Kinder. Diese sind aufgrund der Suchterkrankung ihrer Eltern hohen gesundheitlichen und psycho-sozialen Belastungen ausgesetzt und stellen dadurch die größte bekannte Risikogruppe für spätere Suchtstörungen dar. (Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V., 2018).

Kürzungen in diesem Bereich produzieren kurzfristig Entlastungen im kommunalen Haushalt, sie führen mittel- und langfristig aber vermutlich zu nicht intendierten, deutlich höheren Neben- und Folgekosten. Eine verantwortungsbewusste und nachhaltige Sparpolitik muss diese Effekte zumindest analysieren und berücksichtigen.

### Monetäre Effekte der Suchthilfe – Ergebnisse einer SROI-Studie

Welche Folgekosten bei einer Kürzung von Leistungen für PsBB entstehen können, untersuchte eine Studie der *Sozialteam Sachsen gGmbH* und der *xit GmbH forschen. planen. beraten.* mit der Methode des *Social Return on Investment*<sup>4</sup>. Die Studie belegt, dass Suchtberatung wirkt und langfristig eindeutig volkswirtschaftliche Einsparpotentiale für die öffentliche Hand ermöglicht.<sup>5</sup>

## Hintergrund und Fragestellung der Studie

Untersuchungsobjekt der Studie war die psychosoziale Beratungs- und Behandlungsstelle des Sozialteams Sachsen gGmbH mit Standorten in Görlitz und Löbau, die ein typisches Angebotsspektrum vorhalten. Die Finanzierung dieses Beratungsangebotes erfolgt als freiwillige Leistung im Rahmen der Daseinsfürsorge über öffentliche Mittel der Stadt Görlitz, des Landkreises Görlitz und des Freistaats Sachsen.

Zentrale Fragestellung der Studie war, welche Wirkung die Suchtberatung produziert, genauer: welcher gesellschaftliche und soziale Nutzen dadurch entsteht, dass die öffentliche Hand Suchtberatungsstellen finanziert.

## Zielsetzung und Aufbau der Studie

Das Ziel des Social Return on Investment (SROI) ist es, die Wertschöpfung sozialer Dienstleistungen mess- und bewertbar zu machen. Suchtberatung wirkt potenziell auf mehreren Ebenen und Facetten: sie wirkt *direkt* bei den Betroffenen und *indirekt* bei den Angehörigen bzw. im Sozialraum, sie wirkt *sozial-psychologisch*, z.B. indem sie die Bereitschaft für Entgiftungsbehandlungen herstellt und sie wirkt *monetär*, z.B. durch vermiedene SGB II Leistungen.

In der vorliegenden Studie wurden die Effekte sozialer Dienstleistungen fachlich fundiert und plausibel im Rahmen eines strukturierten Verfahrens (u.a. mithilfe sog. Wirkungsketten) geschätzt. Im Fokus stand dabei insbesondere, welche Kosten ohne die Suchtberatungsstelle für die öffentliche Hand und weitere Stakeholder (z.B. Arbeitgeber) entstehen würden.<sup>6</sup>

- Zunächst wurden für verschiedene Zielgruppen – Klienten, Angehörige, Arbeitgeber, öffentliche Hand – mögliche kurz-, mittel-, und langfristigen Wirkungen einer Suchtberatung identifiziert. Anschließend wurden anhand

von insgesamt 67 realen Fällen die Eintrittswahrscheinlichkeiten für diese Wirkungen abgeschätzt.

- Aus den 67 Fällen wurden stufenweise (anhand definierter Kriterien) zunächst zehn, anschließend zwei für die Arbeit der PsBB repräsentative, „typische“ Fälle ausgewählt. Für diese beiden Klienten wurden dann die wahrscheinlichen Folgen/Eskalationen für das Szenario ermittelt, dass sie die Suchtberatung nicht hätten in Anspruch nehmen können. Anschließend wurden die (öffentlichen) Kosten dieser Eskalationen auf der Basis von amtlichen Statistiken, Studien sowie gesetzlichen Regelungen simuliert.

## Fallbeispiel: Wirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und des Umfelds

*Ein 18-jähriger Mann nimmt erstmalig die Suchtberatung in Anspruch. Bei anamnestisch auffälligem Mischkonsum in der Vergangenheit wird aktuell nur der regelmäßige Konsum von Cannabis als problematisch beschrieben. Da die ebenfalls Cannabis konsumierende Partnerin schwanger sei, bestehe der Wunsch nach Veränderung. Der Klient beschreibt, nach eigenen Interpretationen des Ursache- und Bedingungsgefüges befragt, starke Selbstwertdefizite sowie depressive Symptomatik bei einer ihn belastenden Entwicklung in der Herkunftsfamilie mit starker Ablehnung seiner Person.*

*Als Interventionen folgen Einzelgespräche mit dem Klienten und Paargespräche mit der Partnerin zur Problem- und Zielklärung, motivierende Gesprächsführung und die Vermittlung in weiterführende Hilfen.*

Kurzfristige Wirkungen der Leistungen der PsBB:

- Klient erhält Aufklärung und Orientierung,
- trifft eine Abstinenzentscheidung und setzt Abstinenz um,
- sammelt erste positive Abstinenz-erfahrungen,

- verbessert seine Alltagsstrukturierung und wird aktiver.

Durch die gleichzeitige Beratungsleistung bei der Partnerin lässt sich hier kurzfristig ebenfalls erreichen:

- eine Abstinenzentscheidung,
- Durchführung einer stationären Entgiftung,
- erfolgreiche Aufrechterhaltung der Abstinenz,
- gegenseitig positive Verstärkung in den Veränderungen,
- Schutz des ungeborenen Lebens.

Mittelfristig setzen sich diese Wirkungen fort und erweitern sich um:

- Beginn einer Lehrausbildung mit Möglichkeit, den Schulabschluss nachzuholen,
- Entscheidung zur Inanspruchnahme einer weiterführenden Psychotherapie,
- positive Entwicklung der Partnerschaft ohne suchtmittelbedingte Konflikte.

Langfristig können u.a. folgende positiven Wirkungen erwartet werden:

- Behandlung der Komorbidität und Entwicklung von Resilienzfaktoren,
- Festigung der Abstinenzfähigkeit,
- Ausbildungsabschluss,
- Sicherung des Lebensunterhaltes durch eigene Erwerbsfähigkeit.

Bei diesem Fallbeispiel kann eine Vielzahl negativer persönlicher und gesellschaftlicher Folgen vermieden werden: er bekommt seine Suchtproblematik (inkl. der damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten) in den Griff. Arbeitslosigkeit sowie Konflikte mit der Partnerin, in der Familie und im sozialen Umfeld werden vermieden und das erwartete Kind wird vor psychischen Belastungen geschützt.

Im Umkehrschluss entstehen durch die Arbeit der PsBB somit positive Wirkungen für den 18-jährigen und andere: Der Klient schafft durch die Abstinenzentschei-

dung (und deren Aufrechterhaltung) die Voraussetzungen für psychische, soziale/familiäre und berufliche Verbesserungen, die mittelfristig dazu führen, dass er sich vom Netto-Empfänger staatlicher Transferleistungen (u.a. Grundsicherung) zu einem Netto-Zahler entwickelt. Durch die Stabilisierung der Partnerschaft werden Familien- und Jugendhilfe relevante Krisen vermieden.

**Vermiedene volkswirtschaftliche Kosten pro Fall**

Auf der Basis dieser Informationen wurde mit Hilfe des Social Return on Investment ermittelt, welche gesellschaftlichen Kosten konkret durch die PsBB Görlitz vermieden wurden. Der 18-jährige Mann aus dem Fallbeispiel würde es höchstwahrscheinlich ohne die Beratung und Begleitung der PsBB nicht schaffen, abstinent zu werden und zu bleiben. Gäbe es die PsBB des Sozialteams nicht, würden in den nächsten 12 Monaten mit hoher Wahrscheinlichkeit folgende Eskalationen auf die Person (und ihr Umfeld) zu kommen:<sup>7</sup>

- Langzeitarbeitslosigkeit,
- stationäre Suchtentwöhnungsbehandlung,
- psychische Erkrankung/Komorbidität,
- Überschuldung,
- Trennung/Scheidung,
- Kontaktverlust zum Kind

Dieses Eskalationsszenario kann durch die Intervention der PsBB verhindert oder zumindest abgeschwächt werden. Einige dieser Folgen lassen sich als eingesparte Kosten *monetarisieren*, wie z.B. die drohende Langzeitarbeitslosigkeit. Für die Kalkulation der monetären Effekte wurde ein optimistisches und ein pessimistisches Szenario simuliert. Die veranschlagten Geldbeträge fußen jeweils auf Durchschnittswerten aus einschlägigen Statistiken und Studien:

*Optimistisches Szenario* für zwölf Monate:

- Der Klient wird über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg keine Er-

werbstätigkeit aufnehmen. Dadurch entstehen im Simulationshorizont von 12 Monaten Kosten für die öffentliche Hand: in diesem Fall in Form von Grundsicherung bei der Kommune in Höhe von 9.226 €.<sup>8</sup>

- Ohne Unterstützung der Beratungs- und Behandlungsstelle ist eine psychotherapeutische Akutbehandlung nötig. Veranschlagt werden 12 Sitzungen je 50 Minuten. Dies verursacht Kosten in Höhe von 1.246 €<sup>9</sup>

*Pessimistisches Szenario* für zwölf Monate:

- Langzeitarbeitslosigkeit (analog zum optimistischen Szenario)
- Entgiftungsbehandlung (in Höhe von 2.927 €) und stationäre Suchtent-

wöhnungsbehandlung (in Höhe von 29.587 €) werden notwendig.<sup>10</sup>

- Eine umfangreichere psychische Erkrankung und mögliche Komorbidität führen zu einer Behandlungsdauer vom 1,5-fachen Umfang der durchschnittlichen Falldauer bei Depressions-Episoden (insgesamt Kosten in Höhe von 19.874 €).<sup>11</sup>

Summiert man diese monetären Wirkungen auf (vgl. nachfolgende Tabelle), so werden durch die Suchtberatung für diesen Klienten im optimistischen Szenario gesellschaftliche Kosten in Höhe von rund 10.500 € und im pessimistischen Szenario von rund 61.600 € in den folgenden 12 Monaten eingespart:

Bei Vermeidung der Folgen	Eingesparte gesellschaftliche Kosten (Zeithorizont zwölf Monate)		
	optimistisch	pessimistisch	entlastete Institution
Langzeitarbeitslosigkeit	9.226 €	9.226 €	Agentur für Arbeit, Kommune
Entgiftungsbehandlung		2.927 €	GKV
Stationäre Suchtentwöhnungsbehandlung	-	29.587 €	GKV/DRV
Psychische Erkrankung/Komorbidität	1.246 €	19.874 €	GKV/DRV
<b>SUMME (gesamt)</b>	<b>10.472 €</b>	<b>61.615 €</b>	

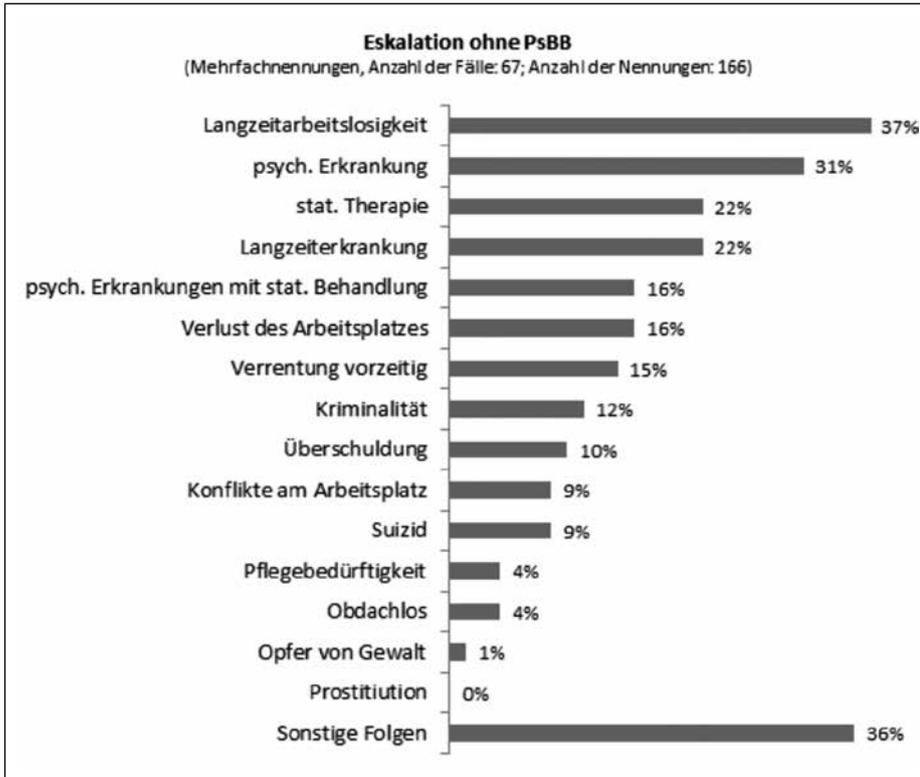
Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung

**Vermiedene gesellschaftliche Kosten der Suchtberatungsstelle in 2018**

Um den finanziellen gesellschaftlichen Mehrwert der PsBB Görlitz insgesamt abzuschätzen, wurden ausgewählte Wirkungen für das Jahr 2018 für alle Klient(inn)en monetarisiert. Im gesamten Kalenderjahr 2018 zählte die PsBB Görlitz 348 Klient(inn)en, die über einen Erstkontakt hinaus betreut wurden. Unter der Annahme, dass die

Verteilung der Fälle im Erhebungszeitraum (Stichprobe: 67 Fälle  $\hat{=}$  19,3 %) die Struktur aller Klient(inn)en im Jahresverlauf widerspiegelt, kann so eine Abschätzung der monetären „Gesamtwirkung“ der PsBB vorgenommen werden.

Ohne die Beratung und Behandlung durch die PsBB wären folgende Eskalationen in kurz- und mittelfristiger Perspektive für die Klient(inn)en eingetreten (pro Fall konnten mehrere Folgen angegeben werden):



Quelle: Fallerhebung 2018, eigene Berechnungen und Darstellung.

Werden einige (nicht alle) der von der PsBB vermiedenen Folgen auf die Gesamtheit aller Klient(inn)en mit mehrfachem Kontakt (348 Personen) hochgerechnet und mit den durchschnittlichen Fallkosten monetarisiert, so spart die PsBB der öffentlichen Hand – bei konservativer, vorsichtiger Schätzung – durch ihre Beratungen und Behandlungen in kurz- und mittelfristiger Sicht rund 7,2 Mio. € ein.

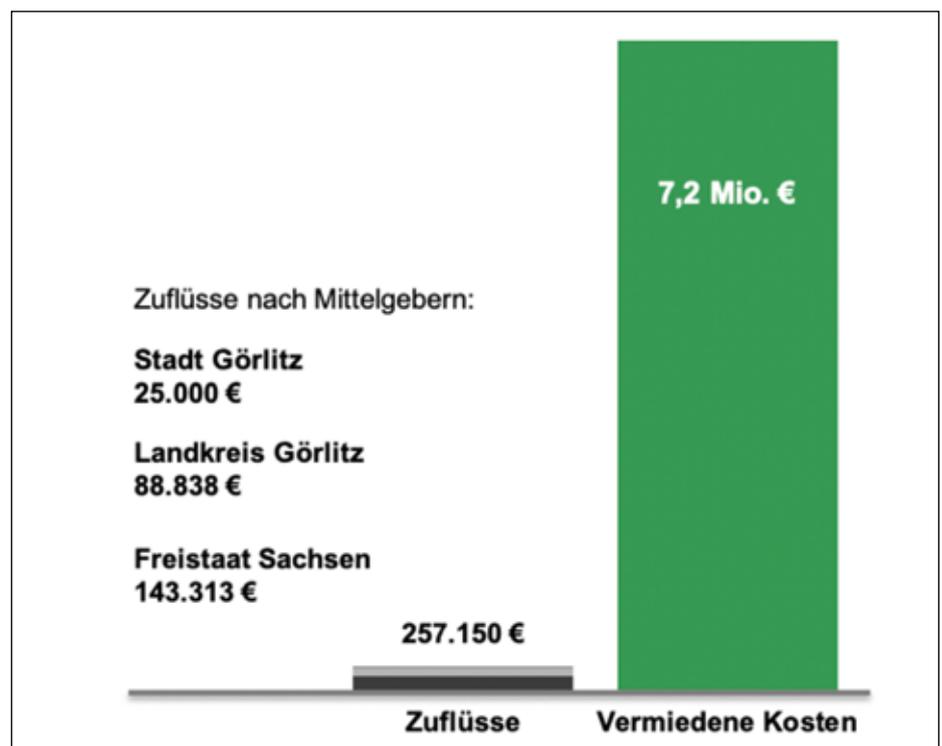
Gleicht man die vermiedenen Kosten mit der Fördersumme für die PsBB (insgesamt 257.150 €) ab, so zeigt sich: einem investierten Euro der öffentlichen Hand in die soziale Dienstleistung „Suchtberatung“ stehen 28 € an vermiedenen öffentlichen Kosten gegenüber! Das ist – selbst, wenn nur 40 % oder 50 % dieser kalkulatorischen Größe kommunal gehoben werden können (z.B. bei den SGB II Leistungen oder im Bereich der Jugendhilfe) – ein beachtlicher Hebel! Die Investition der öffentlichen Hand in die PsBB lohnt sich nicht nur auf individueller Ebene durch eine verbesserte Lebens-

qualität bei den Betroffenen, sie lohnt sich gerade auch in finanzieller Hinsicht für die gesamte Gesellschaft.

Dieses Rechenbeispiel kann man – überschlüssig – ebenso auf einen Landkreis in Baden-Württemberg übertragen: bei diesem hypothetischen Landkreis beträgt beispielsweise das Gesamtvolumen der öffentlichen Finanzierung für die Suchtberatung ca. 500.000 €. Bei einem Hebel von 1 € öffentliche Mittel: 28 € vermiedenen öffentlichen Ausgaben, produziert die Suchtberatung in diesem beispielhaften Landkreis folglich eine gesellschaftliche Wertschöpfung von 14.000.000 € an vermiedenen suchtsinduzierten Neben- und Folgekosten.

## Fazit

Die ambulante Suchtberatung leistet erstens einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation und -qualität der Betroffenen, deren Umfeld sowie Dritter. Durch die Vermeidung negativer individueller Folgen und der Eskalation der Suchterkrankung werden zweitens indirekt enorm hohe volkswirtschaftliche Folge- und Nebenkosten eingespart. Der soziale sowie finanzielle



Quelle: SROI Suchtberatung Görlitz, eigene Berechnung und Darstellung

Hebel der Investition der öffentlichen Hand in die Suchtberatung ist beachtlich und sollte bei zukünftig anstehenden Budgetentscheidungen in jedem Fall Berücksichtigung finden. Dies gilt trotz, oder gerade wegen der ökonomischen Lasten der Corona-Pandemie, denn individuelle Krisen und damit verbundene Suchtepisoden werden möglicherweise sogar zu- und nicht abnehmen.

**Literatur:**

Arbeitsgemeinschaft Katholische Suchtkrankenhilfe (AKS). (2003). *Sucht(-hilfe) kostet Geld – Suchthilfe spart Geld! – Eine Argumentationshilfe für die Praxis.*

BWAG Suchtselbsthilfe. (o. J.). *Suchtberatung (PSB) als Leistung der öffentlichen Daseinsvorsorge.* Baden-Württembergische Arbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe- und Abstinenzverbände. <https://www.bwag-suchtselbsthilfe.de/suchtberatung-psb-als-leistung-der-oeffentlichen-daseinsvorsorge-14>

Deutscher Städte- und Gemeindebund. (2020). *Kommunal Finanzen: Corona-Pandemie und öffentliche Haushalte.* <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2020/Corona-Pandemie-%20und-%20öffentliche-%20Haushalte/>

Landesstelle für Suchtfragen der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V. (2017). *Suchthilfestatistik 2017, Daten zur Suchtberichterstattung der ambulanten Suchthilfe Baden-Württemberg 2017.* [https://suchtfragen.de/dokumente/statistik/suchthilfe/Suchthilfestatistik\\_2017.pdf](https://suchtfragen.de/dokumente/statistik/suchthilfe/Suchthilfestatistik_2017.pdf)

Packmohr, K., & Weiß, P. (2020). *Suchtberatung wirkt, SROI-Studie zu den volkswirtschaftlichen Einsparpotenzialen durch die Suchtberatung. Nachrichten Dienst Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. (2/2020), 74–79.*

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung. (2019). *Gestaltungsspielräume kommunaler Suchthilfe und Suchtprävention, Expertise im Auftrag der Drogenbeauftragten der Bundesregierung beim Bundesministerium für Gesundheit.*

<sup>1</sup> [landkreistag-bw.de/aktuell/aktuell-pressemitteilung/news/zumeldung-zur-pressemitteilung-des-staatsministeriums-landesinstrumente-gegen-corona-pandemie-und/?tx\\_news\\_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx\\_news\\_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=b-81639d9a80141c04b373e1a768aa17a](http://landkreistag-bw.de/aktuell/aktuell-pressemitteilung/news/zumeldung-zur-pressemitteilung-des-staatsministeriums-landesinstrumente-gegen-corona-pandemie-und/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=b-81639d9a80141c04b373e1a768aa17a)

<sup>2</sup> Die Rede ist von einem „historischen Einbruch der Gewerbesteuer“ (Wirtschaftswoche), von der „schwersten Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg“ (Handelsblatt) und von „in diesem Ausmaß nicht gekannten Herausforderungen“ (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

<sup>3</sup> <https://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/3000-steuerschaetzung-frisches-geld-statt-kreditermaechtigungen>

<sup>4</sup> Die xit GmbH – forschen. planen. beraten. hat bereits ca. 100 Projekte zu Wirkungsanalysen durchgeführt.

<sup>5</sup> Packmohr, K. & Weiß, P. (2020). Suchtberatung wirkt (NDV, 02/2020), sowie die vollständige Studie bei Sozialteam Sachsen, Prüfening Str. 106, 93049 Regensburg.

<sup>6</sup> Zusammengefasst dargestellt, ausführlicher siehe Packmohr, K. & Weiß, P. (2020). Suchtberatung wirkt (NDV, 02/2020)

<sup>7</sup> Diese zu vermeidenden Folgen wurden von Berater(inne)n der PsBB individuell für diesen Fall eingeschätzt.

<sup>8</sup> Der Betrag setzt sich zusammen aus den Arbeitslosengeld-II-Bezügen für Alleinstehende, dem durchschnittlichen Mehrbedarf pro Person im Landkreis Görlitz, den angemessenen Kosten der Unterkunft für 1-Personen-Bedarfsgemeinschaften in Görlitz Stadt sowie den geschätzten Heizkosten

<sup>9</sup> Der Betrag wurde anhand der Vergütung für Psychotherapie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung errechnet und setzt sich aus dem Vergütungssatz und dem Strukturzuschlag pro Behandlung zusammen

<sup>10</sup> Durchschnittliche Kosten anhand der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (2015): Anzahl der Patienten und Krankheitskosten mit der Hauptdiagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen“. Um eine Überschätzung zu vermeiden, wurde der Wert nach unten korrigiert, da im Gesundheitsbericht des Bundes nicht alle Einrichtungen abgebildet wurden. Insgesamt liegen die Kosten für die stationäre Suchtentwöhnungsbehandlung (inkl. Entgiftungsbehandlung) bei 32.514 €.

<sup>11</sup> Zur Ermittlung der Kosten wurden die vereinbarten pauschalisierten Entgeltsysteme für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen sowie Daten aus dem BKK-Gesundheitsreport (2018) herangezogen.

Stefan Löwenhaupt ist Geschäftsführer und Gesellschafter der xit GmbH forschen. planen. beraten. in Nürnberg.

# Der Rems-Murr-Kreis is(s)t klimafreundlich

Von Jessica Benz, Rems-Murr-Kreis

Für klimabewusste Bürgerinnen und Bürger ist die Umstellung der Ernährung ebenso wesentlich wie die Nutzung nachhaltiger Mobilitätsformen und Erneuerbarer Energien, ein reduzierter Strom- und Wärmeverbrauch sowie ein geringer Ressourcenverbrauch im Allgemeinen. Denn ganze 15 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen jeder Person hierzulande entfällt auf den Bereich Ernährung.

Im politischen Diskurs findet das Thema Klimaschutz & Ernährung eher wenig Beachtung. Zu groß scheint die Befürchtung, belehrend oder gar bevormundend zu wirken. Das Thema kann aber auch anders angegangen werden, wie der Rems-Murr-Kreis zeigt. Hier wird nicht der Zeigefinger erhoben, sondern nachhaltig vermittelt, dass eine klimabewusste Ernährung klare Vorteile mit sich bringen kann: lecker und gesund speisen, Neues ausprobieren und dabei Geld sparen. Gerade das zuletzt genannte Argument zeigt, dass die klimabewusste Ernährung hier weiter gefasst wird als dies üblicherweise der Fall ist.

## Was bedeutet klimabewusste Ernährung?

Eine klimabewusste Ernährung zeichnet sich dadurch aus, dass Lebensmittel konsumiert werden, die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette (von der Produktion bis zum Verzehr) wenig CO<sub>2</sub> verursacht haben. Lebensmittel, die weit gereist sind oder die außerhalb der Saison in Gewächshäusern angebaut werden, verbrauchen in ihrer Herstellung beispielsweise deutlich mehr Energie als regionale und saisonale Produkte. Zudem ist bei der Zubereitung der Lebensmittel auf Energieeffizienz, also auf einen reduzierten Verbrauch von Strom und Wärme, zu achten, sodass auch hier so wenig CO<sub>2</sub> wie möglich verursacht

wird. Erst wenn diese beiden Kategorien – klimafreundliche Lebensmittel und ihre energieeffiziente Zubereitung – zusammen gedacht werden, ist die klimabewusste Ernährung umfassend.

Im Klimaschutzprojekt „Nachhaltige Entwicklung in der beruflichen Bildung: Bereich Lebensmittelverarbeitung“ des Rems-Murr-Kreises wurde dies verwirklicht: Auszubildende aus gastronomischen Berufen wurden sowohl für die Auswahl und Zubereitung klimafreundlicher Lebensmittel als auch für den energieeffizienten Einsatz elektronischer Küchengeräte sensibilisiert. Entwickelt wurde das Projekt in der Geschäftsstelle Klimaschutz im Landratsamt Rems-Murr-Kreis und zusammen mit der Maria-Merian-Schule Waiblingen durchgeführt.

## Projekthinhalte

Im ersten Modul des Projekts wurde den Auszubildenden Wissen zur Klimaverträglichkeit von Lebensmitteln vermittelt. Zusammen mit einem Referenten errechneten die Auszubildenden den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Rezepten und diskutierten über die Klimaverträglich-

keit einzelner Produkte. Inhaltliche Schwerpunkte des Moduls waren die Saisonalität und Regionalität von Lebensmitteln, Bio-Lebensmittel, Konsum von tierischen Produkten und der faire Handel. Anschließend entwickelten die Auszubildenden zusammen mit ihren Lehrerinnen klimafreundliche Rezepte und kochten diese nach.

Im zweiten Modul erhielten die Auszubildenden von einem Energieberater Informationen zur Energieeffizienz im Hotel- und Gaststättengewerbe. Dabei spielte nicht nur der energieeffiziente Einsatz von elektrischen Küchengeräten eine Rolle, sondern auch die Themen Kühlung, Lüftung, Heizung und Betrieb einer Mini-Bar im Ausbildungsbetrieb.

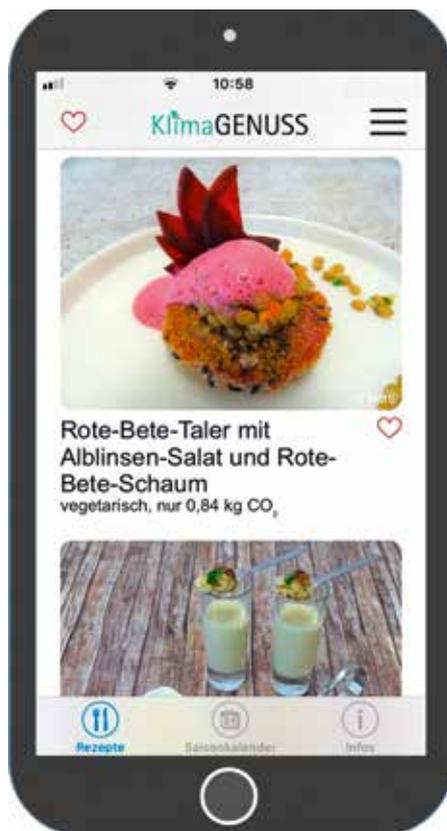
Im Rahmen des Klimaschutzprojekts ist im dritten Modul die App KlimaGENUSS entstanden, die die Vorteile der klimabewussten Ernährung klar aufzeigt: Leckere und innovative Rezepte kombiniert mit praktischen Energiespartipps unterstützen die Nutzenden dabei, den persönlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck im Bereich Ernährung deutlich zu reduzieren und dabei den eigenen Geldbeutel zu schonen. Neben klimafreundlichen Rezepten und Energiespartipps enthält die App



Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis



einen Saisonkalender für Obst- und Gemüsesorten, Hinweise zur Direktvermarktung im Rems-Murr-Kreis sowie viele Informationen zum Energiesparen



Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

und zur klimafreundlichen Ernährung. Die App ist kostenfrei im Apple Store und Play Store erhältlich. Um Personen mit interkulturellem Hintergrund zur Nut-

zung einzuladen, sind alle Inhalte auch in den Sprachen Arabisch, Türkisch, Englisch und Persisch verfügbar.

Bürgerinnen und Bürger können ihr eigenes klimafreundliches Rezept bei der Geschäftsstelle Klimaschutz für die App einreichen.

### Hintergrund

Das Projekt ist Bestandteil des aktuellen Klimaschutz-Handlungsprogramms „Klimaschutz zum Mitmachen“ des Rems-Murr-Kreises und wird aus Mitteln der Glücksspirale des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg gefördert. Informationen zum Projekt erhalten Sie online unter [www.rems-murr-kreis.de](http://www.rems-murr-kreis.de) unter dem Suchbegriff KlimaGENUSS sowie von der Geschäftsstelle Klimaschutz im Landratsamt unter 07151 501-2155 oder per E-Mail: [klima-schutz@rems-murr-kreis.de](mailto:klima-schutz@rems-murr-kreis.de)

Jessica Benz arbeitet in der Geschäftsstelle Klimaschutz im Landratsamt Rems-Murr-Kreis.

## Familienbildung mit PEBB im Landkreis Ravensburg

Von Diana E. Raedler und Jessica Kohlbauer, Landratsamt Ravensburg

Partnerschaft, Erziehung, Beratung, Bildung (kurz: PEBB) ist eine mit Priorität 1 versehene Maßnahme des bereits im Jahr 2006 verabschiedeten Aktionsprogrammes „fit for family“ im Landkreis Ravensburg und hat damit einen hohen Stellenwert. Ziel ist, die Erziehungsverantwortung wie auch die Erziehungs- und Beziehungskompetenzen von Eltern zu stärken, Eltern und Familien bei ihren erzieherischen Aufgaben zu unterstützen und damit einen wichtigen Beitrag zur Prävention zu leisten.



Quelle: Landratsamt Ravensburg

Die Konzeption ist unter hoher Beteiligung sämtlicher Akteure erfolgt. Bei der Konzeptentwicklung stand im Vordergrund, dass Familienbildung mehr sein muss als ein Defizitangebot für sogenannte Problemfamilien oder eine

Angebotsnische für bildungsgewohnte Familien. Familienbildung muss ein gesellschaftlich breit zugängliches Angebot sein, das nutzerspezifisch ausgerichtet ist. Durch eine frühzeitige Beteiligung vielfältiger Akteure haben die Familienbildungsangebote eine hohe Akzeptanz und rege Inanspruchnahme erfahren. Sowohl die Familien selbst als auch die 39 Kommunen im Landkreis Ravensburg profitieren davon, den gesetzlichen Auftrag und die öffentliche Verantwortung aus §16 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII für die Fami-

lienbildung und die Förderung und Erziehung in der Familie umzusetzen. Seit dem Start von PEBB im Jahr 2006 entwickelte sich eine vielfältige, gelebte und einem ständigen Wandel unterliegende Vielfalt an Angeboten der Familienbildung in den einzelnen Sozialräumen des Flächenlandkreises. Diese werden kontinuierlich überprüft und fortentwickelt, auch unter dem Aspekt der Erreichbarkeit der Familien mit den einzelnen Angeboten. Koordination und Weiterentwicklung erfolgen durch eine Fachstelle im Jugendamt. Mit acht Gelingfaktoren kann Wirkung erzielt werden. Als einer von vier Modellstandorten in Baden Württemberg erproben wir Beteiligungsformen und wirken an der Erstellung einer Arbeitshilfe auf Landesebene mit.

## Familienbildung braucht einen Rahmen

Im Jahr 2003 wurden die Ergebnisse des ersten Familienberichts für den Landkreis Ravensburg veröffentlicht. Der Landkreis Ravensburg war damit der erste Landkreis in Baden-Württemberg, der einen selbst erarbeiteten Familienbericht auf der Grundlage von Bestandshebungen und direkter Bürger- und Expertenbefragungen vorlegte. Die Handlungsempfehlungen des Berichts mündeten im Aktionsprogramm „fit for family“.

Als ein wesentlicher wirksamer, präventiver Baustein wurde in diesem Programm die Familienbildung definiert. Im Jahr 2006 verabschiedete der Jugendhilfeausschuss die Rahmenkonzeption PEBB, welche unter Beteiligung aller relevanten Akteure seither die fachliche Grundlage für die Umsetzung der Familienbildung gemäß §16 SGB VIII bildet. Im Zuge der konzeptionellen Aufstellung wurde eine Koordinierungsstelle Familienbildung im Jugendamt geschaffen. Parallel zu diesem Prozess legte das Land die erste Förderperiode des Landesprogramms STÄRKE auf, welches seitdem ein

wichtiger monetärer Pfeiler zur finanziellen Absicherung der Angebote darstellt.

Bis heute setzt die Konzeption PEBB den Rahmen für eine gelingende Familienbildung im Landkreis Ravensburg.

PEBB steht dabei für:

- **Partnerschaft** als Erziehung auf Augenhöhe zwischen Eltern und Kindern, zwischen Familien und professionellen Fachkräften und meint auch die Partnerschaft zwischen Familie in jeglicher Gestalt und Gesellschaft.
- **Erziehung** im Sinne des ermöglichen eines guten fördernden und gewaltfreien Aufwachsens und eines gesunden Lebens- und Lernumfeldes für das Kind.
- **Beratung** nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe, Elternaktivierung und Stärkung der Erziehungs Kompetenzen.
- **Bildung** im Sinne der Förderung von formeller und insbesondere auch informeller Bildung. Dabei wird Familie als ein dynamisches und sich ständig veränderndes, lernendes und weiterentwickelndes System anerkannt.

## Ziele von PEBB

Ausgangspunkt sollen die Bedürfnis- und Lebenslagen der Familien sowie deren Erfahrungen miteinander im Familienleben sein. Eltern und Kinder leben als eigenständige Persönlichkeiten in einem Sozialverband, der starken gesellschaftlichen Wandlungen unterworfen ist, zusammen. Dies gelingt nicht immer. Es sind förderliche Sozialisations- und Entwicklungsbedingungen für Eltern und Kinder erforderlich.

Familienbildung im Landkreis Ravensburg hat daher zum Ziel,

- die Erziehungs Kompetenzen sowie die Partnerschafts- und Erziehungs Kompetenzen zu stärken,
- die Rolle der Väter und ihre Bedeutung als wichtige Bezugspersonen für Kinder heraus zu heben,

- die Erreichbarkeit von Familien, insbesondere von sozial- und bildungsfernen Familien, die es nicht gewohnt sind, Beratungs- und Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen, zu verbessern,
- rechtzeitig in besonderen Belastungssituationen Hilfe und Unterstützung einholen,
- die Lebensqualität von Familien zu verbessern und
- Angebote für alle Eltern zu schaffen.

## Familienbildung betrifft alle – aber wie alle erreichen?

Oberstes Ziel aller Bildungsangebote und Strukturen muss sein, Eltern als Experten ihrer Kinder zu betrachten und sie zu stärken. Dabei besteht die Aufgabe, aktuelle gesellschaftliche Trends und Herausforderungen wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die entwicklungspsychologischen Schritte eines Kindes oder der Schritt vom Paar zur Elternschaft aufzugreifen und mit niederschweligen Maßnahmen, zum Beispiel in Form von Kursen oder offenen Treffs, flankierend zu begleiten.

Familienbildung betrifft alle und darf daher kein Schattendasein in der Jugend-



Quelle: Landratsamt Ravensburg

hilfeplanung führen. Sie muss gesamtplanerisch, vernetzt mit anderen Planungsbereichen in den Blick genommen werden. Sämtliche Zielgruppen der Sozialplanung und auch die sogenannten intakten Familien sind der Anstrengungen wert. Wenn Familie überall dort zu finden ist, wo Kinder sind, dann müssen Familienbildungsangebote auch allerorts und für jedermann Zugang finden können.

Deshalb muss Familienbildung immer im jeweiligen Sozialraum wirken und an den Bedürfnissen der Familien ausgerichtet sein. Neben klassischen Angeboten der Familienbildung in Form von Kursen setzen wir unter anderem auf offene Treffs, Familienbildungsfreizeiten, Familientreffs, Familienzentren sowie das Angebot der Familienbesuche für Eltern eines neugeborenen Kindes um Familien ein breites Portfolio anbieten zu können. Durch ein gemeinsames Arbeiten auf Augenhöhe, höchstmöglicher Transparenz und Wertschätzung der Arbeit und Rolle des Anderen entsteht eine bunte Vielfalt an Familienbildungsangeboten, die im Idealfall die Vielfalt von Familien und Gesellschaft abbilden. Diese Angebote werden finanziell über ein Förderprogramm Kinder, Jugendliche und Familien gefördert.

Interessierte Kommunen, Träger und Einrichtungen erhalten auf Wunsch zudem fachliche Beratung, auch zu der oftmals schwierigen Frage der Erreichbarkeit von Familien.

**Praxisbeispiel:**

Mit dem „Haus der Familie“ hält die Stadt Weingarten im Landkreis Ravensburg seit vielen Jahren im Herzen der Stadt eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Familien vor. Unter einem Dach befinden sich ein Familientreff, eine Kindertageseinrichtung, ein Jugendtreff sowie das Team Jugendarbeit der Stadt. Das Haus bietet Platz für Angebote der Familienbildung, Selbsthilfeangebote, Krabbelgruppen, Vorträge, kreative Angebote und vieles mehr.

Um mehr Familien einen Zugang zu den Angeboten im Haus zu ermöglichen und sie besser über die bestehenden Angebote zu informieren, haben sich die Fachkräfte im Haus im Jahr 2016 entschieden, dass Spielmobil der Stadt wiederzubeleben. Seit dem Sommer 2016 bietet der Familientreff Weingarten gemeinsam mit dem Team Jugendarbeit einen offenen Treff der ganz anderen Art im Stadtgarten der Kernstadt an. Im Rahmen einer Gehstruktur bietet das Team über die Sommermonate viel Spiel und Spaß für hunderte von Kindern und Jugendliche im großen offenen Treff Stadtgarten. Die Leiterin des Familientreffs, die gleichzeitig auch eine der beiden Familienbesucherinnen der Stadt ist, knüpft ganz niederschwellig Kontakt zu Familien, informiert über Angebote und führt Gespräche. Familien verabreden sich zu einem gemeinsamen Treffen auf der Spielwiese oder knüpfen ganz neue Beziehungen. Über all die Jahre haben so unzählige Familien einen Zugang zum Familientreff gefunden. Ehrenamtliche, insbesondere Jugendliche aus dem Jugendtreff, leiten die Kinder und Jugendlichen bei der Nutzung der Inhalte des Spielmobils an. Seit dem Jahr 2017 findet die Spielwiese auch im Sozialraum „Untere Breite“ statt. Der Sozialraum weist einen Migrationsanteil von über 70 % auf.

Diese Familien wurden in der Vergangenheit weder durch den Familientreff noch durch die Spielwiese in der Kernstadt erreicht. Durch das zugehende Angebot, insbesondere in diesem Stadtteil, konnten die Fachkräfte einen Kontakt zu den dort lebenden Familien herstellen, sie niederschwellig beraten, Hemmschwellen abbauen und Bedarfe feststellen. Nach Jahren der Praxisübung lässt sich nun Erfreuliches feststellen: Familien aus der Kernstadt nutzen die Spielwiese in der „Unteren Breite“ und umgekehrt. Auch das Publikum im Familientreff ist bunter geworden und bildet nun stärker die Vielfalt der Familien ab. Viele Familien mit einem erhöhten Bedarf konnten in andere Angebote integriert werden. In Zukunft sollen die beiden Spielwiesen verstärkt für niederschwellige Formen der Bürgerbeteiligung genutzt werden.

Der Landkreis Ravensburg unterstützt fachlich und monetär den Familientreff im Haus der Familie, die beiden Spielwiesen und das Angebot der Familienbesucher.

**Gelingfaktor „Chefsache“**

Gute Absichten und eine runde Konzeption alleine führen noch nicht zur erfolgreichen und wirksamen Umsetzung.



Quelle: Landratsamt Ravensburg

Es braucht mehrere Gelingfaktoren, um langfristig gute und passgenaue Bildungsangebote vorhalten zu können, die sich immer wieder an die Lebensrealitäten von Familien anpassen und auch von diesen angenommen werden. Nachfolgende acht Gelingfaktoren haben sich wesentlich für eine nachhaltig erfolgreiche Familienbildung heraus kristallisiert.

Ganz maßgeblich ist jedoch, dass Familienbildung einen Stellenwert erhält, zur „Chefsache“ erklärt wird und politischen Rückhalt durch enge Abstimmung mit dem Jugendhilfeausschuss erfährt. In den Jahren der Umsetzung hat sich zudem gezeigt, dass eine übergeordnete, zentrale Koordinierungsstelle für die Angebote der Familienbildung auf Landkreisebene von zentraler Bedeutung ist, um Kommunen gut unterstützen zu können. Gleichzeitig bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren, der kontinuierlichen Einbeziehung der Zielgruppe und der stetigen Überprüfung des Rahmens, im

Landkreis Ravensburg der Konzeption wie auch des Förderprogrammes Kinder, Jugendliche und Familien im Landkreis Ravensburg.

## Sind wir up to date? – Qualitätsmanagement

Um zu überprüfen ob der Rahmen für Familienbildung im Landkreis Ravensburg noch zeitgemäß ist, gar erneuert werden muss oder an der einen oder anderen Stelle einen neuen Anstrich benötigt, ist der Landkreis Ravensburg dem Förderaufruf des Landesfamilienrates zur „Umsetzung der Rahmenkonzeption Familienbildung Baden-Württemberg“ 2020/2021 gefolgt und wurde als einer von vier Modellstandorten zur exemplarischen Erprobung der Rahmenkonzeption ausgewählt. Die Ergebnisse der Konzeption sollen in Form einer Arbeitshilfe allen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt werden. Das bedeutet konkret, dass im Rahmen der Beteiligung die be-

stehende Konzeption überarbeitet und noch stärker an die Bedürfnisse und Bedarfe von Familien angepasst werden soll. Niederschwellige Beteiligungselemente zur Beteiligung von Familien sollen erprobt und etabliert werden. Darüber hinaus sollen neue Steuerungselemente und abgestimmte Qualitätskriterien die Familienbildung zum einen zukunftsfähig machen und zum anderen die Wirkung und Nachhaltigkeit der Angebote im Sinne eines guten Qualitätsmanagements messbar und überprüfbarer machen.

Wirksame Familienbildung ist wirksame Prävention, die sich lohnt, für unser Hilfesystem, für unsere Gesellschaft und zuvörderst für die Kinder.

---

Diana E. Raedler ist Dezernentin für Arbeit und Soziales im Landratsamt Ravensburg. Jessica Kohlbauer arbeitet beim Jugendamt Ravensburg im Bereich Familienförderung.

# Der Migrationsbeirat des Zollernalbkreises

Von Gert Ungureanu und Ute Sauter, Zollernalbkreis

Im Zollernalbkreis leben Menschen aus rund 100 verschiedenen Nationen, von 189.000 Einwohnern haben 23.500 ausländische Wurzeln. Um ihre Interessen zu vertreten und die Migrationspolitik zu begleiten, hat der Zollernalbkreis im April 2019 einen Migrationsbeirat gegründet – als erster Landkreis in Baden-Württemberg. Dabei wurden die Strukturen und Interessen der unterschiedlichen Raumschaften ebenso berücksichtigt wie die vielfältigen Wurzeln, Berufsbilder und Bekanntheitsgrade, um die Akzeptanz des Migrationsbeirates auf Landkreisebene zu gewinnen.

## Die Mitglieder

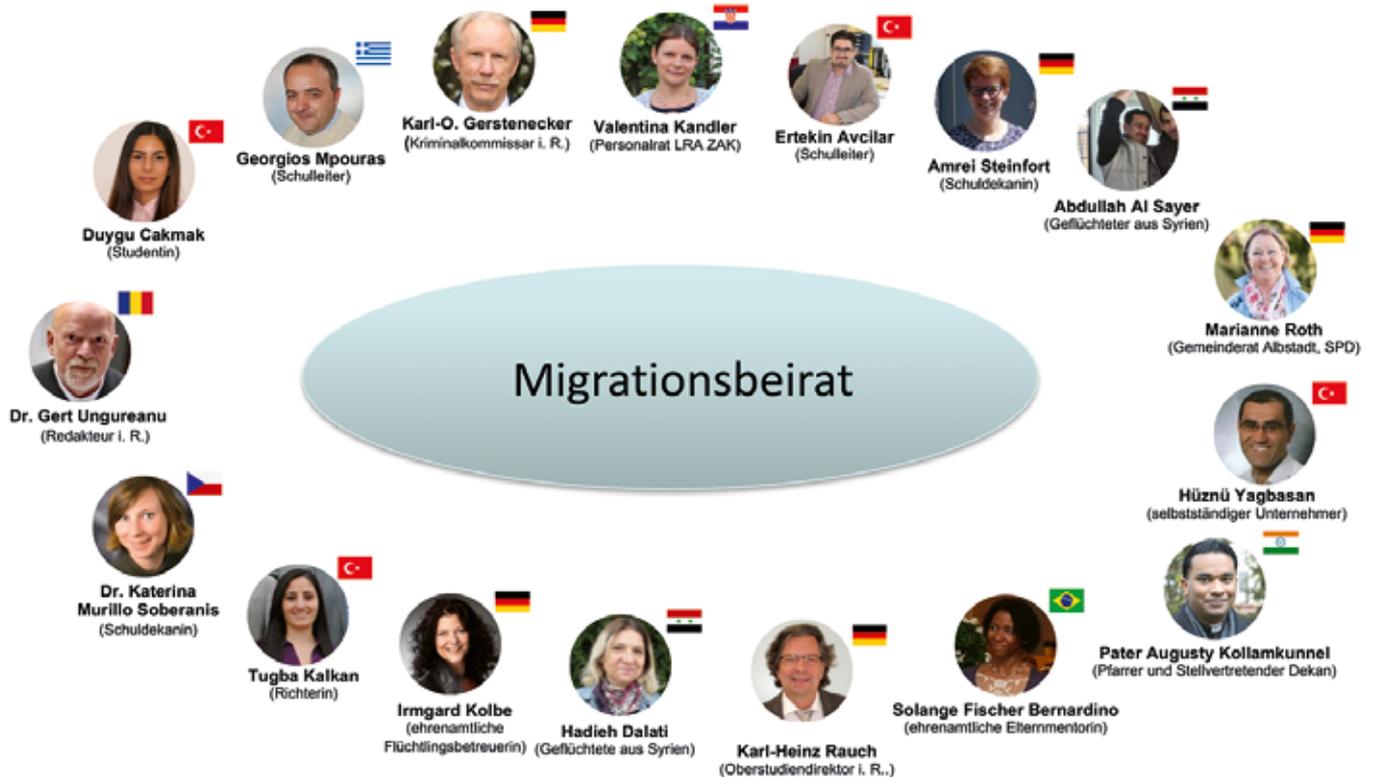
Der Beirat besteht unter dem Vorsitz von Landrat Günther-Martin Pauli aus 17 Mitgliedern. Sie sind Vertreter aus Politik, Bildung, Kirche, Verwaltung, Wirtschaft und weiteren Bereichen. Von den Mitgliedern sind neun weiblich, acht männlich, die Altersspanne liegt zwischen 23 und 67 Jahren, zwölf besitzen eine Migrationsgeschichte. Sie kommen aus Brasilien, Deutschland, Griechenland, Indien, Kroatien, Rumänien, Syrien, Tschechien und der Türkei.

Der Migrationsbeirat hat verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die dem Ge-

samtgremium zuarbeiten. Derzeit bestehen vier Arbeitsgruppen mit den Themen:

- Sprache und Bildung
- Interreligiöser Dialog,
- Soziales sowie
- Kommunikation (zuvor: Charta der Gemeinsamkeiten).

Ein Großteil der Mitglieder mit Migrationsgeschichte leben seit Jahrzehnten in Deutschland und sind bestens integriert. Und die anderen, die in Deutschland geboren sind, haben ihrerseits Erfahrungen gemacht – als ehrenamtliche Helfende in der Landeserstaufnahme-



Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

einrichtung in Meßstetten, als Lehrende in den VABO-Klassen der Kreisschulen oder in der Flüchtlingsarbeit bei den Wohlfahrtsverbänden. „Wir wollen, dass Sie Ihr Fachwissen und Ihre Erfahrungen in diesem Gremium einbringen, um die Integration und Chancengleichheit von Migranten im Zollernalbkreis zu stärken“, so Landrat Günther-Martin Pauli zu den Mitgliedern des Gremiums bei der Gründung im April 2019.

### Funktion und Aufgaben

Aufgabe des Beirates ist es unter anderem, Vorurteile abzubauen und das Zusammenleben verschiedener Kulturen zu erleichtern. Kurz gesagt: Die einzelnen Nationen sollen nicht „unter sich“ bleiben, sondern in Kontakt treten und ein gutes Miteinander finden. Ziel ist es zudem, Probleme aufzuzeigen und bei Konflikten zu schlichten. Darüber hinaus soll der Migrationsbeirat das Interesse an kommunalpolitischer Arbeit bei Migranten fördern und Ansprechpartner für alle Bürger des Landkreises sein.

Der Migrationsbeirat hat eine beratende Funktion und soll den Kreistag durch Anregungen, Empfehlungen und Stellungnahmen unterstützen in Fragen, die das Zusammenleben und die Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte betreffen. Dazu soll der Beirat im Kreistag oder im Schul-, Kultur- und Sozialausschuss in regelmäßigen Abständen berichten.

Viele Themen wurden bereits bei der ersten Sitzung angesprochen, von den Alltagssorgen vieler Migranten bis hin zur Wohnungsnot, die viele Bürger betrifft. In einem Workshop wurden unter anderem die Zuständigkeiten im Gremium und das weitere Vorgehen geklärt. Das Gremium wurde von Landrat Günther-Martin Pauli nach der Gründungsversammlung per Handschlag verpflichtet.

„In der vielfältigen Gesellschaftsstruktur des Zollernalbkreises sind Sie Sprachrohr und zugleich Brückenbauer“, betont Landrat Pauli. „Es geht nicht nur um die jüngste Flüchtlingswelle, um die Asylsuchenden, die mit ihren Familien

aus Krisengebieten nach Europa und Deutschland gekommen sind. Es geht ebenfalls um die ‚Gastarbeiter‘, die nach dem Zweiten Weltkrieg angeheuert wurden und geblieben sind. Und es geht um hunderttausende Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern. Sie alle haben ihre Kultur und Lebensweise mitgebracht, und sie alle sollen sich durch das neue Gremium vertreten fühlen.“

### LAKA-Beitritt

Noch in der Gründungsversammlung wurde einstimmig beschlossen, dem Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen (LAKA-BW) beizutreten. Dieser vertritt seinerseits die Migrationsbeiräte im Land und steuert Projekte wie „Frauen in die Kommunalpolitik“ oder Umweltbildung. Und eine erste Resolution wurde verabschiedet: Das Gremium fordert, dass in allen Schulen eine zusätzliche Prüfung in der jeweiligen Muttersprache abgelegt werden



Migrationsbeirat mit Vertretern von LAKA im April 2019

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

kann. Bisher war das nur an Hauptschulen möglich.

Nachdem in mehreren Sitzungen beraten und zum Teil ausführlich diskutiert worden war, haben die Mitglieder des Migrationsbeirates die „Charta der Gemeinsamkeiten“ verabschiedet. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurde sie per Online-Abstimmung und E-Mail beschlossen.

Neben der kommunalpolitischen Beratung ist zukünftig eine Vertretung in weiteren Gremien geplant wie beispielsweise im Jugendhilfeausschuss, im Kreis seniorenrat, im Beirat des Jobcenters oder im Kriminalpräventiven Rat.

## Personelle und finanzielle Ausstattung

Der Integrationsbeauftragten des Zollernalbkreises obliegt die Geschäftsführung des Migrationsbeirates. Die Mitglieder erhalten Sitzungsgeld für Sitzungen im Plenum, dieses bemisst sich nach der aktuellen Satzung des Zollernalbkreises über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit. Darüber hinaus sind im Kreishaushalt weitere Mittel für Projekte eingestellt.

## Vorteile eines Gremiums auf Landkreisebene

Ein Gremium auf Landkreisebene ist nicht ausschließlich an kommunale Strukturen gebunden, vielmehr ergeben sich auf dieser Ebene breitere Synergieeffekte sowie größere Vernetzungsmöglichkeiten. Die Beratung durch den Migrationsbeirat kann, aber muss nicht von Gemeindeorganen genutzt werden.

## Kompetente Mitglieder

Alle Mitglieder des Migrationsbeirates bringen aus den verschiedenen Lebens-

und Berufswelten wertvolle Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich Migration und Integration in die Arbeit des Gremiums und in die Arbeitsgruppen ein. Ganz wesentlich zum Erfolg der inhaltlichen Arbeit trägt die Übernahme der organisatorischen Aufgaben durch die hauptamtliche Integrationsbeauftragte bei. Hierdurch können sich die Mitglieder voll und ganz auf ihre inhaltlichen Aufgaben konzentrieren.

## Erfolg des Migrationsbeirats

Das erfolgreiche Operieren des Migrationsbeirates begründet sich in dem Erfahrungsschatz der Kompetenzen, dem Engagement und der Motivation sowie der Kreativität, die die Mitglieder zur Erreichung der Ziele einbringen. Diese Ziele sind, sich gegen Rassismus und Antisemitismus zu positionieren, sich für eine Erweiterung von Chancengleichheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Mitbestimmung aller Menschen im Zollernalbkreis einzusetzen.

Wichtige Erfolgsfaktoren sind Empathie und soziale Kompetenz, Geduld und Leidenschaft sowie Offenheit und Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft und die Mitmenschen, diese Erfolgsfaktoren zeichnen die Mitglieder des Gremiums aus.

Mittlerweile haben weitere Treffen der Arbeitsgruppen stattgefunden; verschie-



Mitglieder besuchen das KaufWaschCafé in Albstadt.

Quelle: Landratsamt Zollernalbkreis

dene Einrichtungen wurden besucht und Kontakte geknüpft.

Der Beirat konnte bereits einige Vorhaben erfolgreich umsetzen wie beispielsweise die Charta der Gemeinsamkeiten, den Auftakt zum Runden Tisch der Religionen, die Homepage des Migrationsbeirates und das Mitwirken an der Interkulturellen Woche im Zollernalbkreis 2020. Daneben sind viele weitere Projekte bereits in Planung, unter anderem eine erweiterte Sprachförderung, Schülernachhilfe, Elternabende für einzelne Migrantengruppen oder Start-up Seminare in Zusammenarbeit mit der IHK.

Gert Ungureanu ist Redakteur im Ruhestand und Mitglied im Migrationsbeirat des Zollernalbkreises. Ute Sauter ist Integrationsbeauftragte im Landratsamt Zollernalbkreis.

## **Migrationsbeirat Zollernalbkreis: Charta der Gemeinsamkeiten**

„Wir sind Menschen unterschiedlicher Herkunft.

Wir kommen aus verschiedenen Kulturkreisen. Wir sind in unterschiedlichen Sprachräumen aufgewachsen.

Wir unterscheiden uns in unserem Aussehen, in unserem Glauben, in unserer Erziehung, in unserer Schulbildung, in unseren Gewohnheiten und Erfahrungen.

Aber wir alle haben unser Zuhause im Zollernalbkreis. Das bedeutet, dass wir uns gemeinsam bemühen, unseren Landkreis, unsere Städte und Gemeinden voranzubringen und ein klein wenig besser zu machen.

Unsere Ziele haben wir zusammengefasst in einer

**Charta der Gemeinsamkeiten**

## **Charta der Gemeinsamkeiten**



### **Wir wollen Heimat für alle**

Heimat ist dort, wo jeder das Recht hat, ohne Fremdbestimmung in Frieden und Freiheit leben und sein Glück selbst zu gestalten. Der Zollernalbkreis ist Heimat für alle, die hier leben wollen. „Heimat wird nicht weniger, wenn man sie teilt.“

### **Wir wollen ein respektvolles Miteinander**

Wir fordern Toleranz und Akzeptanz gegenüber allen Menschen, ungeachtet der Herkunft, Sprache, Nationalität oder Hautfarbe.

### **Wir wollen miteinander reden**

Wir erwarten Bereitschaft für einen offenen und *konstruktiven* Austausch, bei dem jeder vom anderen lernt. Vielfalt und Toleranz sind ein Beitrag zur Menschenrechts- und Friedensbildung, zur Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft. Unsere gemeinsame Sprache ist Deutsch, und in unserem Handeln orientieren wir uns am Grundgesetz.

### **Wir sehen Vielfalt als Chance**

Integration in die Gemeinschaft bedeutet nicht Gleichschaltung, sondern ein Zusammenleben trotz aller Unterschiede. Es bedeutet nicht nur Verpflichtungen, sondern auch Teilhabe für alle in einer freien und demokratischen Gesellschaft.

### **Wir sind gemeinsam verantwortlich für Natur und Umwelt**

Ein gutes Zusammenleben bedeutet auch einen achtsamen und respektvollen Umgang mit der Natur. Sie ist das Erbe, das wir unseren Kindern hinterlassen.

### **Wir treten für Glaubensfreiheit ein**

Wir vertreten, dass jeder Mensch seinen Glauben frei ausleben darf. Es gibt keinen Frieden ohne Religionsfrieden.

Ein respektvoller Umgang mit allen Menschen setzt Werte wie Frieden, Menschlichkeit und Gastfreundschaft voraus.

### **Wir stehen für Toleranz und Vielfalt**

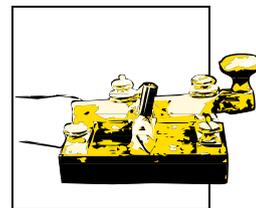
Jeder Mensch darf seine eigene Identität frei und ohne Angst vor Diskriminierung ausleben. Die moderne Gesellschaft setzt Selbstbestimmung voraus. Sie besteht aus Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher psychischer, geistiger oder physischer Disposition, geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung.

### **Wir wollen Bildung für alle**

Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung und freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, ungeachtet seiner Familienverhältnisse, seiner Herkunft oder seiner ökonomischen Situation.

### **Wir wollen Sprachrohr und Vermittler sein**

Wir wollen Beteiligung für alle, die hier leben, ganz im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wir wollen Vermittler sein zwischen allen Zollernalblern und den Entscheidungsträgern.



## NACHRICHTEN

### **Landkreistagspräsident Walter: „Kurzzeitpflege durch bedarfsorientiertes Landespflegegeld stärken“ vom 25. September 2020**

#### **Landkreistag veröffentlicht Positionspapier „Gute Pflege braucht das Land“**

„Ein Hauptproblem ist, dass die Pflegeversicherung nur einen festen Sockel bezahlt, während der in Baden-Württemberg mit durchschnittlich 2.354 Euro pro Monat ohnehin schon besonders hohe Eigenanteil der Pflegebedürftigen nach oben offen ist. Damit geht jede Qualitätsverbesserung zu Lasten der zu Pflegenden“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen) anlässlich der Veröffentlichung eines pflegepolitischen Positionspapiers seines Verbands heute in Stuttgart.

Bei diesem Thema sei maßgeblich der Bund gefordert, der das aktuelle System umdrehen und dafür sorgen müsse, dass die Pflegekassen die Pflegekosten vollständig tragen und den Versicherten nur mehr ein fixer, nach oben begrenzter Sockelbetrag als Eigenanteil angerechnet wird, betonte Walter. Er spreche sich insofern klar für den auf Bundesebene diskutierten „Sockel-Spitze-Tausch“ aus.

Allerdings dürfe das Land nicht warten, bis sich der Bund zu einer grundlegenden Reform der Pflegeversicherung entschließe, unterstrich Landkreistagspräsident Walter. „Gewissermaßen als Einstieg bedarf es kurzfristig der Einführung eines bedarfsorientierten Landespflegegeldes, das für die Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege eingesetzt werden kann.

Dadurch werden nicht nur Pflegebedürftige finanziell unterstützt, sondern wird zugleich auch die Kurzzeitpflege gestärkt. Die Stärkung der Kurzzeitpflege ist entscheidend, um die gerade auch in Baden-Württemberg so wichtige Angehörigenpflege zu stabilisieren. Schließlich werden hierzulande drei Viertel der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Die pflegenden Angehörigen sind auf die Kurzzeitpflege dringend angewiesen, um auch einmal durchschnaufen zu können“, erläuterte Landkreistagspräsident Walter.

Neben dem Vorschlag, ein bedarfsorientiertes Landespflegegeld einzuführen, sprechen sich die baden-württembergischen Landkreise etwa auch für die Schaffung einer Informations- und Beratungsplattform zum Thema Pflege aus. „Wichtig ist uns“, so Landkreistagspräsident Walter, „dass eine solche Plattform interaktiv gestaltet ist, also beispielsweise auch eine videotelefonische Erstberatung durch die Pflegestützpunkte ermöglicht.“

Das Positionspapier „Gute Pflege braucht das Land“ des Landkreistages Baden-Württemberg kann unter [www.landkreistag-bw.de](http://www.landkreistag-bw.de) im Bereich Downloads – Positionen & Stellungnahmen – Soziales heruntergeladen werden.

### **15 Jahre Straßenunterhaltung bei den Landkreisen vom 9. September 2020**

#### **Landkreistagspräsident Walter zieht Bilanz und erhebt Forderungen**

„Es hat sich vollauf bewährt, dass die Straßenunterhaltung seit der Verwaltungsreform von 2005 bei den Landratsämtern angesiedelt ist“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), anlässlich der Veröffentlichung eines entsprechenden Positionspapiers seines Verbands. Allein schon, dass die Verkehrsbehörde im selben Haus sitze, habe sich als Riesenvorteil erwiesen. Für den Bereich der Straßenunterhaltung gelte, so Walter weiter, was für die Verwaltungsreform insgesamt festzustellen sei. Durch die Bündelung nahezu sämtlicher Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden wie etwa Naturschutz, Landwirtschaft und Forst bei den Kreisen habe man erhebliche Synergieeffekte erzielen können

„Allerdings kann eine noch so gut aufgestellte Verwaltung ihre Aufgaben nur dann anständig erfüllen, wenn sie angemessen finanziert wird“, betonte Landkreistagspräsident Walter. „Umso dringlicher ist es, dass das Land die Mittel für den Betrieb und die Unterhaltung von Landesstraßen anhebt, und zwar rückwirkend ab dem Jahr 2018“, erläuterte Walter. So seien die sogenannten UI-Mittel zwar bis zum Jahr 2017 schrittweise auf 72,6 Millionen Euro angehoben worden. Auf die vom Staatsministerium zugesicherte Neuverhandlung der Zahlungsbeträge ab dem Jahr 2018 warte

man hingegen immer noch. „Es kann und darf nicht sein, dass diese staatliche Aufgabe aus Kreisumlagemitteln und damit von den Städten und Gemeinden finanziert wird“, unterstrich Präsident Walter. Dies gelte umso mehr, als es in der Zwischenzeit zu erheblichen Ausgabensteigerungen gekommen sei. Als Ursachen für die Kostensteigerungen bei der Straßenunterhaltung nannte Präsident Walter beispielhaft höhere tarifbedingte Personal-, Material- und Treibstoffkosten sowie neue Verkehrsanlagen wie Tunnel und Umgehungsstraßen. „Es fehlen den Landkreisen seit 2018 pro Jahr mindestens 2,2 Mio. Euro. Allein für 2020 müssten sich die Landeszuweisungen statt auf 72,6 auf mindestens 79,2 Millionen Euro belaufen“, erläuterte Walter. Es gehe dem Landkreistag allerdings nicht nur um Finanzielles. „Als Landkreistag haben wir die gesamte Straßenbauverwaltung im Blick, zumal mit der Gründung der Autobahn GmbH des Bundes ein Paradigmenwechsel ansteht. Die beabsichtigte Novellierung des Landesstraßengesetzes muss eine schlagkräftige Aufgabenverteilung für die Zukunft bewirken, ohne effektive Strukturen vor Ort zu zerschlagen“, hob Walter hervor.

Die geplante Bündelung der Tunnelüberwachung in der Landesstelle für Straßentechnik bewertete Walter in diesem Zusammenhang differenziert: „Mancherorts mag die Delegation der Tunnelüberwachung an die Landesstelle für Straßentechnik als Option Sinn machen. Doch wo vor Ort schon schlagkräftige Kooperationen etwa mit den integrierten Leitstellen von Feuerwehr und Rettungsdienst bestehen, ist der Zentralisierung eine entschiedene Absage zu erteilen“. Eine solche Zwangsverlagerung von Verantwortlichkeiten widerspreche Buchstabe und Geist der Verwaltungsreform.

Hingegen sei es folgerichtig und zu begrüßen, erklärte Walter, dass mit der Neufassung des Straßengesetzes endlich die Zuständigkeit der Regierungspräsi-

dien für größere Felssicherungsmaßnahmen rechtlich klargestellt werde. Schließlich entspreche dies der seit der Verwaltungsreform gelebten und bewährten Praxis. Allerdings müsse diese gesetzliche Klarstellung selbstverständlich auch für die Fälle gelten, die bereits begonnen, aber noch nicht fertiggestellt wurden. „Ein Hin und Her bei den Zuständigkeiten für Felssicherungsmaßnahmen macht definitiv keinen Sinn“, unterstrich Landkreistagspräsident Walter.

Das Positionspapier „Straßenunterhaltung und Straßenbetriebsdienst“ des Landkreistages Baden-Württemberg kann unter [www.landkreistag-bw.de](http://www.landkreistag-bw.de) im Bereich Downloads – Positionen & Stellungnahmen – Mobilität heruntergeladen werden.

### **Joachim Walter als Vizepräsident des Deutschen Landkreistags wiedergewählt vom 7. September 2020**

Der Tübinger Landrat Joachim Walter wurde erneut zum Vizepräsidenten des Deutschen Landkreistags (DLT) gewählt. Er bekleidet dieses Amt seit 2014. Der DLT vertritt als einer von drei kommunalen Spitzenverbänden die Interessen der 294 deutschen Landkreise auf Bundesebene. Den Landkreisen mit ihren Gesundheitsämtern kommt aktuell bei der Eindämmung der Corona-Pandemie eine maßgebliche Rolle zu. Joachim Walter ist zugleich Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg.

### **„Landkreistag fordert genaue Corona-Leitfäden für Schulen“ vom 4. September 2020**

Im Hinblick auf die dpa-Meldung „Landkreistag fordert genaue Corona-Leitfäden für Schulen“ stellt der Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen), klarstellend fest:

„Der Landkreistag fordert schon seit geraumer Zeit sogenannte „Schubladelösungen“, damit die Gesundheitsämter im Land bei einem Infektionsgeschehen in Schlachthöfen und Betrieben, Schulen und Kitas möglichst einheitlich verfahren und die Betroffenen wissen, was sie erwartet. Adressaten dieses Anliegens waren dabei zuständigkeitsshalber das Sozialministerium und das Landesgesundheitsamt.“

### **Vor 10 Jahren wurden bei den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs Pflege- stützpunkte eingerichtet vom 21. August 2020**

#### **Pflegestützpunkte im Land sind ein Erfolgsmodell**

Ein Schlaganfall, ein Verkehrsunfall oder altersbedingte Einschränkungen – häufig sind es diese, oft unvorhersehbare Ereignisse, durch die Menschen, jüngere ebenso wie ältere, pflegebedürftig werden. Was dann? Wie kann die Versorgung organisiert werden? Wer kümmert sich? Woher bekommt man finanzielle Unterstützung?

Damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen Unterstützung bei diesen oder ähnlichen Fragen bekommen und unnötige Wege zu unterschiedlichen Ansprechpartnern erspart bleiben, wurden bei den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs vor 10 Jahren Pflegestützpunkte eingerichtet. Mittlerweile sind in allen 44 Stadt- und Landkreisen

Pflegeexperten mit der Beratung von Pflegebedürftigen betraut. Die Zahl der Mitarbeiter in den Pflegestützpunkten ist von knapp 90 im Jahr 2018 innerhalb von zwei Jahren auf 145 Vollzeitkräfte angewachsen. In den Pflegestützpunkten erhalten Menschen aller Altersgruppen wohnortnah, neutral und kostenlos Rat zu allen Fragen rund um die Pflege. Die Bandbreite reicht von einer einfachen Auskunft bis hin zu ausführlicher Beratung und Begleitung bei komplexen Problemlagen.

Die Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg werden gemeinsam von den Kranken- und Pflegekassen und den Land- und Stadtkreisen getragen. Mit dem Rahmenvertrag zur Arbeit und Finanzierung der Pflegestützpunkte, der vor zwei Jahren zwischen den kommunalen Landesverbänden und den Landesverbänden der Kranken- und Pflegekassen geschlossen wurde, wurde die Basis für einen weiteren Ausbau dieser Beratungsstruktur in Baden-Württemberg gelegt. Mit dieser bundesweit einzigartigen flächendeckenden Ausbaustruktur neutraler Beratungsstellen wurde ein wichtiger Schritt im Sinne der betroffenen Menschen getan.

## Landkreise auf Klimaschutzkurs vom 31. Juli 2020

**Landkreistagspräsident Walter: „Landesmobilitätskonzept als wichtiger Klimaschutzbaustein“**

„Die Landkreise in Baden-Württemberg bekennen sich zu den Klimaschutzzielen des Landes, wie sie etwa auch dem Entwurf des Klimaschutzgesetzes zugrunde liegen. Es ist zwar ambitioniert, aber machbar und vor allem auch ökologisch geboten, die Treibhausgasemissionen des Landes bis in zehn Jahren um mindestens 42 Prozent unter das Niveau von 1990 abzusenken“, erklärte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg,

Landrat Joachim Walter (Tübingen), anlässlich der Veröffentlichung eines Klimaschutzpolitischen Positionspapiers seines Verbands.

Um die Klimaschutzziele zu erreichen, spiele der Verkehrssektor eine maßgebliche Rolle, betonte Walter. „Als Landkreistag setzen wir auf ein ganzheitliches Landesmobilitätskonzept für Baden-Württemberg. Denn die zahlreichen, vielfach sinnvollen Einzelmaßnahmen im Verkehrsbereich müssen endlich zu einem stimmigen Gesamtpaket für nachhaltige Mobilität zusammengeführt werden“, erläuterte Landkreistagspräsident Walter. Angesichts der zu Recht ehrgeizigen Klimaschutzziele dürfe man sich nicht im verkehrspolitischen Klein-Klein verlieren, sondern müsse sich auf ein gemeinsames Zielbild verständigen und dieses dann mit Wumms umsetzen.

Allerdings enthalte das aktuelle Positionspapier des Landkreistags nicht nur Klimaschutzpolitische Forderungen an die Adresse von Land und Bund, so Joachim Walter. „Wir wollen nicht nur andere in die Pflicht nehmen, sondern verpflichten uns als Landkreise auch selbst – etwa darauf, die Landkreisverwaltungen bis 2040 auf Klimaneutralität zu trimmen. Die insoweit vorgesehenen Maßnahmen reichen von nachhaltiger Beschaffung über den Bezug von Ökostrom bis hin zum Aufbau nachhaltiger Mobilitätsangebote für die Beschäftigten“, erklärte Landkreistagspräsident Walter.

Das Positionspapier „Klimaschutz in den Landkreisen“ des Landkreistages Baden-Württemberg kann unter [www.landkreistag-bw.de](http://www.landkreistag-bw.de) im Bereich Downloads – Positionen & Stellungnahmen – Umwelt bzw. Mobilität heruntergeladen werden.

## Durchbruch bei Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag vom 29. Juli 2020

**Erste Einigung für eigenes Teilhaberecht von Menschen mit Behinderungen im SGB IX**

Die kommunalen Landesverbände, der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS), die Liga der freien Wohlfahrtspflege und die Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen haben sich nach langwierigen Verhandlungen auf einen Landesrahmenvertrag geeinigt, der die Grundlage für die künftigen Leistungen für Menschen mit Behinderungen nach dem Bundesteilhabegesetz bildet.

Zum 1. Januar 2020 ist die wesentliche Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Kraft getreten: Es beinhaltet ein eigenständiges Teilhaberecht für Menschen mit Behinderungen. Eine vom Ministerium für Soziales und Integration moderierte Arbeitsgruppe aus Städtetag, Landkreistag, KVJS, der Liga sowie der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) als Vertreter der Leistungserbringer, der Landesbehindertenbeauftragten und weiteren Vertretern der Menschen mit Behinderungen hat sich nun auf einen Vertrag geeinigt, mit dem man auf die Wünsche und Vorstellungen der Menschen eingehen kann. Im Mittelpunkt steht deren individueller Bedarf für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben durch personenzentrierte Leistungen. Die Angebote sind damit effizient, flexibel und mit wenig Bürokratie umzusetzen.

Die Landesbehindertenbeauftragte Stephanie Aeffner zeigt sich mit dem Ergebnis sichtlich zufrieden: „Die Einigung ist ein wichtiges Zeichen für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft“, sagt sie. „Hatten sich bisher die Menschen an das System mit seinen Einrichtungen anzupassen, ist

nun die Voraussetzung geschaffen, dass die Angebote nach und nach umgestaltet werden können. Es wird Aufgabe der Leistungserbringer und einer klugen Sozialplanung vor Ort sein, dass die Leistungen zu den Menschen kommen – dorthin wo sie leben wollen, sodass sie ihren Alltag genauso selbst-bestimmt gestalten können, wie Menschen ohne Behinderungen. Unabhängig davon, ob sie in einer Einrichtung leben oder in einer eigenen Wohnung.“

„Damit Menschen mit Behinderungen in ihrem Leben mehr selbst bestimmen können, nehmen wir zusätzliche kommunale Gelder in die Hand“, sagt Prof. Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer des Landkreistags. „Zudem konnten wir uns darauf einigen, mehr Transparenz und Möglichkeiten der Qualitätssicherung zu schaffen: Durch Nachweise zum Personaleinsatz und zu den tatsächlich entstandenen Kosten können wir prüfen, dass das Geld tatsächlich bei den Menschen ankommt. Denn das Ziel der kommunalen Landesverbände war und ist eine auf Personen orientierte Hilfe. Der Landesrahmenvertrag bildet dafür einen verlässlichen Rahmen und liefert Klarheit in den Abläufen.“

Auch die Liga als Vertreter der Leistungserbringer hat sich stark für landeseinheitliche Lebensverhältnisse der Menschen eingebracht: „Wir haben nun Sicherheit geschaffen für die Verhandlungen vor Ort“, sagt Ursel Wolfgramm, Vorsitzende der Liga. „Bei 44 Stadt- und Landkreisen geht das nur über einen verbindlichen Rahmen. Wir haben uns auf Regeln für die Ermittlung der Personalausstattung geeinigt, damit wir die Menschen in guter Qualität und zugewandt so unterstützen können, wie es ihrem tatsächlichen Bedarf entspricht – und weil die erforderliche Assistenz nicht an den Kosten scheitern darf.“ Froh und erleichtert über die Einigung bei den Verhandlungen zeigte sich der Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha: „Heute ist ein guter Tag für alle

Menschen mit Behinderungen in Baden-Württemberg. Es war unser gemeinsames Ziel, nicht nur die Paragraphen des BTHG abzuschreiben, sondern sie mit Leben zu füllen. Sie haben mit der heutigen Vereinbarung einen wichtigen Beitrag dafür geleistet, die Lebenssituation und die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen zu stärken“, dankte der Minister allen Beteiligten. „Mit dem jetzt vereinbarten, qualitativ hochwertigen Rahmenvertrag gehen wir einen großen Schritt zur rechtlichen Umsetzung der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe der Menschen mit Behinderungen am Leben der Gesellschaft in Baden-Württemberg“, so Lucha.

Die BWKG spricht sich für eine partnerschaftliche und faire Umsetzung des neuen Landesrahmenvertrags aus, mit der gewährleistet wird, dass das bisher bewilligte Budget der Leistungserbringer noch für eine Übergangszeit erhalten bleibt.

Nun müssen die vereinbarten Eckpunkte in den Gremien der Verhandlungspartner beschlossen werden.

### **Hintergrund:**

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) beinhaltet ein eigenständiges Teilhaberecht für Menschen mit Behinderungen im Sozialgesetzbuch SGB IX. Den Rahmen dafür bildet der Landesrahmenvertrag zwischen den Stadt- und Landkreisen als Leistungsträger und den von der Liga der freien Wohlfahrtspflege vertretenen Leistungserbringern. Zum 1. Januar 2020 trat zunächst eine Übergangsvereinbarung in Kraft als vorläufige vertragliche Grundlage für die Leistungen der Eingliederungshilfe.

## **„Kabinett beschließt massive Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und zusätzlichen Rettungsschirm für Krankenhäuser im Land“ vom 21. Juli 2020**

Zu der Ankündigung von Ministerpräsident Kretschmann und Gesundheitsminister Lucha, als Land den Öffentlichen Gesundheitsdienst und die Krankenhäuser nachhaltig zu stärken, erklärt der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, Landrat Joachim Walter (Tübingen):

„Ich bin erleichtert, dass die Stärkung der Gesundheitsämter nunmehr politisch beschlossen ist. Viele Experten halten eine zweite Corona-Welle für wahrscheinlich, eventuell bereits im Herbst. Deswegen haben wir uns als Landkreistag auch so hartnäckig dafür eingesetzt, dass die Gesundheitsämter als Rückgrat der Pandemiebekämpfung jetzt und nicht erst nach der Sommerpause gestärkt werden. Es wird ohnehin nicht ganz einfach, die Stellen zu besetzen. Umso wichtiger war es, dass der Ministerrat heute die Weichen so gestellt hat, dass sich die Gesundheitsämter für den Herbst optimal wappnen können.

Mit der finanziellen Unterstützung für die Krankenhäuser trägt das Land dem Umstand Rechnung, dass die Kliniken sich in der Corona-Krise ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Verluste in den Dienst der Menschen gestellt haben. Um Flaschenhalseffekte wie in anderen europäischen Staaten zu verhindern, haben die Krankenhäuser hierzulande Kapazitäten erweitert und aufschiebbare Behandlungen verschoben. Dies hat zu erhöhten Ausgaben und wegbrechenden Einnahmen geführt, die vom Bund nicht umfänglich ausgeglichen wurden. Dass das Land hier in die Bresche springt, ist hoch anerkennenswert.“

**3. Klimaschutzpakt mit den kommunalen Landesverbänden unterschrieben  
– 27 Millionen Euro für weitere Klimaschutzmaßnahmen**

**Umweltminister Franz Untersteller:  
„Die Kommunen sind Vorbild und Motor beim Klimaschutz. Wir helfen ihnen, diese Aufgaben wahrzunehmen.“  
vom 8. Juli 2020**

Die Kommunalen Landesverbände (KLV) und das Land Baden-Württemberg haben heute ihren Klimaschutzpakt fortgeschrieben. In ihm bekennen sich Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag zur Vorbildwirkung der öffentlichen Hand beim Klimaschutz und zum Ziel, bis 2040 eine weitgehend klimaneutrale Verwaltung zu erreichen. Das Land stellt Landkreisen, Städten und Gemeinden in diesem und im kommenden Jahr Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 27 Millionen Euro zur Verfügung, um entsprechende Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen.

Umweltminister Franz Untersteller bezeichnete den 3. Klimaschutzpakt als wichtiges Instrument, um den Klimaschutz im Land voranzubringen und flächendeckend die Treibhausgasemissionen zu senken: „Landkreise, Städte und Gemeinden werden da aktiv, wo Klimaschutz ganz unmittelbar wirkt. Vor Ort und mitten in der Gesellschaft. Jedes Projekt und jede Maßnahme kommen direkt den Menschen zugute und bringen uns den Klimaschutzziele näher. Deshalb ist mir der Klimaschutzpakt so wichtig.“

Der Pakt sei eine beiderseitige Willens- und Verpflichtungserklärung, sagte Untersteller. „Wir führen unsere erfolg-

reichen Klimaschutzprogramme wie ‚Klimaschutz-Plus‘ und ‚Klimaschutz mit System‘ fort beziehungsweise erweitern sie. Und die Kommunen sichern zu, ihr Engagement und ihre Anstrengungen auszubauen. Sei es beispielsweise bei der energetischen Sanierung von kommunalen Gebäuden, bei der Nutzung erneuerbarer Energien oder beim Einsatz energiesparender Computertechnik und Straßenbeleuchtung.“

Für den Landkreistag erklärte Präsident Joachim Walter: „Wir sehen uns als Landkreise in einer Vorbildfunktion, wenn es darum geht, der globalen Menschheitsaufgabe Klimaschutz vor Ort und ganz konkret gerecht zu werden. Daher verfolgen wir auch konsequent das Ziel, mit unseren Verwaltungen bis 2040 klimaneutral zu werden. Der Klimaschutzpakt und die dort enthaltenen Fördertatbestände helfen uns auf dem Weg dorthin. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass die vom Land für das Förderprogramm Klimaschutz-Plus bereitgestellten Mittel im Vergleich zu den letzten Jahren nochmals deutlich erhöht wurden. Besonders freut uns, dass mit dem neuen Klimaschutzpakt gerade auch die regionalen Energieagenturen gestärkt werden. Damit ist ein Kernanliegen der Landkreise aufgegriffen worden.“

Auch Gemeindetagspräsident Roger Kehle bekräftigte das Ziel, den Klimaschutz vor Ort weiter auszubauen: „In unseren Städten und Gemeinden steht Klimaschutz schon seit vielen Jahren auf der Agenda. Die vielen Auszeichnungen und best-practice Beispiele aus Baden-Württemberg zeigen klar: Kommunen können Klimaschutz. Ein wichtiges Signal für die Städte und Gemeinden ist, dass der Klimaschutzpakt auch eine deutliche Aufstockung von Fördermitteln mit sich bringt. Wir sind nämlich überzeugt davon, dass Klimaschutz vor-

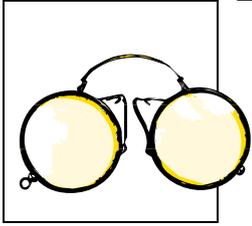
allem über Anreizsysteme und weniger über Gebote und Verbote vorangebracht werden muss.“

Mit dem 3. Klimaschutzpakt werben die KLV bei ihren Mitgliedern auch um eine unterstützende Erklärung. In der Vergangenheit haben bereits fast 280 Kommunen eine solche Erklärung unterschrieben. Kommunen, die eine Unterstützungserklärung abgeben, haben auch die Möglichkeit eine erhöhte Förderquote im Rahmen der Förderprogramme „Klimaschutz-Plus“ und „KLIMOPASS“ zu erhalten. Städtetagspräsident Dr. Peter Kurz: „Diese zweite erfolgreiche Fortsetzung des Paktes zeigt, dass Land und Kommunen Hand in Hand gearbeitet haben und weiterhin arbeiten.“

Mit dem Bonus im Rahmen des Programms Klimopass konnten wir die Motivation zur Unterzeichnung auf ein weiteres, bisher nicht berücksichtigtes, Förderprogramm ausweiten. Insgesamt ist die Weiterführung des Programms ein gutes Zeichen dafür, dass wir trotz der Corona-Pandemie das wichtige Thema Klimaschutz nicht aus den Augen verlieren. Die letzten Monate haben gezeigt, dass energisches Handeln auf kommunaler Ebene erfolgreich ist bei der Bekämpfung existentieller Bedrohungen. Das gilt auch für die Stärkung des Klimaschutzes. Die Kommunen spielen dabei eine zentrale und aktive Rolle.“

Der heute unterschriebene Pakt hat eine Laufzeit bis Ende 2021. Alle Partner haben die Absicht, ihn auch danach fortzusetzen. Gespräche darüber werden rechtzeitig stattfinden.

Die Vereinbarung im Wortlaut ist auf der Homepage des Umweltministeriums nachzulesen unter <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/kommunaler-klimaschutz/klimaschutzpakt/>



## PERSONALIEN

### Landrat Klaus Pavel erhält das Bundesverdienstkreuz

Am Mittwoch, den 8. Juli 2020, hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Stuttgart dem scheidenden Landrat des Ostalbkreises, Klaus Pavel, das Bundesverdienstkreuz überreicht. „Es gibt in Baden-Württemberg wohl nur wenige Landräte, die ein so hohes Ansehen genießen wie Sie, lieber Herr Pavel“, würdigte der Ministerpräsident das Engagement des langjährigen Landrates. Besonders hob der Ministerpräsident seine Standfestigkeit in der Flüchtlingskrise hervor. „Sie, lieber Herr Landrat Pavel, haben nicht einfach gefragt: Wofür bin ich zuständig? Sondern: Für wen bin ich verantwortlich?“, so Kretschmann. Gerade dies mache einen guten Landrat und Politiker erst aus, fasste Kretschmann das Wirken des scheidenden Landrats zusammen.

Klaus Pavel übernahm das Amt des Landrates im Jahr 1996. Zuvor war er zwölf Jahre lang Bürgermeister der Gemeinde (Bad) Boll im Landkreis Göppingen.

### Präsident Landrat Joachim Walter feiert 60. Geburtstag

Am Dienstag, den 29. September 2020, feierte der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg, der Tübinger Landrat Joachim Walter, seinen 60. Geburtstag. Stellvertretend für alle Gremien des Landkreistags gratulierte das Präsidium dem Verbandspräsidenten und dankte ihm für sein enormes, unermüdliches Engagement nicht nur auf Landes-, sondern auch auf Bundesebene. Joachim Walter studierte Rechtswissenschaft und wurde nach verschiedenen Verwendungen in der Innenverwaltung



Quelle: Landkreistag Baden-Württemberg

des Landes im Jahr 2003 erstmals zum Landrat des Landkreises Tübingen gewählt. 2011 sowie 2019 wurde er in seinem Amt bestätigt. Von 2007 bis 2013 war er Vizepräsident, seit 2013 ist er Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg.

Bereits am 7. September 2020 ist Landrat Joachim Walter von der Mitgliederversammlung des Deutschen Landkreistages (DLT) erneut zu dessen Vizepräsidenten gewählt worden. Er bekleidet dieses Amt seit 2014. Der DLT vertritt als einer von drei kommunalen Spitzenverbänden die Interessen der 294 deutschen Landkreise auf Bundesebene.

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag und zur erneuten Vizepräsidentenschaft beim Deutschen Landkreistag!



Quelle: Staatsministerium Baden-Württemberg



## Abfallwirtschaft

### **Abfallberater im Hohenlohekreis ist sauer – stinksauer! Wilde Müllablagerungen haben zugenommen – Abfallwirtschaft startet Kampagne**

Abfallberater Rainer Mugler ist sauer – stinksauer! Mit der Corona-Pandemie haben auch im Hohenlohekreis die Ablagerungen von Wildem Müll spürbar zugenommen. Teilweise mehrmals pro Woche muss Rainer Mugler mit seinem Team den illegal entsorgten Unrat im ganzen Kreisgebiet einsammeln. Manche Zeitgenossen werfen gleich ganze Kofferraumladungen Müll rücksichtslos entlang von Wegen aus dem Auto. Abfall jeglicher Art landet so an Straßenrändern oder in Wald und Flur. Von behandeltem Altholz über rohes Fleisch bis zu schrottreifen Autos ist alles dabei.

In seinem neuen Videoclip überrascht Abfallberater Rainer Mugler einen Umweltsünder auf frischer Tat. Mugler ärgert sich dabei so sehr, dass die Abfallwirtschaft das Video sogar mit einem Piepton zensieren musste. Zu sehen ist das neue Video auf dem YouTube-Kanal der Abfallwirtschaft unter <https://youtu.be/QS8zL7btVZo>

Von den Umweltsündern hat Rainer Mugler jetzt aber genug! „So kann das nicht weitergehen“, schimpft der Hohenloher. Besonders im Blick hat Mugler dabei die Ferienzeit, denn dann zieht es viele Menschen raus in die Natur – mit allen bekannten Begleiterscheinungen. Potenzielle Müllsünder sollen daher jetzt mit einer kreisweiten Plakataktion abge-



**Abfallberater Rainer Mugler ist stinksauer über die wilden Müllablagerungen in der Natur!**

Quelle: LRA Hohenlohekreis

schreckt werden. Dabei nehmen Rainer Mugler und die Abfallwirtschaft kein Blatt vor den Mund. Auf den Plakaten, die unter anderem an den Waldparkplätzen im Hohenlohekreis aufgehängt werden, wird die Frage gestellt: „Warum wirfst Du Deinen Müll in die Natur?“ Die Antworten sind bewusst provokativ. Zur Auswahl stehen: 1. Weil ich ein blöder Seggl bin! 2. Weil mir die Umwelt egal ist! 3. Weil Mami eh hinter mir herputzt! Oder: Weil alle drei Gründe auf mich zutreffen!

Mit dieser kreisweiten Kampagne will die Abfallwirtschaft aufrütteln. „Wir wollen unmissverständlich klarstellen, dass Müll in die Landschaft kippen eine riesengroße Sauerei ist“, unterstreicht der Geschäftsführer der Abfallwirtschaft Sebastian Damm. Schließlich werde so

die Umwelt teilweise erheblich belastet und die Kosten für das Einsammeln müssten von der Allgemeinheit getragen werden. „Für Wilden Müll fehlt uns jedes Verständnis“, so Damm weiter. Im Hohenlohekreis gibt es ein überdurchschnittlich hohes Angebot an Möglichkeiten, seine Abfälle zu entsorgen. Eine illegale Abfallentsorgung ist daher fast immer auf Bequemlichkeit zurückzuführen. Manche Zeitgenossen wollen aber auch einfach Geld auf Kosten der Allgemeinheit sparen.

Die Abfallwirtschaft Hohenlohekreis versucht in jedem Fall die Verursacher von wilden Müllablagerungen zu ermitteln und zur Anzeige zu bringen. Die Täter handeln bewusst gegen Naturschutz- und Umweltgesetze und hoffen, nicht erwischt zu werden. Je nachdem,

welche Abfälle illegal abgeladen wurden, könnte es sich sogar um eine Straftat handeln.

„Wir hoffen auf die Unterstützung der Bevölkerung durch die Meldung wilder Müllablagerungen“, wünscht sich der Abfallberater.

Die fachgerechte Entsorgung durch die Abfallwirtschaft Hohenlohekreis verursacht einen extrem hohen Aufwand an Personal und Transport. Die Kosten müssen von allen getragen werden. Es gibt keine Entschuldigungen für wilde Müllablagerungen. Die Täter handeln bewusst gegen Naturschutz- und Umweltschutzgesetz und hoffen, nicht erwischt zu werden. Versuchen wir, gemeinsam etwas dagegen zu tun!

## Digitalisierung

### Mit 5G die Notfallversorgung verbessern

Im Dezember 2019 erhielt der Ostalbkreis einen Förderbescheid des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) über 100.000 Euro zur Erstellung eines Konzepts im Rahmen des 5G Innovationswettbewerbs. Ende August hat der Landkreis sein fertiges Konzept unter dem Titel „Rettungskette 5G“ beim BMVI eingereicht. Bis Ende des Jahres wird über die ersten fünf 5G-Modellregionen entschieden, im Jahr 2021 sollen fünf weitere Regionen folgen. Ein Projektteam bestehend aus Stefan Jenninger (Projektleiter Ostalbkreis), Dr. Caroline Grupp (Leiterin der Zentralen Notaufnahme auf Ostalb-Klinik), Marc Sachsenmaier und Ralf Nuding (beide DRK-Kreisverband Aalen) sowie Patrick Eder (Zentrum für Telemedizin Bad Kissingen) hat in den vergangenen acht Monaten ein Konzept entwickelt, wie mittels des neuen Mobilfunkstandards 5G die notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung spürbar verbessert wer-



V. l. n. r.: Stefan Jenninger (Projektleiter Ostalbkreis), Patrick Eder (Zentrum für Telemedizin), Landrat a. D. Klaus Pavel, Dr. Caroline Grupp (Leiterin der Zentralen Notaufnahme am Ostalb-Klinikum), Matthias Wagner (Geschäftsführer DRK-Kreisverband Aalen), Ralf Nuding (Prozess- und Qualitätsmanagement DRK-Kreisverband Aalen), Prof. Dr. Ralf von Baer (Leiter des Studiengangs Digital Health Management an der Hochschule Aalen)  
Quelle: LRA Ostalbkreis

den kann. Durch die Weiterentwicklung bestehender und die Entwicklung neuer digitaler Anwendung für den Rettungsdienst und die Notaufnahme sollen die Überlebens- und Heilungschancen der Patienten wesentlich erhöht werden. Um die hierfür notwendige Datenübertragung unterbrechungsfrei sicherstellen zu können, sind die Leistungsmerkmale des neuen 5G-Standards notwendig. Das Konzept umfasst technische und organisatorische Lösungen für fünf Handlungsfelder:

- Mobile Ersthelfer-Alarmierung: Steigerung der Verfügbarkeit von medizinischem Equipment (im Anwendungsfall „Defibrillatoren“) mit autonomen Rettungsdrohnen, Ersthelfer-App mit Anbindung eines digitalen Pflasters an das 5G-Smartphone für die Anleitung von Ersthelfern bei der Herzdruckmassage sowie Sensoren an öffentlichen Defibrillatoren
- Integrierter Versorgungsnachweis: Echtzeit-Lenkung und Überwachung von Rettungsmitteln und Patientenströmen auf Basis von Livedaten aus der Rettungskette (Kapazitäten, Ressourcen) und des Verkehrs mit intelligenter Ampelschaltung
- Telemedizinische Voranmeldung: Bidirektionale Echtzeitübertragung zwi-

schon Rettungsdienst, Leitstelle und Krankenhaus (u.a. Vitaldaten, UHD-Videos und Ultraschallbilder) sowie Diagnostikunterstützung durch kollaborative KI-Roboter am Einsatzort (Ultraschall und Wärmebild) zur Vorbereitung der klinischen Diagnose und Therapie

- Telemedizinische Notfallassistenz: Augmented Reality-Kommunikation mit einem Telenotarzt zur Delegation von medizinischen Maßnahmen und Abfrage von Vorbefunden direkt am Einsatzort (z.B. Medikation, Vorerkrankungen)
- Digitales Verlegungsmanagement: Intelligente Sprachdokumentation, Integration von Befunddaten in die Einsatzdokumentation, sektorenübergreifendes Qualitätsmanagement, Übernahme Verlegungsbericht, Audio-Videoverbindung zwischen Notfall-sanitäter und Verlegungsarzt zur Steigerung der Ressourceneffizienz

Sollte das Konzept des Ostalbkreises für eine Umsetzungsförderung in Höhe von 4 Mio. Euro ausgewählt werden, möchten die Projektpartner die Ideen aus dem Konzept in den folgenden drei Jahren unter Realbedingungen im Rettungsdienst und in der Notaufnahme des

Ostalb-Klinikums erproben. Hierzu soll vom Mobilfunkanbieter Telefónica ein Testgebiet vom Ostalb-Klinikum bis zur südlichen Gemeindegrenze von Essingen technisch aufgerüstet werden. Die Projektevaluation soll die Hochschule Aalen mit ihrem neuen Studiengang Digital Health Management unter der Leitung von Prof. Dr. von Baer übernehmen. Projektpartner für die technische Ausrüstung der Rettungswagen ist die Firma Systembau Strobel aus Wasseralfingen. Weitere Partner, die sich mit ihrem technischen Know-how und ihrer Erfahrung in das Projekt einbringen werden, sind die medDV GmbH, die Convexis GmbH, die ArtiMinds Robotics GmbH, E. Care BV, die Visualix GmbH, die pulsation IT GmbH, die First AED GmbH, der Deutsche Rat für Wiederbelebung, die DRF Stiftung Luftrettung, der Region der Lebensretter e.V. sowie die Deutsche Gesellschaft interdisziplinäre Notfall- und Akutmedizin e.V.

**Landkreis Calw investiert erneut in den Breitbandausbau**

Der Landkreis Calw investiert zusammen mit seinen Städten und Gemeinden erneut in den Breitbandausbau, diesmal mit einer Gesamtsumme von 29,2 Mio. Euro. Nach einem großen Ausschreibungsverfahren erhält die Netze BW



Die Verantwortlichen berichten über den Ablauf des Großprojekts. (V. l. n. r.: Landrat Helmut Riegger, Geschäftsführer Netze BW Steffen Ringwald, Bürgermeister Stadt Bad Liebenzell Dietmar Fischer, Geschäftsführer Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw Andreas Knörle)

Quelle: Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw

GmbH den Auftrag, als Generalunternehmer (GU) in neun kreisangehörigen Städten und Gemeinden (Altensteig, Bad Liebenzell, Bad Wildbad, Dobel, Gechingen, Haiterbach, Neuweiler, Simmersfeld und Unterreichenbach) innerörtliche Glasfasernetze mit einer Gesamtlänge von 180 km zu errichten. Landrat Helmut Riegger und Steffen Ringwald, Geschäftsführer der Netze BW, unterzeichneten

am 12. August 2020 in Bad Liebenzell-Monakam den entsprechenden Folgevertrag.

Die ersten Bagger sind in den Ausbaubereichen noch im Spätsommer 2020 gerollt. Bis spätestens zum 31. Dezember 2022 werden alle Bauarbeiten abgeschlossen sein. Nach Abschluss der Bautätigkeiten wird das Glasfasernetz dem privaten Netzbetreiber NSWnetz überlassen, der Endkundendienstleistungen und Produkte wie Internetanschlüsse, Telefon oder IP-TV bereitstellt. Er ist auch der spätere Vertragspartner der Endkunden. Für die Bürgerinnen und Bürger in den Ausbaubereichen werden jeweils Informationsveranstaltungen zum schnellen Internet stattfinden.

Bereits im Jahr 2018 wurde die erste große Generalunternehmer-Ausschreibung für den Bau innerörtlicher Glasfasernetze in 27 Ausbaubereichen in neun Städten und Gemeinden im Landkreis Calw durchgeführt. Die Bauarbeiten befinden sich derzeit in der Ausführung und werden bis Sommer 2021 fertiggestellt sein.



Symbolische Unterzeichnung des Generalunternehmer-Vertrags im Dorfzentrum Bad Liebenzell-Monakam

Quelle: Eigenbetrieb Breitband Landkreis Calw

Für Landrat Helmut Riegger bedeutet das zweite Breitbandausbauprojekt dieser Größenordnung im Landkreis Calw einen weiteren Meilenstein in Richtung Zukunft: „Mit unserem ersten Generalunternehmer-Projekt für den Breitbandausbau im Landkreis Calw haben wir bisher nur positive Erfahrungen gemacht – es läuft wie am Schnürchen! Ich freue mich sehr, dass wir nun schon in die zweite Runde gehen und einer flächen-deckenden Versorgung des Landkreises mit schnellem Internet wieder einen großen Schritt näher kommen!“

Das Leistungspaket der Netze BW beinhaltet neben dem Verlegen der Leerrohre, die vorausgehenden Planungen, die Montage der Glasfaserkabel, die ausführliche Dokumentation und das gesamte Hausanschlussmanagement. Für die zweite Ausbauphase rechnet die Netze BW mit einer Bauzeit von ca. 28 Monaten. „Wir sind stolz, hier mit dem Eigenbetrieb Breitband des Landkreis Calw den Ausbau des Glasfasernetzes voranzubringen“ betont Steffen Ringwald. „Gerade jetzt in den Zeiten der Corona-Krise, in der immer mehr Beschäftigte im Homeoffice arbeiten, wird deutlich, wie wichtig eine zuverlässige Internetversorgung ist.“

## Krankenhaus – Gesundheit

### **Gesundheitsminister Manne Lucha hat Förderzusage über 4 Millionen Euro für Landkreis Calw im Gepäck**

Im Rahmen seiner Sommertour ließ es sich Gesundheitsminister Manne Lucha nicht entgehen, auch den Landkreis Calw zu besuchen. Im Gespräch mit Landrat Helmut Riegger informierte er sich unter anderem über den Bau des Gesundheitscampus Calw sowie die Generalsanierung und Erweiterung der Kreiskliniken Nagold. Zunächst besuchte der Minister gemeinsam mit dem Kreischef den zukünftigen Standort des Gesundheits-



Landrat Helmut Riegger und Gesundheitsminister Manne Lucha im Austausch

Quelle: Landratsamt Calw

campus im Stammheimer Feld, anschließend wurde im Landratsamt über die gesundheitspolitischen Themen im Landkreis diskutiert. Dort hatte Lucha eine besonders erfreuliche Nachricht und verkündete, dass der Landkreis zeitnah mit einer Planungsrate in Höhe von 4 Mio. Euro für den Neubau des Calwer Krankenhauses rechnen dürfe.

„Das ist ein starkes Signal für den Gesundheitsstandort Landkreis Calw und zeigt, dass hier zukunftsfähige und moderne Gesundheitspolitik betrieben wird“, freut sich Landrat Helmut Riegger.

## Mobilität

### **Mobilitätspakt Aalen-Heidenheim nimmt wieder Fahrt auf – Verkehrsminister Winfried Hermann übernimmt Vorsitz des Steuerkreises**

Die Verkehrsinfrastruktur im Wirtschaftsraum Heidenheim – Oberkochen – Aalen ist durch das hohe Verkehrsaufkommen auf Straße und Schiene an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Für eine Wende des Mobilitätsverhaltens streben Kommunen und Wirtschaft unter politischer Führung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg und

unter fachlicher Leitung durch das Regierungspräsidium Stuttgart einen gemeinsamen Mobilitätspakt an. Mit Maßnahmen u.a. in den Bereichen Straßeninfrastruktur, ÖPNV, Radverkehr und betriebliches Mobilitätsmanagement soll die Mobilität in der Raumschaft rund um Kocher und Brenz umweltfreundlicher und nachhaltiger werden.

Im März dieses Jahres sollte mit dem Mobilitäts- und Zukunftskongress in Oberkochen der Startschuss für den Mobilitätspakt fallen. Leider musste der Kongress mit knapp 300 Teilnehmern und hochkarätigen Referenten coronabedingt kurzfristig abgesagt werden. Am 3. August kamen nun Vertreter der am Mobilitätspakt beteiligten Akteure erstmals wieder im Landratsamt des Ostalbkreises zusammen, um das weitere gemeinsame Vorgehen nach der Absage des Kongresses abzustimmen.

Verkehrsminister Winfried Hermann unterstützt das Vorhaben: „Mit dem Mobilitätspakt wollen wir alle wichtigen Akteure zusammenbringen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aktiv einbinden. Die Klimaziele im Bereich Verkehr können wir nur mit einem neuen Mobilitätsverständnis und einem nachhaltigen, vernetzten und für alle Menschen attraktiven Verkehrsangebot erreichen. In Ostwürttemberg haben wir starke urbane

und industriell geprägte Räume, aber sehen gleichzeitig auch Verkehrsbeziehungen, die weit in den ländlichen Raum hineinreichen. Unter diesen Bedingungen attraktive und nachhaltige Mobilitätsangebote zu schaffen, halte ich für eine großartige Herausforderung. Deshalb übernehme ich auch gerne persönlich den Vorsitz des Steuerkreises zu einem Mobilitätspakt für den Wirtschaftsraum Heidenheim – Oberkochen – Aalen.“

Von Seiten der Kommunen und des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt ein Positionspapier zum Mobilitätspakt vor. Die Unterzeichner wollen unter anderem mittels intelligenter Raumplanung Verkehre von vornherein vermeiden und bestehende Verkehrsträger besser miteinander vernetzen. Konkrete Vorhaben sind außerdem der Ausbau der Brenzbahn, eine bessere Anbindung der B19 an die Autobahn A7 und eine komfortable und durchgängige Radverbindung zwischen den beiden Großen Kreisstädten Heidenheim und Aalen. „Die Mobilität der Beschäftigten und die Lebensqualität in Ostwürttemberg sind uns ein äußerst wichtiges Anliegen“, so die beiden Landräte Klaus Pavel und Peter Polta. „Wir müssen über den Tellerand hinausschauen, wenn es darum geht, neue Formen der Mobilität zu finden und den bewährten Verkehr zu verbessern“, sind sich die Landräte einig.

Mit dem Positionspapier der politisch Verantwortlichen werden wichtige Anliegen der Region thematisiert, die im Mobilitätspakt bearbeitet werden sollen. Die Unterzeichner und Partner des Paktes werden neben dem Ministerium für Verkehr das Regierungspräsidium Stuttgart, die Kommunen bzw. Landkreise, der Regionalverband, die IHK Ostwürttemberg sowie ansässige große Unternehmen und Hochschulen sein.

Ein großes Anliegen ist allen Akteuren die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Aufgrund der aktuellen Corona-Beschränkungen wird die Öffentlichkeit vorrangig über Online-Angebote

eingebunden werden. Als erste Maßnahme soll dabei eine elektronische Beteiligungsplattform in Form einer Landkarte geschaffen werden, auf denen konkrete Verbesserungsvorschläge und Anregungen zur Mobilität eingebracht werden können. Die Ideen werden dann von den jeweils betroffenen Akteuren geprüft, kommentiert und gegebenenfalls umgesetzt. Dieses Vorgehen hat sich nach Erfahrung des Verkehrsministeriums Baden-Württemberg bereits beim Mobilitätspakt Walldorf-Wiesloch auf hervorragende Weise bewährt. Im Herbst 2020 soll nun der offizielle Auftakt für den Mobilitätspakt in Form eines Pressegesprächs mit Verkehrsminister Winfried Hermann, den beiden Landräten, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern sowie Wirtschaftsvertretern im Zeiss-Forum in Oberkochen stattfinden. Ab diesem Zeitpunkt soll auch die Plattform zur Öffentlichkeitsbeteiligung freigeschaltet werden.

**Neuer Fuhrpark des Landratsamts:  
Mobilität neu g-E-dacht –  
Rems-Murr-Kreis geht mit Car-Sharing  
für Mitarbeitende neue Wege /  
Mehr Elektrofahrzeuge:  
E-Autos, E-Roller, E-Bikes**

Das Landratsamt hat seinen Fuhrpark vollkommen neu aufgestellt. Klimafreundlich, ökonomisch und für Mitar-

beitende interessant soll der neue Fuhrpark sein. Damit möchte der Landkreis moderner werden und seiner Vorbildrolle in Sachen Klimaschutz gerecht werden und Mitarbeitende für neue Formen der Mobilität begeistern. 2019 hat die Kreisverwaltung für dieses Projekt einen der begehrten Zukunfts-Schecks im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017–2020“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur in Höhe von 505.000 Euro erhalten.

Die Umstellung des Fuhrparks erfolgt auf Grundlage einer Mitarbeiterbefragung. Diese hat gezeigt, dass die Mitarbeitenden im Landratsamt zeitgemäß und klimaschonend ans Ziel kommen möchten und auch bereit sind, dafür in die Pedale zu treten. Der Fuhrpark wurde nun um mehrere Elektroautos, zehn Pedelecs und sechs Elektro-Roller erweitert. Zukünftig sollen 75 Prozent der dienstlichen Autofahrten mit einem Dienstfahrzeug und nur noch 25 Prozent mit privaten Fahrzeugen zurückgelegt werden.

Die Mitarbeitenden können über ein EDV-System ein Auto buchen, an einem Terminal den Schlüssel abholen und losfahren. Es stehen insgesamt 18 Pedelecs für Kurzstrecken, sechs E-Roller für Kurz- und Mittelstrecken, 20 E-Autos und Autos mit alternativen Antriebsformen für Mittelstrecken und 68 – möglichst ökologische - Wagen mit Verbrennungs-



Quelle: Landratsamt Rems-Murr-Kreis

motor für Langstrecken zur Verfügung. Das Buchungssystem sorgt für eine gleichmäßige Nutzung der Dienstfahrzeuge. Es bucht automatisch ein Elektroauto, wenn die Entfernung stimmt.

„Mit dem neuen Fuhrpark möchten wir Mobilität neu denken, nachhaltige Mobilität fördern und die Mitarbeitenden für neue Formen der Mobilität begeistern. Wozu ein eigenes Auto? Diese Fragen stellen sich viele, vor allem jüngere Menschen“, sagt Landrat Dr. Richard Sigel. War bisher für manche Stellen im Landratsamt ein eigenes Auto Einstellungs voraussetzung, weil das Privatfahrzeug für Dienstfahrten genutzt wurde, stehen jetzt viel mehr Dienstfahrzeuge zur Verfügung. Das Landratsamt steuert damit nicht nur, dass zeitgemäße und umweltfreundliche Fahrzeuge bei Dienstfahrten zum Einsatz kommen. Das eigene Auto kann man sich dann auch zunehmend im Landratsamt sparen. Damit reagiert das Landratsamt auf das geänderte Mobilitätsverhalten vieler Menschen und unterstützt diese Entwicklung.“

Zumal – und das ist das eigentlich Neue und Besondere am neuen Fuhrpark – Mitarbeitende die Dienstfahrzeuge gegen Entgelt der tatsächlichen Vollkosten auch privat nutzen können. Am Wochenende oder unter der Woche im Anschluss oder vor Beginn einer Dienstfahrt außerhalb der Arbeitszeiten können Mitarbeitende die Dienstfahrzeuge mit dem hauseigenen „Car-Sharing“ mitnutzen. Die Nutzung von Dienstfahrzeugen für private Fahrten ist im öffentlichen Dienst Neuland und ein komplexes Thema. „Es mussten zahlreiche gesetzliche Regelungen beachtet werden. Das Modell ist so bisher einzigartig in Baden-Württemberg“, so der Landrat.

*Beitrag zum Klimaschutz:*

Bei Benutzung eines Pedelecs werden gegenüber der Nutzung eines Autos mit Verbrennungsmotors rund 15 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro 100 Kilometer eingespart. Bei Nutzung eines E-Rollers rund 13 Kilogramm und bei Nutzung eines E-Autos immerhin sechs Kilogramm.

## Soziales

### **Landkreis Karlsruhe bundesweit Vorreiter bei der Modellkommune Pflege – Jugendhilfe- und Sozialausschuss unterstützt das Vorhaben zum Wohle pflegebedürftiger Menschen**

Der Landkreis Karlsruhe hat sich frühzeitig für eine optimale und wohnortnahe Versorgung pflegebedürftiger Menschen eingesetzt. Er gehörte zum Beispiel zu den ersten Kreisen, die einen Pflegestützpunkt eingerichtet haben. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel stellte dem Jugendhilfe- und Sozialausschuss in der Sitzung am 21. September 2020 ein weiteres Vorhaben vor, mit dem der Kreis die bestehenden Angebote so ausbauen bzw. ergänzen will, dass sie den Bedarf der Pflegebedürftigen möglichst optimal und zudem wohnortnah decken können.

„Wir haben uns bundesweit als erster Landkreis beim Sozialministerium um eine Teilnahme am Programm Modellkommune Pflege beworben. Auf der Grundlage des dritten Pflegestärkungsgesetzes erhält der Kreis damit die Möglichkeit, Teile der Beratungsaufgaben der Pflegekassen zu übernehmen. Wir erhalten durch den Kontakt mit den Betroffenen wichtige Hinweise zu deren individueller Situation, können so umfassend und neutral beraten und über die notwendigen Unterstützungsleistungen informieren unter Berücksichtigung der lokalen Infrastruktur“, berichtete der Landrat dem Gremium.

Das Konzept sieht vor, die Angehörigenschulungen (Pflegekurse) nach § 45 SGB XI im gesamten Landkreis für alle Kommunen durch Mitarbeiter der Landkreisverwaltung anzubieten. Weiterer Bestandteil ist die Übernahme der Beratung von Pflegegeldempfängern in der eigenen Häuslichkeit nach § 37 Abs. 3 SGB XI, zunächst auf den Bereich der Großen Kreisstadt Bruchsal begrenzt, um

das Modellvorhaben in dem ausgewählten Einzugsbereich zu erproben. Das Modellvorhaben ist auf fünf Jahre angelegt und sieht 4,5 Stellenanteile vor. Beginn ist für Mitte 2021 vorgesehen. Die Pflegekassen sind verpflichtet, sich an den Modellvorhaben mit finanziellen und sächlichen Mitteln zu beteiligen.

Auf die Zustimmung des Gremiums stieß die Erwartung von Landrat Dr. Christoph Schnaudigel, dass die Pflegekassen die Personalkosten vollständig erstatten.

## Tourismus

### **Drei DonauWellen erneut mit Wandersiegel ausgezeichnet – Erste Premiumwege im Donauebergland schaffen die Prüfung**

Gleich drei der sechs „DonauWellen“-Wanderwege des Donaueberglandes sind von den Experten des Deutschen Wanderinstitutes in Marburg (Hessen) in den letzten Wochen geprüft und wieder neu für drei weitere Jahre mit dem Deutschen Wandersiegel als Premiumwege ausgezeichnet worden. Die drei Wanderwege wurden vor Ort intensiv begutachtet. Dabei haben die Prüfer den drei Rundwanderwegen einen ausgezeichneten Zustand attestiert. Einer der drei Wege wurde sogar noch etwas höher bewertet als bei der letzten Zertifizierung vor drei Jahren. „Es ist keine Selbstverständlichkeit und eine besondere Herausforderung, die Qualität der Premiumwege dauerhaft zu sichern“, freut sich Donauebergland-Mitarbeiterin Anita Schmidt, die die Projektleitung bei Thema Wegemanagement hat, über die erneute Auszeichnung.

Im Jahr 2014 waren die ersten fünf „DonauWellen“ erstmals zertifiziert und als Premiumwege prämiert worden, 2017 dann erneut. Die ersten drei Wege standen nun in diesem Frühsommer zur Prüfung an, der Premiumweg „Klippeneck-Steig“ bei Spaichingen und Den-



Blick ins Tal

Quelle: Thomas Bichler

kingen, der Premiumweg „Eichfelsen-Panorama“ bei Beuron, Irndorf und Leibertingen und der Premiumweg „Donaufelsen-Tour“ bei Fridingen und Buchheim. Die beiden weiteren werden in diesem Herbst noch folgen, der sechste erst im übernächsten Jahr.

Das Donaubergland wird bei der Unterhaltung und Qualitätssicherung der Premiumwege von den betreffenden Kommunen, von den Mitarbeitern des Kreisforstamtes, von einzelnen Mitgliedern des Schwäbischen Albvereins sowie von den „Wegepaten“ unterstützt. Bei dem bundesweit bisher einzigartigen Projekt „Wegepatenschaften für Premiumwege“ unterstützen führende Firmen wie Aesculap AG, Karl Storz Endoskope, Hammerwerk Fridingen GmbH, WERMA Signaltechnik GmbH & Co. KG sowie die Daimler AG das Projekt Premiumwege von Beginn an. Im vergangenen Jahr kam noch die Firma SHL AG in Böttingen für den sechsten Premiumweg dazu.

Premium- und Qualitätswege müssen sich alle drei Jahre dieser Prüfung durch die Wanderexperten unterziehen. Damit soll gewährleistet werden, dass die Wege nachhaltig gepflegt werden und die Qualität der Wege dauerhaft erhalten bleibt, was nicht immer ganz einfach ist. Die Premiumwege haben auch im

Donaubergland wie bei vielen Rundwegen in Deutschlands in den letzten Jahren hohe Maßstäbe gesetzt hinsichtlich der Wegequalität, der Erlebnisqualität und der durchgängig guten Beschilderung und Markierung. Dies begründet auch den touristischen Erfolg dieser zertifizierten Wege.

Mehr zu den „DonauWellen“ auch im Internet unter [www.donaubergland.de](http://www.donaubergland.de)

**Urlaub daheim mit 5malBW:  
Entdecken statt verzichten –  
Fünf Kreise im Land wollen gemeinsam  
mehr erreichen / Tourismusziele  
vor der Haustür eignen sich besonders  
für Herbstaussflüge**

Als in diesem außergewöhnlichen Jahr klar wurde, dass viele Menschen ihren Urlaub in der Heimat verbringen werden, haben fünf Landkreise in Baden-Württemberg reagiert und sich in einer gemeinsamen Plattform für touristische Angebote zusammengeschlossen. Unter dem Titel „5malbw – Heimat-erlebnis hoch 5“ haben Rems-Murr-Kreis, Schwarzwald-Baar-Kreis, Kreis Ravensburg, Kreis Waldshut und Kreis Hohenlohe ihre Reichweite gebündelt, um zu zeigen, wie attraktiv die Region vor der Haustüre ist – für den Urlaub oder Erholung am Wochenende. Die Kooperation

ist bereits eingespielt: auch in anderen Themenfeldern arbeiten die fünf Landräte zusammen, zum Beispiel in der Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.

„Ziel ist es, unkompliziert und effektiv den Tourismus und die Gastronomie in unseren Landkreisen zu unterstützen“, erklärt Landrat Dr. Richard Sigel (Rems-Murr-Kreis). „Mit der gemeinsamen Plattform sprechen wir die Menschen in allen fünf Landkreisen gleichzeitig an, um zu zeigen, welche touristischen Angebote ganz in der Nähe liegen. Im Rems-Murr-Kreis war uns das wichtig, weil das Remstal oder unser Schwäbischer Wald als Ausflugsziele oft zu kurz kommen, wenn es ums Marketing für das Land Baden-Württemberg geht.“ Für Tages- oder Wochenendausflüge sind alle Ziele schnell erreichbar und laden ein, in den letzten schönen Herbsttagen noch einmal die Heimat zu entdecken. Gestartet ist die Aktion im August 2020 mit einer Website unter [www.5malbw.de](http://www.5malbw.de), die die Freizeitmöglichkeiten der Landkreise bündelt. Die Seite ist inzwischen um Porträts der einzelnen Kreise erweitert worden, es sind Aktionen in den sozialen Medien dazugekommen sowie Prospektstände, die an zentralen Punkten in jedem Landkreis aufgestellt wurden. Hier können sich Freizeithungrige mit Broschüren der teilnehmenden Landkreise eindecken und sich Ideen für den nächsten Kurzurlaub holen.



## **Startschuss für die neue Gästekarte „AlbCard“ auch im Landkreis Tübingen**

Seit dem 1. Juli 2020 können Übernachtungsgäste auf der Schwäbischen Alb mit der neuen AlbCard kostenfrei Bus und Bahn fahren sowie nahezu alle touristischen Highlights und Sehenswürdigkeiten der Region kostenlos erleben.

Rund drei Jahre haben die Vorbereitungen und der Planungsprozess insgesamt gedauert, dann sorgte Corona für eine Verschiebung des geplanten Starttermins. Nun ist es endlich soweit: Gäste, die bei einem der 118 teilnehmenden Gastgeber übernachten, erhalten kostenfrei die AlbCard und kommen so in den Genuss des „Alb-Inclusive-Urlaubs“. Damit können sie in der gesamten Region kostenlos Bus und Bahn fahren und 125 Sehenswürdigkeiten und touristische Highlights wie die Bärenhöhle, Nebelhöhle und Wimsener Höhle, die Burg Hohenzollern, Campus Galli, den Kanu-Verleih im Donautal, das Limes Museum oder das Freilichtmuseum Beuren kostenfrei besuchen. Auch außergewöhnliche Erlebnisse wie eine geführte Tour durch die Falkensteiner Höhle, eine Brauereiführung in der Bierkulturstadt Ehingen, oder ein Mountainbike-Technikkurs im Bikepark Albstadt zählen zum AlbCard-Erlebnis.

Im Landkreis Tübingen erhalten AlbCard-Inhaber kostenfreien Eintritt in die Mössinger Bäder (Erlebnisfreibad, Hallenbad, Waldfreibad Öschingen), in das Museum der Universität Tübingen MUT und in die Rottenburger Museen (Diözesanmuseum, Römisches Stadtmuseum, Sülchgaumuseum). Zudem ist der Eintritt für das Kloster Bebenhausen sowie eine geführte E-Bike Tour des Anbieters E-Bikes Tübingen/Dußlingen in der neuen AlbCard inkludiert. „Die AlbCard kommt gerade richtig für den Urlaub vor der Haustüre“, so Iris Becht, Tourismusbeauftragte des Landkreises Tübingen.

Die Zahl der beteiligten Beherbergungsbetriebe im Landkreis Tübingen konnte

im letzten Monat noch einmal deutlich gesteigert werden. „Zum Projektstart sind 14 Beherbergungsbetriebe aus dem Kreis Tübingen an Bord, doppelt so viele wie noch im letzten Monat“, berichtet Landrat Joachim Walter. Dies sei in erster Linie auf die Anschubfinanzierung zurückzuführen, die der Kreistag des Landkreises Tübingen den teilnehmenden gewerblichen Beherbergungsbetrieben zur Verfügung stellt: „Wir hoffen, den Betrieben mit der AlbCard ein entscheidendes Marketinginstrument für den umkämpften Inlandstourismus an die Hand zu geben, damit zumindest ein Teil der fehlenden Geschäftsreisen ausgeglichen werden kann.“ Umso wichtiger sei es nun, den Blick nach vorne zu richten und neue Gästepotentiale auszuschöpfen.

„Neben den kostenfreien Attraktionen bieten der Landkreis Tübingen und die gesamte Schwäbische Alb ein vielseitiges Attraktivitätsangebot im Outdoor-Bereich, etwa die vielen Rad- und Wandermöglichkeiten, die seit der Corona-Pandemie Hochkonjunktur haben“, betont Iris Becht, die sich von der Gästekarte zudem einen Anreiz für eine gesteigerte Verweildauer erhofft.

Mehr Infos sowie alle teilnehmenden Gastgeber und Inklusiv-Leistungen unter [www.albcard.de](http://www.albcard.de)

## **Umwelt – Naturschutz**

### **Auszeichnung „Projekt Nachhaltigkeit 2020“ – Klimapartnerschaft zwischen dem Landkreis Karlsruhe und der Stadt Brusque – Internationale Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe mit RENN-Preis ausgezeichnet**

Um herausragendes und wirksames Engagement für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, verleihen die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) in Kooperation mit

dem Rat für nachhaltige Entwicklung die Auszeichnung „Projekt Nachhaltigkeit“. Einer der Preisträger im Jahr 2020 ist der Landkreis Karlsruhe mit seiner internationalen Klimapartnerschaft mit der brasilianischen Stadt Brusque.

Partnerschaftliche Beziehungen pflegen der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque seit 2011. Sie knüpfen an die Auswanderung von Menschen aus der Region an, die vor über 150 Jahren eine neue Heimat in Brasilien fanden. Schon bald wurden die Beziehungen auf das Gebiet des Klimaschutzes ausgedehnt. Das Bundesprogramm 50 kommunale Klimapartnerschaften ebnete den Weg zur internationalen Zusammenarbeit. Zugrunde liegt ein gemeinsam erstellter Aktionsplan, der Nachhaltigkeitsziele, die von den Vereinten Nationen für eine nachhaltige Entwicklung in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen formuliert wurden, im Visier hat: „Gesundheit und Wohlergehen“, „Hochwertige Bildung“, „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ und „Austausch und Partnerschaft“. Diese Themen werden in mittel- und langfristigen Projekten entwickelt. Dieses nachhaltige Vorgehen wurde nun prämiert und die Klimapartnerschaft als eines von 40 Projekten aus insgesamt 372 Bewerbungen ausgewählt. Landrat Dr. Christoph Schnaudigel freute sich über diese Anerkennung: „Die Auszeichnung zeigt, dass unsere gemeinsamen Anstrengungen mit unseren brasilianischen Freunden auf dem Gebiet des Klimaschutzes nicht unbemerkt bleiben. Das motiviert, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen“.

Die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien bilden mit 20 Partnern aus allen 16 Bundesländern ein regionales Netzwerk für nachhaltiges Handeln und gesellschaftliche Transformation. In Kooperation mit dem von der Bundesregierung berufenen Rat für nachhaltige Entwicklung führen sie den Wettbewerb „Projekt Nachhaltigkeit“ durch, der Unternehmen, Initiativen und Projekte auszeichnet, die sich mit den



Die Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe mit der brasilianischen Stadt Brusque verfolgt Nachhaltigkeitsziele und wurde prämiert. Quelle: LRA Karlsruhe

17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen befassen. Die Auswahl erfolgt nach Kriterien wie dem Beitrag zu den Nachhaltigkeitszielen, dem strategischen Ansatz, Vernetzung, Originalität und Wirkung. Neben dem Zugang zum RENN-Netzwerk ist die Auszeichnung mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 EUR verbunden, das dem Projekt „1.000 Schulen für unsere Welt“ zu Gute kommen wird, bei dem sich der Landkreis in Burkina Faso für den Bau einer Schule für über 1000 Schüler engagiert.

**Der Rems-Murr-Kreis will Photovoltaik mehr in die Fläche bringen – Klimaschutz- und Energietag in Murrhardt setzt Impulse und vernetzt Akteure im Kreis, bei Kommunen und Energiegenossenschaften**

Der Rems-Murr-Kreis hat Vertreter der Kommunen und Energiegenossenschaften zu einem gemeinsamen Austausch über Solarenergie eingeladen. Im Fokus des regelmäßigen Austauschs stand dieses Mal das Thema Solarenergie. Ganz bewusst hat der Klimaschutz- und Energietag trotz Corona stattgefunden – mit strengen Hygieneregeln selbstverständlich. „Es war uns wichtig, dass der Klimaschutz dieses Jahr nicht hinten runterfällt. Dass wir beim Klimaschutz

vorankommen müssen und das Thema weiter sehr wichtig ist, hat auch die EU jetzt gezeigt“, so Landrat Dr. Richard Sigel. Der Rems-Murr-Kreis ist sich seiner Vorbildrolle in Sachen Klimaschutz bewusst und ist zusammen mit seinen Beteiligungsgesellschaften beim Photovoltaik-Ausbau aktiv. Mit Freiflächen-PV-Anlagen auf ehemaligen Deponien und PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden

leistet der Kreis seinen Beitrag und baut den in den kommenden Jahren noch deutlich aus. Beim geplanten Neubau zweier Verwaltungsgebäude am Standort Waiblingen spielen PV-Anlagen und klimafreundliche Energiekonzepte eine besondere Rolle. Schließlich soll die Kreisverwaltung bis 2030 klimaneutral sein. Zusammen mit der Stadt Waiblingen unterhält der Rems-Murr-Kreis außerdem die Energieagentur Rems-Murr, die Bürger, Unternehmen und Vereine berät. Alle Akteure mitzunehmen, ist das Ziel und Motto des aktuellen Klimaschutzhandlungsprogramms des Rems-Murr-Kreises unter dem Titel „Klimaschutz zum Mitmachen“. Ganz in diesem Sinne lädt der Kreis die Kommunen und Energiegenossenschaften zum regelmäßigen Austausch zu verschiedenen Klima- und Energiethemen.

Eine Erkenntnis des diesjährigen Klimaschutz- und Energietags: Im Bereich der erneuerbaren Energien, insbesondere mit Photovoltaik, gibt es im Rems-Murr-Kreis noch viel Potential. Zwar gab es seit 2008 einen Ausbau von mehr als 175 Prozent. Mittlerweile werden im Landkreis pro Jahr über 156 Gigawatt-



Unterlagen zum Klimaschutz- und Energietag in Murrhardt Quelle: LRA Rems-Murr-Kreis

stunden Strom aus regenerativen Energiequellen gewonnen. Das technisch realisierbare Potential für die Stromgewinnung aus Erneuerbaren Energieträgern liegt jedoch weitaus höher: Allein mit Photovoltaik könnten 900 Gigawattstunden gewonnen werden. Dieses Potential gilt es auszuschöpfen. Zur Einordnung: Bereits mit einer 16 Kilowattpeak-Photovoltaikanlage, wie sie auf Einfamilienhäusern montiert wird, lassen sich zehn Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr vermeiden. Das entspricht der Menge CO<sub>2</sub>, die 800 Bäume pro Jahr binden.

Daher war es dem Rems-Murr-Kreis wichtig, mit den Akteuren die Möglichkeiten des Ausbaus von Freiflächen-Photovoltaikanlagen zu beleuchten. Zusammenfassend könnte man es aus Sicht von Landrat Sigel so formulieren: Trotz Landschafts- und Naturschutz ist vieles möglich, wenn auch nicht überall und alles. Es gilt, die einzelnen Interessen und Ziele lösungsorientiert in Einklang zu bringen.

### Hintergrund:

Als Teil des aktuellen Klimaschutz-Handlungsprogramms 2019–2022 fördert der jährliche Klimaschutz- und Energietag den interkommunalen Austausch im Rems-Murr-Kreis. Ziel der Veranstaltung ist es, den kommunalen Vertretern und den Vertretern des Landratsamtes eine Plattform zum Austausch über Energie- und Klimaschutzthemen zu bieten und Impulse zu geben. Die Vorträge des diesjährigen Klimaschutz- und Energietags sind im Klimaschutzportal auf der Homepage des Landratsamtes abrufbar. Für Rückfragen dazu steht das Amt für Umweltschutz gerne zur Verfügung.

## Verschiedenes

### Landkreise Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen präsentieren neuen regionalen Einkaufsführer „Direkt vom Bauernhof“ und unterstützen damit die regionale Direktvermarktung

Der kulinarische Wegweiser durch die Region Schwarzwald-Baar-Heuberg bietet einen informativen Überblick über zahlreiche Direktvermarkter, Hofläden, Mühlen, Wochenmärkte und die hiesige Bauerngastronomie. Aufgeführt werden zudem Erlebnisangebote für Schulklassen, Attraktionen des ländlichen Tourismus und regionale Highlights.

#### Regionale Produkte auf einen Blick

„Warum in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah.“, erkannte schon Goethe und richtete den Blick genau auf

das, was unweit vor uns liegt. Regionale Produkte sind heute wieder gefragter denn je und erleben nicht zuletzt durch die Corona-Krise, diverse Lebensmittel-skandale und ein verstärktes Interesse an den Themen Tierhaltung und Tierwohl eine Renaissance. Viele Menschen möchten wissen, woher die Lebensmittel, die sie konsumieren, kommen. Sie schätzen die Nähe zu regionalen Erzeugern und Händlern, sie stärken mit ihrem Kaufverhalten die Infrastruktur vor Ort und leisten einen wichtigen Beitrag im Zeichen des Klimawandels. Ob nun konventionelle oder biologische Landwirtschaft – diese Frage steht nicht so sehr im Vordergrund. Nachhaltigkeit, Regionalität und Saisonalität rücken wieder mehr in den Fokus der Verbraucher und so steuert der Kunde mit seinem Kaufverhalten ganz klar, was sich am Markt durchsetzt und was nicht. Außerdem ist der Einkauf beim Erzeuger selbst immer schon etwas Besonderes. Der direkte



Die Präsentation der Broschüre fand stellvertretend für alle Direktvermarkter auf dem Biolandhof der Familie Messner in Trossingen-Schura statt. Die Familie Messner hat im Jahr 1982 von der konventionellen auf die biodynamische Landwirtschaft umgestellt. Damit gehören die Messners zu den Pionieren, denn erst Ende der 1980er Jahre entstanden die ersten Anbauverbände, die Basisrichtlinien und Mindeststandards ökologischer Landwirtschaft definierten und die politische Interessenvertretung übernahmen. 1989 wurde die ökologische Landwirtschaft erstmals durch die EU gefördert. Für die Messners gilt: Landwirtschaft soll nicht nur das Recht auf Nahrung sichern, sondern zugleich ressourcen- und tierfreundlich wirtschaften.

Die drei Landräte Sven Hinterseh, Schwarzwald-Baar-Kreis (1. v. l.), Stefan Bär, Landkreis Tuttlingen (2. v. l.) und Dr. Wolf-Rüdiger Michel, Landkreis Rottweil (2. v. r.) mit Marcel Herzberg, Verbandsdirektor des Regionalverbandes Schwarzwald-Baar-Heuberg (3. v. l.), Bürgermeister Dr. Clemens Maier, Trossingen (1. v. r.), Wolfgang Schoch, Ortsvorsteher Schura (3. v. r.) sowie der Familie Messner (sitzend).

Quelle: LRA Schwarzwald-Baar-Kreis

Kontakt zum Erzeuger, das Vertrauen in seine Produktionsweise und die tiefen Einblicke in Tierhaltung, Reifeprozesse und Machart stiften Vertrauen.

Zur Unterstützung des regionalen Lebensmittelmarktes haben die drei Landkreise Rottweil, Schwarzwald-Baar-Kreis und Tuttlingen gemeinsam mit dem Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg den Einkaufsführer „Direkt vom Bauernhof“ entwickelt. Dieser wird inzwischen zum dritten Mal aufgelegt. Neben landwirtschaftlichen Betrieben, werden auch weitere Vermarkter, Bauern- und Wochenmärkte sowie Mostereien und Obstannahmestellen aufgeführt. Auf diese Weise erfahren Streuobstwiesen- und Gartenbesitzer wo sie ihre Ernte zu Saft pressen lassen können.

#### *Eine beachtliche Vielfalt in einer attraktiven Region*

Ob Fleisch, Eier, Suppenhühner, Kartoffeln, Gemüse, Linsen, Äpfel oder auch Verarbeitungsprodukte wie Brot, Speck, Bauernbratwürste, Käse, Säfte, Fruchtaufstriche, selbst erzeugte kaltgepresste Öle – die Landwirte aus den drei Landkreisen bieten Nahversorgung in einer Vielfalt, die ihresgleichen sucht. Insgesamt präsentieren über 90 Betriebe sich und ihre Spezialitäten in der aktuellen Auflage der Direktvermarkterbroschüre.

#### *Direktvermarktung – kurze Wege für Erzeuger und Kunden*

Mit Verkaufsautomaten auf den Höfen schaffen Händler und Landwirte flexible Einkaufszeiten. Passend zur Corona-Krise haben viele landwirtschaftliche Betriebe inzwischen Verkaufsautomaten, gefüllt mit Produkten vom Bauernhof, aufgestellt. Kunden können nicht nur Eier, Nudeln, Wurst Dosen oder Brot erwerben. Auf Knopfdruck gibt es auch an einigen mit Hightech-Kühlung ausgestatteten Automaten hausgemachte Grill-Würstchen oder Steaks, die aus eigener Schlachtung stammen. Am 24h-Verkaufsautomaten können Kunden schnell, bequem und zeitlich flexibel Lebensmittel einkaufen. Gerade in den Sommermonaten ist Grillfleisch sehr gefragt.

Und den Landwirten liegt das Tierwohl am Herzen. Sie beachten nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen, sondern handeln meist weit über das Mindestmaß hinaus. So liegen beispielsweise mobile Geflügelställe im Trend. Dies ist eine tiergerechte und praktikable Haltungsförm für Legehennen und Mastgeflügel. Diese Wohnwagen für Hühner sind komfortabel eingerichtet, mit Sitzstangen, Futtertrögen und Nestern zum Eierlegen. Zudem bieten sie den Hennen die Möglichkeit an Auslauf an der frischen Luft.

Die Broschüre trägt einerseits der steigenden Nachfrage nach regionalen Produkten und qualitativ hochwertigen Erzeugnissen aus der heimischen Landwirtschaft Rechnung – direkt beim Bauern kaufen ist angesagt. Andererseits unterstützen die Landkreise und der Regionalverband die Direktvermarkter in der Region, indem sie ihnen ein Forum bieten.

„Direkt vom Bauernhof“ erscheint in einer Auflage von 16.000 Stück. Sie ist kostenfrei in den Landratsämtern, den Landwirtschaftsämtern, bei den Gemeinden und den Städten der Landkreise sowie den Anbietern, die in der Broschüre gelistet sind, erhältlich. Parallel dazu wird gerade eine Online-Version durch die Wirtschaftsförderung Schwarzwald-Baar-Heuberg erstellt. Die Hofläden und Direktvermarkter der Region werden hier demnächst zu finden sein unter [www.vom-bauern-sbh.de](http://www.vom-bauern-sbh.de). Alle Angebote werden optimal auf Smartphone, Tablet, Laptop oder PC angezeigt. Die Höfe können mit einem Klick kontaktiert werden. Dank der interaktiven Karte können Direktvermarkter in der Nähe gefunden und mit einem Suchfilter nach Landkreisen, nach Produktgruppen oder Wochenmärkten gefiltert werden.

Die nächste Ausgabe der Landkreismnachrichten  
erscheint am 11. Dezember 2020

# LANDKREIS ESSLINGEN



**Regierungsbezirk Stuttgart**  
**Einwohnerzahl: 535.024 (Stand 1.1.2020)**  
**Fläche in km²: 641,3 (Stand 1.1.2020)**  
**Zahl kreisangehöriger Städte/Gemeinden: 44**  
**davon Große Kreisstädte: 6**

**Hausanschrift:**  
Landratsamt Esslingen  
Pulverwiesen 11  
73728 Esslingen am Neckar

**Postanschrift:**  
Landratsamt Esslingen  
73726 Esslingen am Neckar

**Zentrale:**  
Telefon: 0711 / 39 02-0  
Telefax: 0711 / 39 02-5 80 30  
E-Mail: LRA@LRA-ES.de

**Pressestelle:**  
Telefon: 0711 / 39 02-4 38 32  
Telefax: 0711 / 39 03-5 38 32  
E-Mail: Pressestelle@LRA-ES.de

**Wirtschaftsförderung:**  
Telefon: 0711 / 39 02-4 20 90  
E-Mail: Wirtschaftsforderung@LRA-ES.de

**Tourismusförderung:**  
Telefon: 0711 / 39 02-4 20 91  
E-Mail: Tourismus@LRA-ES.de



**Landrat:**  
Heinz Eininger  
seit 1.10.2000

**Mandatsverteilung:**  
Gesamt 98 Sitze, davon

Freie Wähler:	28
CDU:	19
Bündnis 90/Grüne :	19
SPD:	15
FDP:	6
AfD:	4
Linke:	4
Republikaner:	1
Einzelmitglieder:	2

**Geografische Lage:**



**Mehr Infos:**  
[www.landkreis-esslingen.de](http://www.landkreis-esslingen.de)

**Wissenswertes**

Der Landkreis liegt im Herzen Baden-Württembergs, in einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas. In den 44 Städten und Gemeinden leben mehr als 535.000 Menschen. Mit rund 642 Quadratkilometern zählt der Kreis flächenmäßig zu den kleinsten, aber zu den dicht besiedeltesten Landkreisen. Die meisten Menschen leben im westlichen Kreisgebiet im Ballungsraum Stuttgart. Der östliche Landkreis zeichnet sich durch eine faszinierende Naturlandschaft aus.

Die Wirtschaftsstruktur ist vielfältig. Hier sind namhafte Weltmarktführer, kleine und mittelständische Betriebe und spannende Start-Ups angesiedelt. Führende Branchen sind die Automobilzuliefererindustrie und der Maschinenbau, auch die Druckindustrie und Biotechnologie haben sich zu wichtigen Branchen entwickelt. Die Messe Stuttgart auf Kreisgebiet ist einer der größten Veranstalter in Deutschland für Messen, Kongresse und Events.

Der Landkreis ist über die Bundesautobahn 8, den Flughafen Stuttgart und den Neckarhafen Plochingen national wie international hervorragend angebunden. Mit dem Bau der Schnellbahntrasse Stuttgart – Ulm durchs Kreisgebiet wird der regionale, nationale und internationale Bahnverkehr hier künftig schneller aufs Gleis gesetzt. Neun berufliche Schulen, die Hochschule Esslingen und die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen bieten exzellente Ausbildungsmöglichkeiten. Das breit gefächerte Bildungsangebot an den kreiseigenen beruflichen Schulen reicht von der klassischen Handwerker Ausbildung bis zur allgemeinen Hochschulreife am beruflichen Gymnasium und bietet berufsspezifische Weiterbildung ebenso wie Chancen auf dem zweiten Bildungsweg. Bei der Digitalisierung haben die beruflichen Schulen eine Vorreiterrolle im Landkreis.

Mit seinen lebendigen Städten und Gemeinden und ihrer kulturgeschichtlichen Vielfalt genauso wie mit abwechslungsreichen Landschaftsräumen von Schurwald, Schönbuch, Filder, Neckartal, Albvorland und Albtrauf bietet der Landkreis jede Menge Lebensqualität. Sehenswürdigkeiten wie die weltberühmten Versteinerungen des Urwelt-Museum Hauff oder traditionsreiche Feste wie das Oldtimer-Fliegertreffen auf der Hahnweide sind von weither besuchte Ausflugsziele. Ob Radeln, Wandern oder Skilanglaufen, ob auf den Spuren der Römer und Kelten oder im Freilichtmuseum des Landkreises auf den Spuren der unmittelbaren Vorfahren, ob unterwegs in Höhlen, auf Lehrpfaden oder in den von der UNESCO ausgezeichneten Landschaftsräumen Biosphärengebiet und Geopark Schwäbische Alb. Es gibt viel zu entdecken und zu unternehmen, neuerdings auch auf den zertifizierten Prädikatswanderwegen „hochgebirge“.



**Blick zum Hohenneuffen**  
© hochgebirge, Foto: Angela Hammer